

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Bernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Dezember 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Bernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die geheimen Führer und Leiter der Moabiter Revolution.

Nach den geheimen Führern und Leitern der Moabiter Revolution haben die Polizei und die Staatsanwaltschaft mit vielem Eifer, aber wenig Erfolg gesucht. Der mysteriöse Mann mit dem Spitzbart und den langen Weinen, den Herr Berthold so anschaulich beschrieben hat, ist unauflindbar, und sonst hat sich nichts ermitteln lassen, was das heisse Sehnen unserer Reaktionsäre nach Aufdeckung der geheimen Fäden, die von den Auführern zur Sozialdemokratie hinüberführen sollten, befriedigen konnte. Es ist eben nicht möglich, im nüchternen Lichte des Gerichtssaales, wo phantasievolle Vermutungen und scharfmacherische Behauptungen ohne tatsächliche Unterlagen nicht gelten, etwas zu beweisen, das nicht existiert.

Der Prozeß ist in dieser Beziehung ein so völliges Fiasko, daß es sich nicht lohnt, darüber noch ein ernsthaftes Wort zu verlieren — der Teil der Anklage, die den Organen der Junker und Scharfmacher die Behauptung von dem Zusammenhang der Moabiter Ereignisse mit Plänen der Sozialdemokratie mehr oder minder bestimmt nachspricht, ist längst der allgemeinen Lächerlichkeit verfallen und höchstens noch ein Stoff für die Witzblätter.

Aber ganz führerlos ist die Revolution von Moabit doch nicht gewesen — es hat Führer gegeben, die allerdings ihre Führerqualität sehr geheim gehalten haben, so geheim, daß selbst die Geführten sie nicht erkennen konnten. Und diese geheimen Führer waren — so hat die Sonnabendzeitung des Moabiter Prozesses ergeben und die Montagssitzung bestätigt — keine Sozialdemokraten noch Revolutionäre, sondern Polizeibeamte. Die Kriminalhauptleute, die Herr Schneidermeister Dslath und Herr Schmidt beobachtet haben, sind die einzigen Führer und Leiter der „Aufständischen“ gewesen, die es in Moabit gab und deren Existenz vor Gericht erweislich ist. Sie waren Führer, da sie die Führung der Menschenmengen, in denen sie sich befanden, anstrebten, da sie den Willen der um sie Versammelten auf ein bestimmtes Ziel zu lenken bemüht waren, da sie die Erregung der Menschen zu steigern unternahmen. Sie riefen: „Blut-hunde!“ und „Haut die Blauen!“ und in ihrem Munde war das die Aufforderung zu bestimmten Taten. Denn sie riefen so nicht etwa, weil sie der Anblick der Polizeitaten, mit denen sie ja innerlich durchaus einverstanden waren, empört hätte und sie ihrer inneren Erregung durch irgend ein kräftiges Wort Luft machen mußten, das sie wählten, ohne gerade auf das genaue Zusammenstimmen des Wortes und ihres Willens zu achten. So liegt die Sache fast stets bei den nicht-polizeilichen Aufstrebenden; ihre Aeusserungen sind unwillkürliche Kundgebungen der Entrüstung und des Protestes, nicht aber ernsthaftes Aufforderungen an die Anstehenden. Andere haben lediglich mitgerufen, weil die Rufe ihrer Nachbarn ansteckend auf sie wirkten. Anders aber bei den Kriminalbeamten. Wenn sie diese Rufe ausstießen, die ihrem inneren Empfinden so ganz fern liegen, so können sie das nur zu ganz bestimmten Zwecken tun, so verfolgen sie eine Absicht dabei. Und diese Absicht ist, die Menschenmenge in ihrem Verhalten zu beeinflussen, sie so zu lenken, daß bestimmte Zwecke erreicht werden. Welches diese Zwecke sind, danach braucht man nicht lange zu fragen. Sie liegen klar zu Tage, wenn man nur erwägt, wessen Interessen es entspricht, daß die Menge zusammenbleibt, sich der Polizei widersetzt und sich zu Gewalttätigkeiten hinreißt läßt. Den Interessen der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung ganz gewiß nicht, wohl aber den Interessen der Reaktionsäre, die nach Material gegen die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterschaft, die nach einem zugkräftigen Wahlschwundel, der die Wahlsaulen zur Abgabe ordnungsparteilicher Stimmzettel an die Wahlurne sprechen soll und nach einem Vorwand für Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterklasse gieren. Für die Zwecke wäre ein „sozialdemokratischer“ Aufstand gelegen gekommen oder wenigstens Strafen-schlachten, die man dafür ausgeben konnte. Und zu solchen Strafen-schlachten wollten die polizeilichen agents provocateurs die Waffen führen.

Wer ihnen den Auftrag dazu gegeben hat, das ist noch im Dunkeln geblieben. Der Polizeipräsident hat es für gut befunden, sich zu der sensationellen Aussage des Schneidermeisters Dslath nicht zu äußern. Der ganze Alexanderplatz schweigt in allen Tonarten, nicht der leiseste Versuch ist bis jetzt gemacht worden, festzustellen, daß diese Art Tätigkeit nicht zu den amtlichen Aufgaben der Kriminalhauptleute in Moabit gehörte. Die Deffentlichkeit kann sich vorläufig die Kommentäre zur Aussage des Schneidermeisters Dslath selbst machen und kann sich zugleich den Kopf darüber zerbrechen, was das in diesem Falle sicherlich äußerst auffällige Schweigen des Polizeipräsidenten zu bedeuten hat.

Dreierlei ist möglich. Entweder haben die betreffenden Kriminalhauptleute auf eigene Faust den Lockspitzel gemacht — dann muß sie der Polizeipräsident abschütteln und sie der Staatsanwaltschaft überliefern. Oder sie haben auf Befehl ihrer Vorgesetzten gehandelt, dann sind diese dem Strafrichter verfallen. Oder endlich: sie haben auf Anregung von Leuten gehandelt, die nicht zur Polizei gehören, die aber einflußreich genug sind, daß ihr Wunsch für eine mehr oder

minder große Anzahl Polizeibeamter Befehl ist — dann hat Herr v. Jagow das höchste Interesse daran, diese Leute vor der Deffentlichkeit festzustellen. Der erste Fall ist der unwahrscheinlichste, denn es ist nicht anzunehmen, daß sich unsere Kriminalhauptleute soviel mit Politik beschäftigen, daß sie wissen, wie erwünscht den Junkern und Scharfmachern und ihren Werkzeugen an den Regierungstischen sich ein kräftiger Strafenstrahl wäre, den man als sozialdemokratischen Aufruhr drapieren könnte. Und ebensowenig ist anzunehmen, daß sie so glühende Parteigänger dieser Mächte sind, um ohne Befehl für sie ein so gewagtes Spiel zu spielen, wie sie in den Straßen von Moabit entriert haben. Hier müssen höhere Kräfte zur Erklärung herangezogen werden, und deshalb ist die brennende Frage, die Herr v. Jagow zu beantworten hat, die: wer hat die Kriminalhauptleute bewegt, bei den Ereignissen in Moabit als Lockspitzel aufzutreten? Er darf überzeugt sein, daß die Antwort auf diese Frage für die Deffentlichkeit tausendmal mehr Interesse hat, als zu erfahren, wie viel Zungen Herr v. Jagow aufzutreiben kann, die beschwören können, daß sie alle die großen Ausschreitungen der Polizei, die von Augenzeugen bekundet worden, nicht gesehen haben.

Vielleicht meint der Polizeipräsident, die Aussage des Schneidermeisters Dslath gehe ihn nichts an, weil er ihm nicht zu glauben brauche. Aber dann würde er gegen die Grundsätze handeln, die er in seinem bekannten Notaufsatz für die Beurteilung der Zeugen in diesem Prozeß selbst aufgestellt hat. Der Herr Schneidermeister Dslath erfüllt alle die strengen Anforderungen, die Herr v. Jagow in seinem Kommentar, den er in der Scherzpresse zu seinem Notruf gab, aufgestellt hat. Er ist an den Vorgängen unbeteiligt, er hat weder die Säbel noch die Häute der Polizisten zu kosten bekommen, ist nicht einmal angeschauzt oder gar beschimpft worden, er hat auch nichts von Sympathie mit Auführern verraten. Daß er nicht Sozialdemokrat ist, hat er zum Ueberflus noch unter Eid erklärt. Es spricht also, selbst nach polizeilichen Begriffen, nichts gegen seine Objektivität. Daß er sich getäuscht habe, ist bei der Genauigkeit seiner Angaben, bei der Länge seiner Beobachtungen und da er mehrere gleiche Fälle wahrgenommen hat, nicht möglich. Von der Seite ist sein Zeugnis sicherlich nicht zu erschüttern. Aber vielleicht will Herr v. Jagow zu einem anderen Lodge hinaus. Vielleicht fragt er natw wie ein Staatsanwalt: „Woher wissen Sie denn, daß diese Leute Kriminalhauptleute waren? Ist es nicht möglich, daß Unbefugte den Kriminalbeamten gespielt haben?“ Aber mit dieser naiven Frage dürfte der Polizeipräsident ebensowenig Glück haben wie die Staatsanwaltschaft, der der Verteidiger keine trocken eingetragene, die Polizei werde sich doch nicht andauern von falschen Kriminalhauptleuten foppen lassen! Es wäre allerdings ein starkes Stück, wenn das möglich wäre. Dagegen spricht aber schon der Umstand, daß die falschen Kriminalbeamten dann gleich in ganzen Rudeln aufgetreten wären. Eine solche unlautere Konkurrenz hätten sich doch die echten Kriminalbeamten sicher nicht gefallen lassen.

Kurz, von welcher Seite man das Zeugnis des Herrn Dslath auch ansehen mag, es bietet keine verwindbare Stelle. Und steht heute schon nicht mehr allein. Am Montag hat der Zeuge Schmidt eine Bekundung getan, die uns auch wieder einen Kriminalbeamten als Bluthund-Auser zeigt.

Die Zeugnisse mehrten sich — man darf hier auch die Tatsache mit heranziehen, daß bei einer der Wahlschwundel-demonstrationen des verflossenen Frühjahrs einer der Lockspitzel, die sich unter falschem Namen und in der Masse von Arbeitern in die sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins einschleichen, die Genossen auf einer der Spreedbrücken aufforderte, einen des Begegnenden Postwagen ins Wasser zu werfen und „nicht so feig zu sein“, sondern der Polizei Widerstand zu leisten. Diesen Tatbestand hat Rechtsanw. Dr. Kurt Rosenfeld schon in den ersten Tagen des Prozesses unter genauer Bezeichnung des Beamten mitgeteilt — der Polizeipräsident hat sich bisher nicht bemüht gesehen, beim Gericht die eidliche Vernehmung des betreffenden Spitzels zu beantragen. Auch hier verharret Herr v. Jagow in auffälliger Teilnahmslosigkeit.

Es gab polizeiliche Lockspitzel in Moabit — diese ungeheuerliche Tatsache ist erwiesen! Es fragt sich nur noch, in wessen Auftrag sie handelten. Die Frage kann allein der Polizeipräsident beantworten. Und wenn er es selbst nicht weiß, so wird es ihm doch auf alle Fälle ein Leichtes sein, die Kriminalhauptleute, die um die von Herrn Dslath angegebene Zeit und an der von ihm bezeichneten Stelle tätig waren, zu ermitteln, und von ihnen kraft seiner amtlichen Autorität die Wahrheit zu erfahren!

Wir nehmen an, daß er ein Interesse daran hat, sie zu kennen. Einerlei aber, ob diese Frage beantwortet wird und wie sie beantwortet wird, die Tatsache, daß es polizeiliche Lockspitzel in Moabit gab, ist nicht mehr wegzudisputieren. Und diese Tatsache ist eine Bombe, die das ganze Gebäude der Anklage, soweit sie gegen die Arbeiterbewegung geschmiedet ist und soweit sie die besondere Gefährlichkeit und Straf-würdigkeit der Angeklagten durch den Hinweis auf den „revolutionären“ Hintergrund ihrer Taten erweisen will, in die Luft sprengt. Eine Bombe, deren Splitter alle die zu Boden schlagen, die aus diesem Prozeß

einen Prozeß gegen die Arbeiterklasse zu machen gedachten oder die von ihm eine Schädigung der Arbeiterbewegung ersehnten. Der grelle Feuerschein dieser explodierenden Bombe läßt die Deffentlichkeit die Verlogenheit der Scharfmacherzählung vom sozialdemokratischen Aufruhr erkennen und zeigt ihr, daß die geheimen Führer der Aufständischen ganz wo anders sitzen als im sozialdemokratischen Lager. Daß es einflußreiche Kreise in Deutschland geben muß, die Strafen-schlachten gegen das Proletariat ersehnen und sie künstlich zu machen suchen, um die Arbeiterklasse durch die Kleinkalibrigen zur Aberlassen zu können, um dann den geschwächten Körper des Proletariats in Fesseln zu schlagen und in Hungerkur zu nehmen!

Die Bombe hat eingeschlagen und hat diese Pläne vorerst zerfliegen und verfaßtet. Sie hat den Fuchsbau der Verschwörer gegen das Proletariat gesprengt — das Licht der Sonne scheint in ihre Schlafswinkel und zeigt sie in ihrer wahren Gestalt dem Volke!

Zerrissen und zerlegt ist die Auflage. Die Sozialdemokratie wollten sie fangen — nun sitzen die Jäger im eigenen Eijen!

Eine Bombe ist explodiert, die Polizei hat einen Stoß erlitten wie nie zuvor. Den geheimen Führer der Revolution von Moabit ging sie aus zu jagen — nun grüßt ihr entgegen die grinsende Frage des Agent provocateur, des Lockspitzels, den sie am eigenen Hüfen genähert hat!

Herr v. Jagow aber soll sich nicht beklagen. Er ist sicherlich ein guter Christ, und als solcher wird er das Wibelwort kennen: „Womit einer sündigt, damit soll er gestraft werden!“

Ausgleichende Gerechtigkeit!

Der neueste Arbeiterverrat des Zentrums

Der Beschluß der Reichsversicherungsordnungs-Kommission des Reichstages gegen das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalten ist geeignet, die Arbeiter aufs schwerste zu schädigen. Er ist nur dadurch zustande gekommen, daß sich das Zentrum auch in dieser Frage zu den rückwärtsloseten Arbeiterfeinden, den Konservativen und Nationalliberalen, geschlagen hat.

Wie ist die Sachlage? Durch das Invalidenversicherungsgesetz ist den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung das Recht gegeben worden, für solche Versicherte das Heilverfahren zu übernehmen, die dadurch entweder ihre Erwerbsfähigkeit wiedererlangen oder vor der drohenden Erwerbsunfähigkeit für absehbare Zeit bewahrt werden können. Dabei ist es dem Ermessen der Versicherungsanstalten überlassen, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer sie die Kosten der Heilbehandlung im Einzelfalle tragen. Sie können die Kranken in Krankenhäusern, in Heilanstalten für Lungenkranke oder Lufstkurorten, in Genesungsheimen, Konvalenszentenenanstalten, in Bädern aller Art oder in Privatpflege unterbringen.

Von diesem Rechte haben die Versicherungsanstalten immer mehr Gebrauch gemacht. Ihre Heilbehandlungskosten sind von Jahr zu Jahr gestiegen, so daß sie betragen im Jahre

1900: 5 262 061 M. = 4,1 Proz. der Beiträgeeinnahmen,
1909: 10 227 558 M. = 10,3 Proz. der Beiträgeeinnahmen.

Ebenso ist die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Personen von 27 427 im Jahre 1900 auf 101 158 im Jahre 1909 gestiegen.

Von den „ständig“ behandelten Versicherten waren im letzten Jahre verpflegt:

15 463 in Krankenhäusern (Kliniken, Trinkerheilstätten, orthopädische und mediko-mechanische Anstalten, Naturheilanstalten, Heilanstalten für Geschlechtskranke, Wasserheilanstalten und so weiter).
30 322 in Heilanstalten für Lungenkranke, Lufstkurorten.
7320 in Genesungsheimen, Konvalenszentenenanstalten.
13 500 in Bädern (See-, Mineral-, Schwefel-, Moorbädern und so weiter).
551 in Privatpflege, Landaufenthalt, eigener Wohnung.
16 in nicht näher bezeichneten Heilanstalten.

Diese Fürsorge ist durchweg solchen Personen zuteil geworden, die von den schlimmsten Krankheiten bedroht sind: von Lungen-tuberkulose, Rheumatismus, Gicht, Herz-, Lungenleiden nicht tuberkulöser Art, Blutarmer, Harn- und Geschlechtsleiden, sowie Folgen der Trunksucht.

Dieser prophylaktische (vorbeugende) Teil der Versicherungs-gesetzgebung ist wohl das Wichtigste des ganzen Gesetzes für die Arbeiter. Bedauerlich ist, daß er in das Ermessen der Anstalt gestellt und dem Versicherten entgegen den Anträgen der Sozialdemokratie kein Recht auf Heilbehandlung zusteht. Immerhin hat die Heilbehandlung vielen Arbeitern erhebliche Vorteile gebracht. Schreibe doch hierüber das Reichsversicherungsamt in seinem letzten Jahresberichte: „Erfreulicherweise läßt sich auch feststellen, daß die Heilerfolge, welche durch die nach Art und Ort der Behandlung wie der sonstigen Fürsorge mannigfachen Maßnahmen erzielt werden, sowohl an Zahl, als auch an Dauer des Bestandes fortgesetzt erheblich zunehmen.“ In der Zeitschrift, die aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Deutschen Arbeiterversicherung die Deutschen Versicherungsanstalten herausgegeben haben, rednet der Geheimne Oberregierungsrat Elle aus, daß durch die Heilbehandlung große materielle Werte gerettet

berden: „Eine gewaltige Summe, die die gemachten Aufwendungen in vollem Maße rechtfertigen, auch wenn man auf die idealen Werte der Heilbehandlung keine Rücksicht nimmt, wenn man nicht beachtet, wieviel Belehrung und erzieherische Kenntnis in das Volk hineingetragen worden ist, wie wertvoll es ist, wenn Vater und Mutter den Kindern in einer Zeit, wo sie ihrer am meisten bedürfen, noch auf Jahre erhalten geblieben; nicht daran denkt, wieviel Not und Elend von den Betroffenen und ihren Familien ferngehalten, wieviel Tränen getrocknet worden sind.“ Bei derselben Gelegenheit hat das Reichsversicherungsamt endlich in seiner Zeitschrift erklärt, „dass das Heilverfahren der Versicherungsträger, namentlich auf dem Gebiete der Invalidenversicherung, ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung bildet.“

Das Zentrum aber gab sich dazu her, einem Antrag zuzustimmen, durch den höhere Aufwendungen für die Heilung der Kranken als etwas Ungehöriges denunziert wurden, und das Reichsversicherungsamt vor Mohnahmen dagegen veranlaßt werden soll. Nach dem Beschluß der Kommission dürfen die Versicherungsanstalten, wenn das neue Gesetz mit dieser Bestimmung wirklich in Kraft treten sollte, nur noch 7 Proz. ihrer Beitragseinnahmen für Heilverfahren verwenden. Wenn sie einen höheren Betrag dafür bestimmen wollen, müssen sie erst die Genehmigung des Reichsversicherungsamtes einholen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1900 von den 41 deutschen Versicherungsanstalten usw. nicht weniger als 30 mehr als 7 Proz. der Beitragseinnahmen für Heilverfahren ausgegeben haben, zum Teil sehr viel mehr, nämlich bis zu 24,54 Proz. der Beitragseinnahmen. Auf der anderen Seite freilich bleiben einige Versicherungsanstalten auch sehr weit hinter den 7 Proz. zurück.

Aus dem Jahre 1900 liegt ferner eine Zusammenstellung vor, wie vielen Personen von je 10 000 Versicherten bei den einzelnen Versicherungsanstalten eine Heilbehandlung im Jahre 1900 zu teil geworden ist. Hier steht an der Spitze Berlin mit 171 Heilbehandlungen auf 10 000 Versicherten. Es ist dies aber auch die Versicherungsanstalt, die den höchsten Prozentsatz der Beitragseinnahmen für die Heilbehandlung verwendet. Dann folgt Oberbayern, wo außerordentlich hohe Verhältnisse vorliegen; aber auch hier ist der Satz der Ausgaben höher als 7 Proz. der Beitragseinnahmen, nämlich 8,03 Proz. Dann sehen wir mehrere andere Versicherungsanstalten mit mehr als 100 Heilbehandlungen auf je 10 000 Versicherte, die alle bedeutend mehr als 7 Proz. ihrer Beitragseinnahmen für Heilbehandlung verwenden. Auf der anderen Seite stehen Westpreußen mit 36 Heilbehandlungen auf 10 000 Versicherte, ebenso Pommern und einige andere, die mit 7 Proz. der Beitragseinnahmen auskommen. Diese rückständigen Versicherungsanstalten hat die Kommission und mit ihr das Zentrum in Bezug auf das Heilverfahren den anderen Versicherungsanstalten als Muster hingestellt.

Das Zentrum suchte seinen den Bestrebungen seiner früheren Führer im Gesicht schlagenden Arbeiterverrat mit der Erklärung zu rechtfertigen, daß es durch die neue Bestimmung einzig und allein eine Verschwendung der Mittel durch zwecklosen Luxus, wie in Berlin vorgekommen sei, verhindern wolle. Tatsächlich aber hat das Reichsversicherungsamt auch ohne die neue Bestimmung das Recht, gegen eine solche Verschwendung einzuschreiten. Und weshalb hat das Zentrum die Beschränkung der neuen Bestimmung auf jenen einzigen Fall nicht im Gesetz klar und deutlich ausgesprochen? Weshalb hat es die Beschränkung der Ausgaben für Heilzwecke auf höchstens 7 Proz. der Beitragseinnahmen als Regel hingestellt? Weil ihm an der Heilung des Arbeiters nichts liegt, weil dem jetzigen Zentrum die Gelder der Versicherungsanstalten nur zur Entlastung der Armenlasten der Gemeinden dienen sollen. Anders ist seine Stellung nicht zu verstehen. Der Arbeiterverrat des Zentrums in dieser Angelegenheit ist in keiner Weise zu entschuldigen. Das Zentrum muß wissen, daß nur zu viele Versicherungsanstalten aus der neuen Bestimmung die Mahnung entnehmen werden, für Heilzwecke möglichst mit 7 Proz. der Beitragseinnahmen auszukommen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Verhalten gar mancher Versicherungsanstalt gegenüber den „guten Ratschlägen“ des Reichsversicherungsamtes, des Reichsamts des Innern und des Reichsschatzmeisters kann auch das Zentrum darüber nicht im Zweifel sein, daß infolge der neuen Bestimmung die Ausgaben der Versicherungsanstalten für Heilzwecke mehr und mehr eingeschränkt werden zum schweren Schaden kranker Arbeiter.

Und hierzu hat sich das Zentrum hergegeben. Ohne die Stimmen der Zentrumsabgeordneten wäre für den standalösen Beschluß in der Kommission die Mehrheit nicht vorhanden gewesen. Arbeiter, gebt auf diesen Arbeiterverrat des Zentrums die gebührende Antwort! Märkteure Mitarbeiter über den neuesten Arbeiterverrat des Zentrums auf!

Die Wahlen in England.

London, 3. Dezember. (Sig. Ver.) Man zählt diesmal 100 Wahlkreise, in denen kein Kampf stattfinden wird, was recht drastisch die finanzielle Erschöpfung der Parteien nach dem großen Kampfe zu Anfang des Jahres zum Ausdruck bringt. Auch der Genosse Keir Hardie und zwei oder drei andere Arbeiterpartei werden voraussichtlich keinen Kampf zu bestehen haben.

Aus Südwales wird berichtet, daß der Kampf der Bergarbeiter im Rhonddale politische Formen angenommen hat. Bekanntlich herrscht unter den Bergarbeitern jenes Landes teils eine große Unzufriedenheit mit den Gewerkschaftsführern. Die Sozialisten und Arbeiterpartei im Rhonddale haben beschlossen, dem Führer der walisischen Bergarbeiterföderation Abraham, der auch der Arbeiterpartei angehört, einen sozialistischen Gegenkandidaten entgegenzusetzen.

Die S. D. P. hat den Beschluß gefaßt, alle Kräfte auf die Kandidatur Hudmans zu konzentrieren und die übrigen fünf Kandidaturen fallen zu lassen. Die J. A. P. hat die Kandidatur ihres Vorstehenden Anderson fallen gelassen. Wihin werden nur 56 Kandidaten der Arbeiterpartei zur Wahl gehen. Von diesen 56 wird berichtet, daß 34 als Mitglieder der einen oder anderen sozialistischen Partei bekannt seien.

Was den Wahlkampf im allgemeinen betrifft, so kann man nicht umhin, zu konstatieren, daß es den Konservativen wiederum in großem Maßstabe gelungen ist, eine unbeschreibliche Verwirrung in den Köpfen der Wähler anzurichten. Sie versuchen in letzter Stunde, durch seitenslange, in fetten Buchstaben gedruckte Artikel den Wählern die Handhabung des Referendums klar zu machen. Nach allen Regeln der Vernunft müßte diese Taktik, aus der deutlich die Stimme der Verurteilung spricht, nur einen Erfolg haben: den Sieg der Liberalen. Man darf aber nicht vergessen, daß sich der Charakter des englischen Volkes in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren merklich verändert

hat, eine Erscheinung, auf die englische Schriftsteller schon häufig hingewiesen haben. Die Erregbarkeit und die Neigung, sich der augenblicklich herrschenden Stimmung hinzugeben, ist ohne Zweifel gestiegen. Ob das nun eine Begleiterscheinung der hitzigen innerpolitischen Kämpfe ist, sei dahingestellt. Tatsache ist aber, daß man heute in England mehr als in den meisten anderen Kulturstaaten Europas an das Gefühl der Wähler appellieren kann. Viel hängt daher von der Stimmung ab, die die eine oder andere Partei im geeigneten Augenblick erzeugen kann.

Wird es der konservativen Partei gelingen, der noch schwankenden Wählerschaft das Gefühl beizubringen, daß die konservativen eigentlich mit ihrem Vorschlage, das Referendum einzuführen, die wirklichen Demokraten sind und daß der Schutzoll nicht gegen den Willen der Volksmajorität eingeführt werden wird? Gelingt es ihr, so werden ihr wahrscheinlich eine bedeutende Anzahl Stimmen aus dem Teile des Bürgertums, dem die Reden des Schatzkanzlers nicht gefallen, zugesichert werden. Dem denkenden Teile der Wählerschaft muß jedoch die plötzliche Schwankung der Konservativen als klarer Humbug erscheinen. Das Referendum ohne das höchst wichtige Recht der Initiative würde in England nur als Mittel benützt werden, um eine diskreditierte Regierung im Sattel und im Gemüß der Wähler zu halten. Wenn die jeweilige Regierung das Recht hat, die Fragen zu formulieren, so wird sie sie auf alle Fälle so stellen, daß sie der Bejahung gewiß ist. Der Schutzoll ließe sich auf diese Weise leicht einführen. Balfour sprach davon, daß er nichts dagegen habe, wenn die Grundsätze der Tarifreform einem Referendum unterbreitet würden. Was sind nun die Grundsätze der Tarifreform? Um eine erdrückende Mehrheit für diese „Grundsätze“ zu erhalten, brauchte eine konservative Regierung die Frage nur so zu formulieren, daß sie im Grunde genommen lautete: „Sind Sie dafür, daß der Ausländer Ihre Steuern zahlt?“ — Man nehme übrigens diesen Wahlkniff nicht ernst. Weder die Konservativen noch die Liberalen denken im Ernste daran, die Grundlagen der Regierung durch Maßregeln wie das Referendum zu demokratisieren. Kommen die Konservativen dieses Mal ans Ruder, so wird man bald recht wenig von dem Referendum vernehmen. Höchstwahrscheinlich würde man eine königliche Kommission einsetzen, die die Frage gründlich zu studieren hätte.

Die Ergebnisse des ersten Wahltages.

Die bisherigen Wahlen, die wohl als symptomatisch gelten dürfen, lassen erkennen, daß größere Verschiebungen in der Stärke der Parteien unwahrscheinlich sind. Die Konservativen haben allerdings einige Erfolge aufzuweisen; ihre Stimmen sind gestiegen und sie haben bisher drei Mandate den Liberalen abgenommen. Doch diese Erfolge sind zu gering, um ihnen die Aussicht auf Erreichung der Majorität zu gewähren. Auf der anderen Seite werden die Liberalen auch ferner von den Stimmen der Arbeiterpartei und der Iren abhängig bleiben. Immerhin würde ein solcher Wahlausgang das moralische Gewicht der regierenden Partei eher verringern und jene Elemente kräftigen, die auf beiden Seiten bestrebt sind, den Verfassungstret durch ein Kompromiß aus der Welt zu schaffen.

Heute finden in 67 Bezirken die Parlamentswahlen statt. Es sind 76 Deputierte zu wählen. Im letzten Parlament verteilten sich diese 76 Abgeordneten wie folgt: 36 Unionisten, 33 Liberale, 6 Arbeiterpartei und 1 Nationalisten. Man erwartet, daß 18 Deputierte, nämlich 14 Konservative, 3 Liberale und 1 Arbeiterpartei ohne Opposition gewählt werden.

Geringere Wahlbeteiligung.

London, 4. Dezember. Die Unionisten haben gestern bei den Wahlen nicht so gut abgeschnitten, wie man erwartet hatte. Wenn aber das Verhältnis ihrer Gewinne daselbst bleibt, so dürfte die Regierung doch in eine üble Lage geraten, die ihren Rücktritt zur Folge haben könnte. Die Liberalen verzeichnen mit Genugtuung den Rückgang der unionistischen Mehrheiten in Birmingham und die Erfolge in London und Manchester, insbesondere auch die Niederlage von Ramsay MacDonald, des eifrigen Befürworters der Tarifreform, der seinen sicheren Sitz in London aufgab, um in Manchester zu kämpfen. Norton, Macnamara und Wollerton haben ihre Sitze in London behalten, während Birrell und Hobhouse sich in Bristol behaupteten. Im allgemeinen besteht eine außerordentliche Apathie in den Wahlen mit den Wahlen vom Januar; immerhin ist ein bemerkenswerter Ausfall in der Gesamtstimmengabe zu verzeichnen, der zum Teil auf das nasse und kalte Wetter zurückzuführen ist, das auch eine lebhaftere Wahlbewegung auf den Straßen nicht aufkommen ließ.

Preßstimmen.

London, 5. Dezember. Die liberalen Blätter äußern eine fast überschwengliche Freude über die Wahlergebnisse vom Sonnabend und erklären, London habe ein glänzendes Beispiel gegeben. Die Unionisten hätten keine Aussicht, in Schottland, Irland und Wales Sitze zu gewinnen, und da sie schon über die meisten englischen Grafschaften verfügten, so seien ihre Hoffnungen genau genommen auf 242 britische Wahlkreise beschränkt. Von diesen seien aber über ein Viertel bereits bestritten worden, und die Unionisten hätten dabei nur drei Sitze gewonnen. Die Unionisten seien bereits aus dem ersten Kampf geschlagen und diskreditiert hervorgegangen. Die Sache des Freihandels und eines freien Unterhauses sei gerettet.

Die unionistischen Zeitungen triumphieren nicht, zeigen sich aber von den bisherigen Resultaten befriedigt. Sie erklären, wenn die Ergebnisse vom Sonnabend ein Fingerzeig für das Gesamtergebnis seien, so sei das Ministerium Asquith bereits jetzt zur Ohnmacht verurteilt. England habe in nicht mißzuverstehender Weise den Jesuiten der Konstitution Halt geboten. Die Unionisten betonen besonders ihre Siege in Lancashire, aber ihre Enttäuschung, namentlich über London, verrät sich in vielen Wendungen und spiegelt sich auch wieder in den dringenden Aufrufen an die Unionisten in London, sich aufzuraffen und die Situation zu retten.

Wahlergebnisse.

London, 5. Dezember. Bis 5 Uhr nachmittags waren gewählt: 58 Liberale, 80 Unionisten, 8 Vertreter der Arbeiterpartei und 15 Anhänger John Redmonds.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember 1910.

Zweite Lesung des Arbeitskammergeetzes.

Aus dem Reichstag, 5. Dezember. Gegenüber dem Arbeitskammergeetz gruppieren sich die Parteien des Reichstags in drei Richtungen. Die Sozialdemokratie

erstrebt, einer umfassenden Organisation die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand zu geben. Sie hatte deshalb dem Regierungsentwurf einen anderen entgegengezeigt, der reine Instanzenwahlen bis zu der Zentrale eines Reichsarbeitsamtes verlangte und dieser Organisation weitgehende Befugnisse zur Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern sowie zur speziellen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen geben wollte. Mit diesem Verlangen blieb unsere Partei indes ebenso allein im Plenum wie vorher in der Kommission.

In der zweiten Gruppe fand sich die Mehrheit des Hauses, bestehend aus Zentrum, Christlich-Sozialen, Nationalliberalen, Freimünnigen und Polen zusammen. Sie verwarf sich dem Grundgedanken des Regierungsentwurfs an, hatte sich allerdings durch die Sozialdemokratie antreiben lassen, einige Verbesserungen in das schwächliche Sozialprodukt der antirenden Bürokratie hineinzubringen, so die Bestimmung, daß auch Arbeitersekretäre in die Arbeitskammern gewählt werden können, sowie daß die Eisenbahnarbeiter nicht von der Einrichtung ausgeschlossen sind.

Die dritte Gruppe bildeten die Parteien der Rechten, die aus Angst vor der Sozialdemokratie schon in dem klammerlichen Regierungsentwurf revolutionäre Keime herausgeschmiffelt hatten. Ihre Redner machten durch ihre politischen Scharfmachereien die Debatte über den § 1 des Gesetzes wieder zu einer allgemeinen politischen und sozialpolitischen Debatte. Der konservative Graf Westarp warnte vor Arbeitskammern, weil die ruchlose Sozialdemokratie sich diese Institutionen nur zu Machtpositionen umgestalten würde. In seiner Angst vor dem Unsturz griff er zu dem verbrauchten Radenhalter, der sozialdemokratischen Fraktion vorzuwerfen, sie bestände nicht aus „Arbeitern“. Seine ganze Rede hielt sich auf dem niedrigen Niveau, das wir aus der jüngsten Vera der Sozialistenbekämpfung bei unseren Gegnern gewohnt sind, so daß dieser ehemalige Polizeipräsident von Schöneberg wie eine Imitation seines amtierenden Berliner Kollegen, wie Jagow der Kleine, anmutete. Der Freikonservative Herr v. Dirksen zierte für seine gleichartigen Bemühungen den Geist des seligen Stumm und suchte die Regierung scharf zu machen zum Widerstand gegen die Sozialreform, indem er sich auf den Kaiser berief. Das ging selbst dem Staatssekretär Deßler wider den Strich. Er deutete an, daß das nur eine fein eingefädelte Intrige sei, um das Zustandekommen eines Gesetzes zu verhindern. Sonst bewährte er sich auch jetzt wieder als der Vertreter einer selbst unter das Maß des Grafen Posadowski zusammengekrumpften Sozialpolitik. Die beiden vorher erwähnten Verbesserungen des Gesetzes erklärte er für unannehmbar. Unter den Reden der bürgerlichen Sozialreformer hob sich am vorteilhaftesten die des fortschrittlichen Abgeordneten Raumann hervor, der den Westarp und Dirksen ihre arbeiterfeindliche Rückständigkeit zu Gemüte führte. Leider beeinträchtigte er den Eindruck seiner Rede dadurch, daß er gegen die Sozialdemokratie den abgefallenen Vorwurf vorbrachte, sie verhalte sich nur „negativ“, obgleich doch bei jeder Gelegenheit, so auch hier, die Sozialdemokratie durch positive Anträge den Beweis für ihre Bewilltheit zu positiven Leistungen liefert. Daß die bürgerlichen Parteien sich gegenüber der positiven Arbeit der Sozialdemokratie fast durchweg negativ verhalten, macht doch diese positive Arbeit nicht selbst negativ.

Genosse Legien begründete eingehend den sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und rechtfertigte die Notwendigkeit, den Arbeitervertretern den Zutritt zu den Arbeitskammern zu ermöglichen, da sie gerade die besten Kenner der Verhältnisse und im übrigen die Vertrauensmänner der Arbeiter seien. Dem Staatssekretär führte er zu Gemüte, daß die Ausschließung der Eisenbahnarbeiter aus den Vertretungen gerade die unerwartete Wirkung haben würde, die Leute unzufrieden zu machen, weil sie sich entrechtet fühlten. Das gegnerische Gegeter von dem „Arbeiterterrorismus“ tat er mit dem Hinweis darauf ab, daß die konservative Partei ihre ganze Macht dem Terrorismus verdanke, den Unternehmer und Behörden zu ihren Gunsten ausüben.

Bei der Abstimmung über § 1 wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen unserer Partei abgelehnt, dann der § 1 des Regierungsentwurfs mit großer Mehrheit, auch unter Zustimmung der Sozialdemokraten, gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Reichstags-Dispositionen.

In der Sitzung des Senatskonvents am Montag, den 5. Dezember, wurden die Beschlüsse der letzten Sitzung im allgemeinen bestätigt. Für die zweite Lesung des Arbeitskammergeetzes sind Montag und Dienstag vorgelesen, am Mittwoch sollen Rechnungsberichte sowie die Fortsetzung der Besprechung der Mittelstands-Interpellation folgen. Sollte das Arbeitskammergeetz am Montag in der zweiten Lesung erledigt werden, dann wird der Präsident für Dienstag die Novelle des Strafgesetzbuchs auf die Tagesordnung setzen, andernfalls kommt sie erst auf die Tagesordnung der Sitzung vom 10. Januar 1911. Am Donnerstag fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertages aus. Am Freitag beginnt die erste Lesung des Staats, die voraussichtlich bis zum 14. Dezember, also bis zum Beginn der Weihnachtserien dauern wird.

Herr von Westmann-Hollweg berichtet.

Die „Kreuz-Zeitung“ hatte in einer Polemik gegen national-liberale Blätter die Ehre, in der Herr von Heydebrand den Reichskanzler in kategorischem Befehlston zu Maßregeln gegen die revolutionären Umtriebe aufzufordern, daraus zu erklären geruht, daß Herr v. Westmann-Hollweg den außerparlamentarischen Verkehr mit allen Abgeordneten ohne Ausnahme vermeide. Herr von Westmann-Hollweg bezieht sich deshalb in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ an der Spitze des Blattes erklären zu lassen, daß die Vorlesung der „Kreuz-Zeitung“ unrichtig sei. Gerade in der letzten Zeit, wie auch schon während der Sommerpause, habe der Reichskanzler Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, darunter auch den Abgeordneten von Heydebrand, bei sich zur Unterredung empfangen.

Man weiß nicht recht, ob Herr von Westmann-Hollweg sich durch diese Erklärung gegen den Vorwurf entschuldigen will, nicht auch schon persönlich die Befehle des konservativen Führers entgegengenommen zu haben, oder ob das Dementi belügen soll, daß Herr von Heydebrand eigentlich doch nicht nötig gehabt habe, ihn vor der Öffentlichkeit zu blamieren, da sich ja zu Hause schon alles gefunden haben würde.

Regierung und Großindustrie.

Die Beziehungen der rheinisch-westfälischen Großindustrie zur Regierung haben sich in letzter Zeit immer inniger gestaltet. Das kam auch auf dem Jubiläumstest zum Ausdruck, das gestern der Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf abhielt. Der Oberpräsident v. Helldorff übermittelte den Glückwunsch des Kaisers und gab verschiedene Ordensverleihungen bekannt. Er überreichte als Geschenk des Kaisers dessen Bildnis im goldenen Rahmen als

Schuld des neuen Geschäftsgebäudes. Zugleich wies Freiherr v. Rheinbaben auf die großen Ausgaben der Verbanderneuerung hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beteiligten zu Opfern geneigt sind.

Diff, pass, puff!

Zwischen den Professoren der Nationalökonomie an der Berliner Universität ist ein heftiger Streit entbrannt. Die Regierung hat vor 2 1/2 Jahren den Professor Ludwig Bernhard von Kiel nach Berlin als ordentlichen Professor berufen. Bernhard hat belamisch ein Werk über die polnische Frage veröffentlicht, das viel wertvolles Material, wenn auch manchmal in einseitiger Weise, zusammenstellt. Die Regierung wollte Bernhard, wie es damals hieß, Gelegenheit zu weiteren Studien geben. Die Ernennung erfolgte über die Köpfe der Fakultät hinweg. Die Professoren fügten sich zunächst, rächten sich aber später dadurch, daß sie dem Eindringling die sogenannten „großen Vorlesungen“ vorenthielten. Bernhard brachte schließlich in einem Vortrage, den er in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Vorlesungen hielt, seine Beschwerden öffentlich zur Sprache. Darüber kam es zu einem scharfen Briefwechsel mit Schmoller, Wagner und Sering, durch den sich Bernhard sehr bedrückt fühlte. Und schließlich hat Herr Bernhard Herrn Prof. Sering zum Duell geordert.

Doch vergeblich! Herr Sering hatte zwar nicht soviel Geschma, das Duell rundweg abzulehnen, aber er soll Bedingungen gestellt haben, die das Zustandekommen schließlich vereitelten.

Die Gegenseitigkeit gegen Bernhard soll darin ihre Ursache haben, daß dieser gegen den „Kathedersozialismus“ aufgetreten ist. Bernhard gehört zu jenem Typ, der seine Karrierehoffnungen auf die Vertretung industrieller Scharfmacherinteressen gestellt hat. Er ist ein abgelagerter Gegner der „sozialpolitischen Lasten“ und fordert für die Industrie „freien Spielraum“, das heißt den Stillstand der Sozialpolitik. Da dies auch immer mehr die Forderung der Preußen beherrschenden reaktionären Sippe und bei der Erneuerung preussischer Professoren gute Bestimmung ein Hauptforderndes ist, begreift man, daß diese „wissenschaftliche Ueberzeugung“ bei den Unwärtigen auf preussische Professorenstellen sich rasch verbreitet.

Neu ist allerdings, daß diese „Wissenschaft“ nun auch mit der Pistole vertreten werden soll. Neu, aber sicher durchaus gerechtfertigt. Denn warum sollen die Anschauungen jener einflussreichen Kreise, deren Klasseninteressen die Herren à la Ehrenberg und Bernhard in der Sozialwissenschaft vertreten wollen, nicht auch für ihren gesellschaftlichen Verkehr gelten. So ein Professor mit der Doppelpistole ist doch wirklich etwas Pittoresques, viel feiner als die gesellschaftlich so schlecht erzogenen Wäckerwäcker von Anno Tobal. So was darf sogar in den aristokratischsten Salons empfangen werden, ohne daß man sich des Besuchers zu schämen brauchte. Herrn Bernhard ist es ja diesmal noch vorgebehalten, Herr Sering ist noch zu rückständig. Hoffentlich entscheidet die Regierung ihren Schlichting, Herr Bernhard hat den Beweis erbracht, daß er reich ist zur Kobilitierung. Allerdings, die Zahl der Bernhards ist vorläufig noch eine beschränkte und es sollte dafür gesorgt werden, daß bei solchen Duellen das Leben dieser Teuren nicht in Gefahr gerät. Wir empfehlen deshalb den Herren, sich bei solchen Vorkommnissen geeigneter Waffen zu bedienen. Wie wäre es mit Windbüchsen? Sie scheinen ja das Windmachen gewöhnt.

Landtagswahlwahl in Breslau.

Bei der Montag stattgefundenen Landtagswahlwahl für den verstorbenen Zentrumabgeordneten Biesche brachte die Hauptwahl keine Entscheidung. Dem konservativen Kandidaten Wischmawski fehlten zur absoluten Majorität 5 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhielten Böbe (Soz.) 355, Ehlers (Wp.) 473, Vogel (sonst.) 820 Stimmen. Bei der Stichwahl, die dadurch notwendig wurde, erhielt Ehlers nunmehr 839 Stimmen, Vogel 824. Der freisinnige Kandidat wurde demnach mit einer Majorität von 15 Stimmen gewählt. Dieser Sieg war also nur möglich durch die eiserne Disziplin der sozialdemokratischen Wahlmänner. Ein sozialdemokratischer Wahlmann wurde von seinem Arbeitgeber, der selbst konservativer Wahlmann ist, auf der Stelle gemahnt.

Der Normalarbeitstag der badischen Staatsbeamten

in zentralen Bureaus soll von 1/2 bis 1/7 Uhr mit einer zweistündigen Mittagspause (1/2 bis 1/3 Uhr) festgesetzt werden. Außerdem soll ein dienstfreier Nachmittags in der Woche (am Sonnabend) eingeführt werden. Leider verläutet bisher nichts darüber, ob den Arbeitern der Werkstätten und dem fahrenden Personal der Staatsbahnen ebenfalls der Achtstundentag gewährt werden soll. Gegenwärtig ist das im Eisenbahnbetrieb tätige Fahrpersonal in der gefährlichsten Weise ausgenutzt. Lokomotivführer und Heizer mit 17stündiger Dienstzeit, denen oft während eines Monats kein freier Tag zufällt, gehören in letzter Zeit nicht mehr zu den Ausnahmen.

Wilhelm Bruhn Reichstagskandidatur.

In Friedeberg (Neumark) fand gestern eine antisemitische Vertrauensmännerversammlung statt, die aus allen Teilen des Reichstagswahlkreises Friedeberg-Arnswalde, den bekanntlich Herr Wilhelm Bruhn im Reichstage vertritt, besetzt war. Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Herausgebers der patriotischen „Wahrheit“ wurde diesem das Vertrauen der Delegierten ausgesprochen und er von neuem als Kandidat für die nächste Reichstags- und Landtagswahl aufgestellt. Zugleich wurde von den Vertrauensmännern beschlossen, als Kandidaten der Reformpartei für Ost- und West-Sternberg Herrn Fröhlich-Berlin und für Schlochau-Platow Herrn Dr. Pflug-Berlin aufzustellen.

Angedrohte Budgetverweigerung.

In der Sitzung vom letzten Donnerstag des Reichstags hat bei der Wingerdebatte der Zentrumabgeordnete für den dritten nassauischen Wahlkreis Dr. Dahlem in der Budgetfrage eine Stellung eingenommen, die ausdrücklich registriert zu werden verdient, um sie jenen entgegenhalten zu können, die behaupten, die sozialdemokratische Fraktion triebre durch ihre Ablehnung des Budgets eine unfruchtbarere Negationspolitik. Nachdem Dr. Dahlem dargelegt hatte, daß die notleidenden Winger finanziell unterstützt werden müßten, sagte er nach dem Stenogramm:

„Kun meine ich aber, sollte man auch im Deutschen Reichstag praktisch an die Sache herangehen. Wir werden ja demnächst den Etat zu verhandeln haben, und sicherlich wird auch die Budgetkommission sich mal den Fall überlegen, ob man nicht einen Posten in den Etat hineinbringen soll, um die Leute zu unterstützen. Wenn ja vorgegangen wird, — was können denn die verbündeten Regierungen dagegen machen? Das müssen sie einfach akzeptieren, und wenn sie es nicht wollen, läme eben der Etat nicht zustande. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Wenn ein Zentrumabgeordneter das Budget schon zu verweigern droht, wenn die Regierung eine Unterstützung der Winger ablehnt, um wieviel tausendmal mehr ist denn die sozialdemokratische Fraktion verpflichtet, gegen das Budget zu stimmen, das in seinen Hauptzügen zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dient.

Die Aldeutschen.

Der Aldeutsche Verband hielt gestern in Dresden eine Sitzung des deutschen Gesamtvorstandes ab, in der das Mitglied des Reichstags und böhmischen Landtages Dr. Urban über die Wirkung der Schiffsabgaben auf Deutsch-Böhmen referierte. Er erklärte, die Parlamente Oesterreichs und Ungarns würden dem Entwurf niemals die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

Ein anderer Redner, der Vorsitzende des Aldeutschen Verbandes, Dr. Claf-Mainz, sprach über die Notwendigkeit der Enteignung der politischen Grundbesitzer in der sogenannten Ostmark und über die elbisch-lothringische Verfassungsfrage. Er meinte, die ganze Ansiedelungspolitik werde zum Stillstand kommen, ja scheitern müssen, wenn nicht die Wirkungsmöglichkeit durch die Enteignung geschaffen werde. Ein so kalibrtätiger Beurteiler wie Professor Bernhard, zugleich einer der genauesten Kenner der Verhältnisse des Ostens, habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die sofortige Anwendung der Enteignung allein die Ansiedelungspolitik retten könne.

Gegen die Schiffsabgaben

hat die Dresdener Handelskammer aufs neue protestiert, indem sie einstimmig einen Antrag annahm, worin jede Erhebung von Schiffsabgaben auf bisher freien Strömen grundsätzlich abgelehnt wird. Der dem Reichstage zugegangene Gesuchentwurf sei nicht geeignet, die schweren grundsätzlichen Bedenken zu zerstreuen, er erzeuge vielmehr ungenügend für eine weitere Beratung. Es fehle darin jeder Anhalt über die von den Abgaben zu erwartende Verbesserung des Verkehrs und die Art, wie die Abgaben durchgeführt werden sollten, wenn Oesterreich und Holland an den die Abgabenerhebung verbietenden internationalen Verträgen festhalten. Jedemfalls aber müsse der stärkste Widerspruch dagegen erhoben werden, daß auf der Elbe Abgaben erhoben würden, bevor es auf dem Rhein geschieht. Schließlich wird der Reichstag dringend ersucht, zu den Beratungen Vertreter der Schifffahrt und der beteiligten Industrie zuzuziehen.

Totenschiffe.

An das Wort des Redners Schiff in Elbfließ: „Weider ist die Mannschaft gerettet“, erinnert eine Verhandlung vor dem Seeamt in Rostock. Die Reedersfirma Friedr. Wenz in Rostock kaufte im Jahre 1900 einen alten englischen Dampfer „Edith“, der vom deutschen Konsul ein Seelichtheitsbrevet zur Ueberfahrt von England nach Stettin ausgestellt erhielt. Der spätere Aufforderung der Seebefugungsbehörde, das Schiff zu „überholen“, hat der Reeder nicht entprochen, vielmehr vorgegeben, das sei nicht nötig, weil die „Edith“ bereits wieder nach Schweden verkauft sei und die Uebergabe alsbald erfolgen werde. Das Schiff war absolut nicht seetüchtig, weshalb im März dieses Jahres die alte Besatzung in Stolpmünde abmutterte. Der Kapitän hat den Kapitän und den Reeder mündlich und schriftlich auf die alte einplindrige Maschine aufmerksam gemacht, die sich nach seinem Zeugnis in „miserablem Zustand“ befand. Er hat auch lebhaft dagegen protestiert, als das Schiff von Stolpmünde wieder ausfuhr. Und als die „Edith“ auf See war, hat der Kapitän gefordert, daß wieder umgekehrt werde, weil Wasser in den Schiffsraum drang, die Pumpen jedoch nicht funktionierten, da Kohlen, Asche und Hahnenkörner sich in den Ventilen festgesetzt hatten. Der Kapitän bezogte noch, daß der Kapitän das Zurückfahren nach Stolpmünde dazwischen abgelehnt und dabei geäußert habe: „Ich lasse Euch verkaufen, wie die Ratten“. Schließlich hat der Kapitän das Signal zum Verlassen des Schiffes gegeben. Das Rettungsboot war jedoch völlig in Unordnung; es hatte kein Steuer, ein Ruder war gebrochen, die Rollen (womit die Ruder ruhen; fehlen, ebenso der Wippen für das Loch am Boden und ein Gefäß zum Wasserschöpfen war nicht vorhanden. Die Mannschaft hat die ganze Nacht im Boot zubringen müssen. Am anderen Morgen wurde sie von einem anderen Dampfer aufgenommen. Ein Mann ist an den Sitapagen dieser Nacht gestorben. Die „Edith“ ist untergegangen.

Das Urteil des Seeamtes zu Rostock lautete dahin, daß die schlechte Beschaffenheit des Schiffes und die mangelhafte Besatzung den Untergang der „Edith“ verschuldet haben. Dem Kapitän Gildoh aus Wustrow wurde das Patent als Kapitän sowohl wie als Steuermann entzogen. Wegen den Kapitän schwebt überdies noch ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung. Als nämlich das Rettungsboot „Margemacht“ werden sollte, hat der Kapitän einen angebrannten Matrosen, der darin lag, überausgeholt. Dieser Matrose ist spurlos verschwunden! Der Schiffsfaher hat vor dem Seeamt bezeugt, jener Matrose habe den Kapitän händertend aber vergeblich angefleht, ihn wieder ins Rettungsboot hineinzulassen und ihn mitzunehmen.

Frankreich.

Der Justizmord von Rouen.

Rouen, 5. Dezember. Da der Bürgermeister die Verhaftung einer Protestversammlung gegen den Wahrspruch der Geschworenen von Rouen in der Arbeitsbörse verboten hatte, fand eine Versammlung in dem benachbarten Sotteville statt. Die Versammlung nahm einen Antrag an, wonach der Gesamtaustrandproklamiert werden soll, falls der zum Tode verurteilte Syndikatssekretär Durand nicht in zwei Monaten frei ist.

Paris, 5. Dezember. Aus Anlaß der vom Allgemeinen Arbeitsverband gegen den Wahrspruch des Schwurgerichts in Rouen veranstalteten Protestversammlung hat der Deputierte Berth abermals eine Interpellation über die Tätigkeit dieses Verbandes angeführt. Berth will bei dieser Gelegenheit die Frage zur Sprache bringen, ob für die Tätigkeit des Verbandes eine gesetzliche Grundlagge bestesse.

Italien.

Die Kommunalwahlen in Florenz.

Rom, den 2. Dezember. (Fig. Ver.) Bei den florentiner Kommunalwahlen vom vorigen Sonntag haben die Sozialisten, die mit den Radikalen gemeinsam vorgingen, eine Niederlage erfahren. Bisher war die florentiner Stadtverwaltung bekanntlich in den Händen eines demokratischen Blocks, der von Sozialisten, Republikanern und bürgerlichen Radikalen gebildet war. Die antirepublikanische Tagesordnung Turati hatte die Wirkung, die Republikaner zum Rücktritt aus diesem Block zu bewegen. Die sogenannten Liberalen, die in trautem Bunde mit den Radikalen vorgingen, erzielten mit ihrer Liste annähernd 10 000 Stimmen, während die sozialistischeradikale Liste es auf 7000 brachte. Nur die der Minderheit reservierten Sitze wurden von dieser Liste erobert, und zwar acht von den Sozialisten und vier von den Radikalen. Die republikanische Liste brachte es auf 1281 Stimmen.

Spanien.

Ein Attentat.

Madrid, 3. Dezember. Als heute der frühere konservative Minister Racierva im Automobil nach seiner Wohnung zurückkehrte, warf sich ein junger Arbeiter, der Drechsler San Milan, auf ihn und versuchte seinen Revolver abzuschließen. Nachbarn hatten schon seit mehreren Tagen den Arbeiter in der Nähe der Wohnung Raciervas bemerkt.

Die Eisenbahnerorganisation.

Madrid, 3. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer gab der Sozialist Pablo Iglesias die Erklärung ab, daß die spanischen Eisenbahner sich innerhalb des Rah-

mens der Gesetze organisieren, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Eisenbahngesellschaften trafen ebenfalls ihre Vorkehrungen; einige drohten mit Entlassung der Angestellten, andere hätten bereits Entlassungen vorgenommen. Der Redner schloß: „Wenn es zum Bruch kommt, kann die Schuld daran nicht den Eisenbahnern gegeben werden!“

Amerika.

Parlamentseröffnung.

Washington, 5. Dezember. Heute begann die zweite Session des gegenwärtigen Kongresses. Auf Grund der Wahlen vom 8. November wird das Repräsentantenhaus des am 1. März nächsten Jahres beginnenden neuen Kongresses 227 Demokraten, 103 Republikaner und einen Sozialisten zählen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Kongreß in der jetzigen Session sich mit wichtigen Geschörsvorschlägen befassen wird. Die durch den Wahlausfall in den Vordergrund gerückte Tarifrevisionsfrage wird vielmehr wohl erst im neuen Kongreß angeknüpft werden. Möglich ist aber auch, daß Präsident Taft eine Extrasektion zur Beratung der Tariffrage einberufen. Die Demokraten wollen nun ihnen die Verantwortung für die Lösung des Tarifproblems aufgebürdet werden ist, in der Tariffrage sehr vorsichtig vorgehen. Sie werden, wie verlautet, die Revision abschrittweise vornehmen und zunächst die Rolle der Klasse „Wolle“ revidieren.

Ein Protest der arbeitenden Jugend.

In einer großen Versammlung, die am Sonntagmittag in der „Neuen Welt“ stattfand, protestierte die arbeitende Jugend gegen die Maßregeln der Polizei, die die freie Organisation der Jugend verhindern sollen. Die Versammlung war polizeilich überwacht, auch am Eingang zum Lokal war die Polizei vertreten durch Beamte in Uniform und in Zivil. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der überwachende Polizeileutnant den Vorsitzenden Karl Graf darauf aufmerksam, daß es raskam sein dürfte, alle Personen unter 18 Jahren zum Verlassen des Saales aufzufordern, da solche Personen sich eventuell einer Bestrafung aussetzen würden. Nach einer Beratung mit anderen jungen Leuten machte der Vorsitzende der Versammlung bekannt, welchen Rat er erhalten habe, erklärte aber zugleich, daß er die Aufforderung nicht erlassen könne, da die Versammlung nicht als eine politische anzusehen sei und die Erörterung politischer Dinge gar nicht beabsichtigt werde. Dagegen forderte er die anwesenden Kriminalbeamten auf, den Saal zu verlassen.

Der Reichstagsabgeordnete Eichhorn nahm dann das Wort zu einem Vortrage über die Vergewaltigung der Arbeiterjugend durch die Polizei und die Auflösung der freien Jugendorganisation Rixdorf-Brig. Einleitend bemerkte der Redner, daß es im politischen Leben keine Seltenheit sei, wenn ein Protest laut werde gegen die Uebergriffe der Behörden, wenn nun aber auch im unpolitischen Leben solche Proteste erhoben werden müßten, so sei dies ein Zeichen der Zeit, in der wir leben. Er betonte, daß er keine politische Rede halten werde, er wolle nur die Frage untersuchen, wie die Rixdorfer Polizei dazu komme, die Jugendorganisation aufzulösen. Die Ziele und Zwecke dieser Organisation beleuchtete er dann eingehend und meinte, daß man als Unbefangener für solche Bestrebungen, wie sie vorliegen, eher die Unterstützung als die Unterdrückung durch die Behörden erwarten könnte. Diese Unterdrückung erziele das genaue Gegenteil der darin liegenden Absicht, denn dieselbe Jugend würde nun erst auf die Politik aufmerksam gemacht und in die Politik hineingetrieben. Und die Bestrebungen der Jugendorganisation werde man trotz aller Maßregeln nicht unterdrücken können. (Stürmischer Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende verlas dann die folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am Sonntag, den 4. Dezember, im Lokal der „Neuen Welt“, tagende Protestversammlung der arbeitenden Jugend Groß-Berlins erhebt energischen Protest gegen die Auflösung der freien Jugendorganisation Rixdorf-Brig. Die Versammlung erkläre in dieser Maßnahme der Polizei eine Vergewaltigung der Rechte der arbeitenden Jugend und werde kein Mittel unversucht lassen, ihre Rechte wieder zu gewinnen. Sie geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Jugendbewegung trotz aller polizeilichen Maßregeln zu fördern und mit größter Opferfreudigkeit für ihre Ideale einzutreten.“

Unter Hochrufen auf die freie Jugendbewegung löste sich die Versammlung auf. Der Vorsitzende hatte in seinem Schlusswort noch ermahnt, daß sich niemand auf der Straße provozieren lassen sollte. Der Ermahnung wurde Folge geleistet, obgleich die Verhaftung von mehreren jungen Leuten beim Verlassen des Saales große Aufregung verursachte. Die Beamten griffen etwa acht bis zehn jüngere Personen heraus und nahmen sie fest. Zu Ausschreitungen kam es nirgends, die aufgeregte Menge zerstreute sich bald, Ruhe und Ordnung wurden nicht gestört.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten sind minderen Rechts!

In Lößschütz bei Kahlau im Altenburgischen besitzt die Sozialdemokratie seit Jahren die Mehrheit im Gemeinderat. So oft nun ein Sozialdemokrat zum Gemeindefürsten oder Gemeindevorsteher gewählt wird, wird er regelmäßig von der Aufsichtsbehörde nicht bestätigt. Vor Jahren passierte das dem Genossen Schulze, der als Gemeindevorsteher nicht bestätigt wurde, jetzt ist hintereinander zwei zu Gemeindefürsten vorgeschlagenen Sozialdemokraten die Bestätigung versagt worden. Da aber die Mehrheit des Gemeinderats entschlossen ist, nicht nachzugeben, kann das Spiel von Wahl und Nichtbestätigung von Gemeindevorsteher noch eine ganze Weile dauern.

Gemeindevorwahlen.

Wenn man Bündnisse schließt. In Siegelhausen bei Heidelberg vereinigten sich bei der Wahl der Gemeinderäte die Nationalliberalen und das Zentrum, um eine Vertretung der Sozialdemokratie zu hintertreiben. Unsere Genossen verbanden sich mit der Volkspartei. Letztere brachte ihre Kandidatur durch; der Genosse Stabler aber fiel mit 30 Stimmen gegen einen Zentrumsmann, der 32 erhielt.

Personalien. In der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung“ werden demnächst einige Veränderungen eintreten. Genosse Dübell geht nach Berlin und tritt in das Redaktionsbüro der Partei ein, sein Nachfolger in der politischen Redaktion des Wattes wird Genosse Dr. Sachs aus Bielefeld, jetzt an der dortigen „Volksmacht“, werden. Gleichzeitig wird die Redaktion durch den Genossen Jmwalde aus Bremen, bisher Berichterstatter am dortigen Parteiblatt, verstärkt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteursfreuden.

Genosse Grösch, Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, hat die ihm wegen Verleumdung preussischer Richter zuerkannte sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten. Das Verbrechen sollte in der „Vörlitzer Volkszeitung“ begangen worden sein, die damals nach dem politischen Teil der „Dresdner Volkszeitung“ benutzte. Daher wurde Genosse Grösch auch von dem Vörlitzer Landgericht verurteilt; er muß jetzt die 6 Monate auch in Vörlitz abtun.

Gewerkschaftliches.

Der Streik auf Zeche Lukas beendet.

Nach einwöchentlicher Dauer ist am Sonnabend durch Mehrheitsbeschluss der Belegschaft der Streik von Zeche Lukas für beendet erklärt worden. Für Aufhebung des Streiks und Wiederanfahrt am Montag stimmten 201, für Weiterstreiken 144 Kameraden. Die Verwaltung der Zeche hat allerhand Zugeständnisse gemacht. Sie hat zwar fortwährend versichert, nicht mit der Streikkommission verhandeln zu wollen, in Wirklichkeit hat sie sich doch zu Verhandlungen herbeigelassen. Schon am letzten Freitag machte die Verwaltung durch ein Schreiben Zugeständnisse. Sie will, daß die Belegschaft am Montag anfährt, dann sollen die behaupteten Mißstände geprüft und abgestellt werden. Bleiben dennoch Differenzpunkte bestehen, dann unterwirft sich die Verwaltung dem Schiedsspruch des von der Belegschaft geforderten Einigungsamtes des Berggewerkschaftsgerichts.

Hier schon finden wir einen merkwürdigen Unterschied gegenüber dem Auftreten eines Stinnes, der beim Streik auf Zeche Bruchstraße unter keinen Umständen sich zu Verhandlungen herbeiließ, auch keinerlei Zugeständnisse machte.

Mit den Zugeständnissen konnte sich die Belegschaft aber nicht zufriedengeben, sie mußte erst noch Zusicherungen haben, daß die Verwaltung auf die Kontraktbruchstrafe Verzicht leistet und wegen des Streiks keine Maßregelungen vornehmen wird.

Die Streikkommission erhielt also abermals den Auftrag, mit der Verwaltung zu verhandeln. Sie bezog sich Sonnabend früh zur Zeche, wo der Direktor, ein Bergassessor, zwar abermals erklärte, die Kommission nicht anerkennen zu können, aber dennoch wieder verhandelte und schließlich auf Ehrenwort erklärte, daß die Kontraktbruchstrafen nicht eingehalten werden und auch keine Maßregelungen erfolgen sollten. Die Beschwerden über Mißstände soll die Kommission schriftlich niederlegen und durch den gesetzlich bestehenden Ausschuss überreichen lassen. Die Beschwerden sollten ernstlich geprüft und die Mißstände abgestellt werden. Bleiben Differenzpunkte bestehen, könne ja das Einigungsamt entscheiden.

Diese Zugeständnisse sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens ist so weit noch niemals ein Unternehmer des Ruhrreviers streikenden Arbeitern entgegen gekommen. Und zweitens sind diese Zugeständnisse gemacht worden trotz der Verräterei des christlichen Gewerkschafts. Nach Beginn des Streiks hatte der Vorstand des Gewerkschafts einen regelrechten Streikbruchbefehl erlassen. Der Streik wurde nicht anerkannt und die christlichen Mitglieder aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer das nicht tue, erhalte keine Streikunterstützung. Weiter erkannte der Gewerkschaftsvorstand die über Lukas verhängte Sperre nicht an und gestattete es seinen Mitgliedern, auf Lukas Arbeit zu nehmen.

Dieser Fall ist ein Ereignis, ein beispielloses Vorgang in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung. Hier hat der Gewerkschaftsvorstand dem Zentrum zuliebe, das für die nächsten Reichstagswahlen einen Pakt mit den Scharfmachern schließen will, die Interessen der Bergarbeiter verraten. Der Gewerkschaftsvorstand erklärte zudem, daß auch bei einer allgemeinen Bewegung, bei einem Lohnkampf, der Vorstand des Gewerkschafts sich gegen den Streik erklären werde. Unter den Bergleuten herrscht bereits ein gewaltiger Unwille und man kann schon sagen, daß der Vorstand des Gewerkschafts einen Schlag führen wollte, der ihm selbst zum Verderben gereichen wird.

Die Schamgebe war für die Christen da in dem Augenblick, wo der Unwille bekannt gegeben wurde. Denn nun stellte sich heraus, daß auf Lukas ganze vier Christen arbeiteten bei einer Belegschaft von 634 Mann. Und einer der Christen erklärte noch obendrein, daß er zwar dem Bureau nicht mehr angehören wolle, aber dennoch weiter streiken werde. Die christlichen Arbeiter haben eben doch noch mehr Ehre im Leibe als die Führer, die den Gewerkschaftsvorstand zu einer ausgesprochen gelben Organisation gemacht haben.

Es läßt sich denken, daß bei vielen Mitgliedern der Belegschaft, trotz der Zugeständnisse, der Widerpruch sich regte. Die Mißstände waren eben zu arg und mit Zusicherungen und Versprechungen haben die Bergleute schon zu schlechte Erfahrungen gemacht. Selbst durch die Belegschaft sind sie ja betrogen worden. Als das Resultat der Abstimmung bekannt wurde, erhob sich heftiger Widerspruch, aber die Erregung legte sich, als einige Verbandredner beruhigend gesprochen. Selbst Belegschaftsmitglieder, die erst lebhaft für Weiterstreiken gesprochen hatten, forderten nun auf, den Beschluss der Mehrheit zu respektieren. Sie betonten aber alle, würde die Verwaltung ihre Versprechen nicht halten und die Mißstände nicht beseitigen, daß dann sofort wieder der Streik erklärt werde.

Mit dem Ergebnis dieses Kampfes, der ja mit der allgemeinen Bewegung nichts zu tun hat, können die Bergleute zufrieden sein. Hier ist gegen den Willen der Christen ein Kampf erfolgreich beendet worden, und auf die allgemeine Bewegung wird das nicht ohne Einfluß sein.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rohrleger und Helfer! Bei der Firma Rob. Zebe Sohn, Reichenderger Str. 10 und Königsmusterhausen, Bahnhofstraße 17, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt; wir ersuchen, denselben streng zu meiden.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ordnungsverwaltung Berlin.

Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Die Abstimmung über die Erweiterung der Lokalunterstützungen und die allgemeine Einführung eines Lokalbeitrages hat folgendes Resultat ergeben: Ingesamt wurden 3578 Stimmen abgegeben, davon lauteten auf ja 2733 Stimmen, auf nein 811 Stimmen, ungültig waren 34 Stimmen. Die Vorlage ist somit mit großer Majorität angenommen und tritt am 1. Januar 1911 in der in dem Flugblatt angegebenen Form in Kraft.
Die Ordnungsverwaltung.

Ein Streik in der Kafffabrik von A. Buchard in Potsdam ist nach siebenwöchentlicher Dauer zugunsten der Streikenden beendet worden. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9 1/2 Stunden reduziert. Der Lohn wurde um 3 M. pro Woche erhöht, die Akkordarbeiten um 10 bis 15 Prozent. — Ein Tarifvertrag ist bis zum 10. April 1913 abgeschlossen worden.

Deutsches Reich.

Zur Besinnung gerufen.

Die Sperre, welche der Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband wegen Lohnreduzierung über das Vorgehängt des Maurermeisters Otto Schürkel in Straußberg in der Mark verhängen mußte und wozüber wie am 1. Dezember berichtet, ist aufgehoben. Die einmütige Arbeitseinstellung der Beschäftigten hatte zur Folge, daß der Arbeitgeber aufs neue sich bereit finden mußte, den bisherigen Lohn, der für Maurer 60 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 50 Pf. pro Stunde beträgt, wieder anzuerkennen.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Auf der Zeche Challowitz brach ein Bergarbeiterstreik aus. Die Grubenverwaltung versuchte, die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verlängern, ohne eine Lohnerhöhung dafür zu bewilligen. 270 Bergleute traten in den Ausstand. Die Erregung ist eine sehr große. Man befürchtet, daß sich die Streikbewegung auch auf die Nachbarzechen ausdehnen wird.

Brauereiarbeiterstreik. In Langensalza sind 56 Arbeiter der dortigen beiden Malzfabriken ausständig. Die Firmen weigerten sich, auf eine Verlängerung des bisherigen Tarifs einzugehen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Zusammenschluß aller „Gelben“.

Die Prolegas der „Hamb. Nachrichten“, die gelben Verbände, deren Mitgliederzahl das edle Blatt auf 6000 (?) angibt, sind von dem Hamburgischen Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgerufen worden zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie und die mit ihr identischen sogenannten freien Gewerkschaften. In einer vor kurzem stattgehabten Versammlung ist der edle Bund bestiegelt worden. Die 16 erkrankenen Verbände sollen zu einem Hauptverband vereinigt werden, worauf das große Abschließen der Notizen erfolgen soll. Vor dieser großen Morität soll die Staatsregierung auf Grund eines von dem Hamburger Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sorgsam zu sammelnden Materials bezüglich des Streik- und Pöbelwühlens um wirksame Schutzmaßnahmen für die davon Betroffenen gebeten werden.

Welcher Art dieses „sorgsam zu sammelnde Material“ sein wird, dafür bürgt die Firma.

Ausland.

Streik der Gold- und Silberarbeiter in Böhmen.

Nachdem ein Teil der Gold- und Silberarbeiter in den Streik getreten ist, hat der Arbeitgeberverband diesen Ausstand mit einer allgemeinen Aussperrung der Arbeiter beantwortet.

Trohender Generallstreik in Dänkirchen.

Wie aus Dänkirchen gemeldet wird, haben die Hafenarbeiter und Mitglieder der übrigen Arbeitersyndikate den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, auf das erste Zeichen hin den Generallausstand zu proklamieren. Die Behörden haben bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Hafensais werden militärisch überwacht.

Fliesenleger! Achtung bei Arbeitsangeboten nach Mailand!

Seit ungefähr 6 Wochen sucht die Firma Giovanni Schmidt in Mailand im „Deutschen Arbeitsmarkt“ Fliesenleger. Den deutschen Fliesenlegern sind anscheinend die Verhältnisse in Mailand nicht genügend bekannt, obwohl sie in der Fachpresse des öfteren geschildert wurden. Nur so ist es zu erklären, daß sich in letzter Zeit sehr viele deutsche Fliesenleger bei der Firma gemeldet haben. Da sämtliche deutsche Leger der Firma seit zwei Wochen wegen Arbeitsmangel aussuchen müssen, kann vor der Eingehung von Beträgen oder vor Reisen nach Mailand nur dringend gewarnt werden, zumal der Lebensunterhalt in Mailand für die Deutschen doppelt so teuer ist, wie in der Heimat, die Löhne aber nicht im geringsten höher sind. Anfragen wolle man richten an: Adolf Schulz, Kistorante „Alle due Americane“, Via Ponte Seveso 3, Mailand.

Aus Industrie und Handel.

Die Weltweizenernte.

Nach einer neuen Statistik des englischen Fachblattes „Beerbohm Evening Corn List“ ist die Weizenernte der Welt größer als bisher angenommen wurde. Die jetzige Ernte geht über die im August veröffentlichte 22,6 Millionen Quarters hinaus. Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse zeigt, daß die diesjährige Weizenproduktion eine recht stattliche Höhe aufweist, sie übertrifft den Durchschnitt früherer Jahre ganz wesentlich. Dieser Durchschnitt stellte sich nämlich in den nachstehenden Perioden wie folgt:

Periode	Ernte in 1000 Quarters
1894—1907	315
1898—1901	300
1902—1905	407
1906—1909	420
1908	402
1909	459
1910	450

Infolge der Vergrößerung der Produktionszahlen gestaltet sich auch in diesem Jahre die Weltversorgung mit Weizen außerordentlich günstig. Eine Zusammenfassung der Weltbestände und der Erntezahlen ergibt nämlich folgendes Bild:

	in 1000 Quarters				
	1910	1909	1908	1907	1906
Ernte	459 100	459 320	402 365	388 975	435 255
Vorrat	10 000	7 850	9 225	15 570	12 785
Verföhrung	499 100	466 970	411 590	414 545	447 090

Zu den Preissteigerungen, die sich in der letzten Woche wieder bemerkbar machten, liegt demnach gar kein Anlaß vor; die Versorgung der Welt mit Weizen war noch nie so groß als in diesem Jahre.

Die Macht der Versicherungsgesellschaften.

Das Gesamtvermögen der großen deutschen Versicherungsgesellschaften — es sind 44 — betrug Ende 1909 4 863 989 346 Mark! Die 1909 gezahlten Prämien und Zinsen betrugen 829 232 670 Mark. Allein das letztvergangene Jahr brachte den Gesellschaften 251 643 828 Mark Vermögenszuwachs. Diese gewaltigen Kapitalien werden von wenigen Leuten beherrscht. Die Aktionäre vertreten in den allersehrsten Fällen mehr als wenige Millionen Kapital. Alle Versicherungsgesellschaften zusammen verfügen noch nicht einmal über 100 Millionen wirklich eingezahltes Kapital. Mit dieser verhältnismäßig geringen Summe werden 4,8 Milliarden Mark beherrscht. Von dem Gesamtkapital sind 3 826 551 000 M. als Hypotheken und 207 587 000 M. in Grundbesitz und Effekten angelegt. Wird jede Hypothek mit durchschnittlich 125 000 M. angenommen, so ergäbe sich schon eine ganze Stadt von über 31 000 Häusern, deren Bewohner als Mietzahler den Versicherungsgesellschaften tributpflichtig wären.

Krupp.

Wie bereits berichtet, beträgt die diesjährige Dividende 10 Proz gegen 8 Proz im Vorjahre. Aus den veröffentlichten Angaben des Geschäftsbereichs haben wir noch folgende hervor: Der Betriebsgewinn stellt sich auf 85 911 321 M. Die vorweg abgesetzten Abschreibungen betragen über 10 Proz. des Aktienkapitals, nämlich 18 584 880 M. gegen 17 169 765 M. im Vorjahre. Der Reingewinn wird mit 21 265 308 M. ausgewiesen, er hat sich gegen das Vorjahr um 5 658 140 M. erhöht. Trotz der hohen Abschreibung werden nochmals 1 Million Mark zu einer Sonderrücklage verwendet.

Am Getreidemarkt ist, nachdem die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise in der vorletzten Novemberwoche einer Abwärtsbewegung gewichen war, ein neues Steigen der Preise in der letzten Novemberwoche erfolgt. Argentinien ist das Schmerzenskind der Getreidebörse, das immerfort durch ungünstige Nachrichten den Handel beeinflusst. Der Berliner Preis für Weizen im Dezember lieferbar,

fiel in dem ersten Teil der Berichtsperiode vom 25. November bis 1. Dezember von 204 M. bis auf 201 M., um nun wieder bis auf 203,25 M. am 1. Dezember/zu steigen. Der Preis für Malware konnte keine feste Basis erreichen. Jeden Tag ein anderer, bald tieferer, bald höherer Kurs — ein Wechsel dafür, für wie wenig geklärt man in Handelskreisen die Lage am Weizenmarkte ansieht. Die letzte Notiz am 1. Dezember lautete auf 203,25 M. die Tonne. In Hamburg liegt Weizen für Dezember-Januar-Lieferung um 0,50 M. auf 203,50 M. In New York haben wir dasselbe Bild wie in Berlin: zunächst sinkende, dann wieder steigende Preise. Am Schluß der letzten Berichtsperiode stand sofort lieferbarer Weizen auf 97 1/4 Cents pro Bushel, fiel dann bis auf 95 1/4, und notierte am 1. Dezember mit 97 1/4 Cents im Mai lieferbare Ware kostete am Ende der vorigen Berichtsperiode 104 1/4 Cents pro Bushel. Der Preis sank bis auf 102 1/4 Cents, um am 1. Dezember wieder 103 1/4 Cents zu notieren. Der Roggen ist in Berlin wieder billiger geworden. Im Dezember lieferbare Ware fiel von 149,75 am 24. November bis auf 147,25 M. am 1. Dezember. Ebenso sank der Preis für Roggen im Mai lieferbar von 157,50 auf 155,75 M. In Hamburg blieb neuer mecklenburgischer und altmärkischer Roggen auf dem alten Preise von 144—156 M. pro Tonne. Russischer im Dezember-Januar lieferbarer Roggen kostete unverzollt eil Hamburg 105 M. Gerste fiel in Hamburg im Preise um 1 M. auf 97 M. pro Tonne. Ebenso sank Hafer sofort lieferbar in Berlin von 146,75 auf 144,75 M.; im Mai lieferbarer Hafer fiel von 156 auf 154,25 M.

Soziales.

Unzulässige Bauarbeiter-Schutz-Verordnung.

Der Amtsvorsteher von Bischofswig (Oberschlesien) hatte eine Polizeiverordnung erlassen, betreffend die Arbeitersicherung auf Bauten (Hoch- und Tiefbauten). Unter anderem enthält sie auch die Bestimmung, daß auf der Baustelle zwei Klosetts eingerichtet werden müssen, sobald die Arbeiterzahl 25 übersteigt. Wegen Uebertretung dieser Vorschrift wurde der Unternehmer Haedel von der Strafkammer in Gleiwitz zu einer Geldstrafe verurteilt.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten aus folgenden formalen Gründen frei: Die Preisordnung müsse wegen Ungültigkeit der Polizeiverordnung erfolgen. Außer der gedachten Vorschrift enthalte die Verordnung noch verschiedene Vorschriften, die den Schutz der Bauarbeiter betrafen. So zum Beispiel den Schutz gegen Einflüsse schlechter Witterung. Es handele sich hier um Vorschriften, wie sie § 120a bis e der Gewerbeordnung im Auge hätten, um Vorschriften zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit im Sinne dieser Paragraphen. Nach § e 120 Absatz 2 der Gewerbeordnung könnten, soweit sie nicht durch Beschluß des Bundesrats erlassen seien, solche Verordnungen durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder durch Polizeiverordnungen der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden erlassen werden. Vor dem Erlasse solcher Anordnungen und Polizeiverordnungen ist aber nach denselben Paragraphen den Beteiligten der beteiligten Berufsvereinigungen oder Berufsvereinigungen Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung zu geben. Das Kammergericht sei nun der Meinung, daß es sich hierbei um eine formale Vorschrift zwingender Natur handle. Die Verordnung hier erwähne nichts davon, daß die beteiligten Berufsvereinigungen, die Bauwerks-Berufsvereinigungen und die Tiefbau-Berufsvereinigungen, gehört worden seien. Das Kammergericht vertrete aber den Standpunkt, daß aus dem verkündeten Wortlaut der Verordnung hervorgehen müsse, daß die Voraussetzungen der Gültigkeit erfüllt seien, hier also, daß die Berufsvereinigungen vor dem Erlasse der Verordnung gehört worden seien. Mangel einer derartigen Mitteilung im publizierten Wortlaut der Verordnung sei die Verordnung ungültig. Daraus folgte die Preisprechung.

Von nichtsozialdemokratischen Krankenkassenbeamten.

wollen wir der Nationalliberalen Korrespondenz einige Tatsachen, seine unkontrollierbaren Verhängungen, in Erinnerung rufen, Fortsetzung bleibt vorbehalten.

1. Der frühere Rentant M. von der Ortskrankenkasse der Stadt Oera, ein Militäramtler, und sein Vertreter G. (aus „Besseren Hause“) unterschlugen etwa 12 000 M. Um die Unterschlagungen zu verdecken, legte G. Feuer in der Kartenabteilung an. Der damalige Kassenvorsteher, Kommissionsrat R., zahlte aus seiner Tasche zur Deckung 5000 M.
2. Dr. Weisler hat schon vor Jahren in Gemeinschaft mit dem Rentanten der Ortskrankenkasse der Landgemeinden in Oera, L., gegen diese Kasse unter Benutzung von Unwahrheiten und Fälschungen — das steht allemählig fest — gehandelt. Später unterschlug derselbe Rentant Eintrittsgelder und Rahmgebühren, stellte Belege zu hoch ein oder verbrauchte sie.
3. Der Beamte R., ein besonderer Kämpfer gegen die Sozialdemokratie, unterschlug der Textil-Betriebskrankenkasse in Oera etwa 40 000 M.

Letzte Nachrichten.

Stadtverordneten-Wahltag.

Wurzen, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach 18 Jahren wurden bei der heutigen Stadtverordnetenwahl zum ersten Male wieder sechs sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Außerdem wurden drei Genossen als Ersatzmänner gewählt. Der Wahlkampf wurde mit äußerster Heftigkeit geführt.

Differenzen am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg.

Hamburg, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Bühnenarbeiter, Tischler, Magazinarbeiter, Beleuchter und Garderobeschneider am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg sind heute in den Streik getreten. Die Differenzen sind wegen der Nichtbewilligung der 10stündigen Arbeitszeit entstanden.

Die Wahlen in England.

London, 5. Dezember. (B. L. B.) Bis abends 10 Uhr waren gewählt: 65 Liberale, 97 Unionisten, 10 Vertreter der Arbeiterpartei und 16 Anhänger Redmonds. Die Liberalen haben fünf und die Unionisten acht Siege gewonnen. Der Minister Kunciman wurde in Devonsbury mit 7061 gegen 4033 Stimmen, der Nationalist O'Connor in Liverpool mit 2458 gegen 689 Stimmen wiedergewählt. Der bekannte Unionist Smith ist in Liverpool mit 6383 gegen 5069 Stimmen wiedergewählt worden.

Ein Fuhrwerk überfahren.

Stolz, 5. Dezember. (Amliche Meldung.) Heute nachmittags 5.40 Uhr ist auf dem Hebe weg in Kilometer 367,8 der Strecke Stolp—Belgard ein Fuhrwerk durch eine probefahrende Maschine überfahren worden. Der Eigentümer Holz wurde getötet, Tischler Schmidt leicht verletzt, beide stammen aus B. L. B. Die Pferde sind nicht beschädigt, das Fuhrwerk ist zertrümmert. Die Ursache des Unglücks ist die nicht geschlossene Schranke.

Gaul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 861.

Reichstag.

94. Sitzung. Montag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die

Zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Die Abg. Albrecht (Soz.) u. Gen. beantragen an Stelle der Kommissionsbeschlüsse eine eigene Vorlage von 27 Paragraphen, welche die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes verlangt, ein Arbeitsamt für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde und für den Bezirk jedes Arbeitsamtes eine Arbeiterkammer.

§ 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet:

Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbebezuges oder mehrerer verwandter Gewerbebezüge sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.

Abg. Wiedeberg (Z.): Wir stehen auch heute noch dem Gesetz sehr sympathisch gegenüber. Wenn es auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt, so wollen wir doch dem Gesetz zustimmen, wie es aus der Kommission gekommen ist, und werden die Beratung nicht durch Anträge aufhalten. Der Antrag der Sozialdemokraten würde von neuem eine Kommissionsberatung notwendig machen. Wir werden schon deshalb gegen ihn stimmen. Wir haben ja schon seit Jahren die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes gefordert. So wie es sich der Antrag Albrecht aber denkt, würde es unseren ganzen behördlichen Organismus durchbrechen. Was die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitervereine vorzuziehen sind, betrifft, so sind wir für die Schaffung der paritätischen Arbeitskammern. Die eigentlichen Ständevertretungen der Arbeiter sind heute die Gewerkschaften, wenn sie auch nicht gelegentlich privilegiert sind, wie die Ständevertretungen anderer Verufe. In der Öffentlichkeit werden auch Beschlüsse paritätischer Kammern viel mehr Eindruck machen als Beschlüsse einseitiger Interessenvvertretungen. Der beruflichen Gliederung stimmen wir zu, wenn wir auch die territoriale vorgezogen hätten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Legien (Soz.):

Die Bedenken des Vorredners gegen unseren Antrag sind nicht zureichend. Nimmt der Reichstag den grundlegenden § 1 unseres Gesetzes an, so wird sich über die Einzelheiten bis zur dritten Lesung leicht eine Verständigung erzielen lassen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sozialpolitische Gesetze, wenn sie einmal erlassen sind, sehr schwer wieder geändert werden, auch wenn man ihre Mangelhaftigkeit erkannt hat. Diese Erfahrung veranlaßt uns zu dem Vorschlag, die gesetzliche Vertretung der Arbeiter so zu organisieren, daß sie für die Arbeiter auch wirklich Wert hat. In Arbeiterkammern. Ich will den Wert der Kommissionsbeschlüsse durchaus nicht unterschätzen, aber was die Arbeiter in erster Linie brauchen, ist doch eine reine Vertretung ihrer Interessen. Diese kann nur in Arbeiterkammern erfolgen, wie wir sie beantragen. Paritätisch soll dann die zweite Instanz, das Arbeitsamt sein. Ihm würden in der Hauptsache alle die Aufgaben zufallen, die die Arbeiterkammern geben wollen. Als oberste Instanz schlagen wir dann vor das Reichsarbeitsamt, das ja auch der Vorredner wünscht. Nach der ganzen Situation auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung ist eine solche Zentralinstanz ein dringendes Bedürfnis. Wir wollen die Arbeitskraft des Reichsamtes des Innern durchaus nicht in den Schatten stellen. Tatsache ist aber, daß es auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung sehr überlastet ist, was zur Folge hat, daß eine ganze Menge Dinge, die auf diesem Gebiete geschaffen werden müßten, nicht von ihm in Vorschlag gebracht werden. Eine gewisse Selbstständigkeit eines solchen Reichsarbeitsamtes, wenn auch nicht eine vollständige Trennung vom Reichsamt des Innern würde daher wesentlich unsere sozialpolitische Gesetzgebung fördern, und dem Reichsamt des Innern die Möglichkeit geben, auf anderen Gebieten eine intensiver Tätigkeit zu entfalten. Ferner schlagen wir an Stelle der beruflichen Organisationen der Arbeiter die territoriale Gliederung vor. Jeder der die Arbeiterverhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß die allgemeinen sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft, auf die es doch hier ankommt, für die einzelnen Verufe durchaus nicht so verschieden sind, daß ein Grund vorliegt, Arbeiterkammern auf beruflicher Grund-

lage zu organisieren. Wir sehen in dieser beruflichen Organisation vielmehr eine ungeheure Zersplitterung der Kräfte. — Hier verlangt man eine paritätische Organisation, bei den Handwerkerkammern, Handelskammern, Landwirtschaftskammern aber ist es niemand eingefallen, eine paritätische Vertretung herbeizuführen. Warum dann auf einmal, wenn es sich um Arbeiter handelt? Glaubt man etwa, daß die Arbeiter nicht befähigt und berufen wären, ihre eigenen Interessen selbst zu vertreten und darüber Beschlüsse zu fassen? Die Beschlüsse solcher Arbeiterkammern werden genau so wertvoll sein wie die Beschlüsse der Handwerker-, Landwirtschaftskammern und anderer Interessenvvertretungen. Es liegt uns fern, durch lange Reden die Erledigung dieser Sache aufhalten zu wollen. Ich beschränke mich daher auf diese wenigen Bemerkungen und bitte Sie im letzten Augenblick noch einmal, sich doch noch für unseren Gesetzentwurf zu entscheiden, der den Wünschen der Arbeiter entspricht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Theoretisch hat der Gedanke, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Kommission zu vereinigen, etwas Verlockendes. Es fragt sich aber, ob beide Parteien zusammenarbeiten wollen. Die Sozialdemokraten sind, wie Sie gehört haben, gegen die Arbeitskammern. Und auch die Unternehmer haben große Bedenken dagegen aus der Erfahrung heraus, daß die Sozialdemokratie solche Veranstaltungen nur ausnahmsweise zur Förderung ihrer Parteibestrebungen und zur Erfüllung der Forderungen mit revolutionärem Geist (zu hul bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, wie die Sozialdemokratie die Krankenkassen gemißbraucht hat zu Stätten sozialdemokratischer Agitation und Machtausübung. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Gründen hatten wir schon lebhafte Bedenken gegen die Regierungsvorlage, und die Kommission hat das Gesetz noch wesentlich verschlechtert. Unannehmbar ist für uns die Bestimmung des § 7, wonach auch die Eisenbahnarbeiter in solche Kammern eingefügt werden sollen.

Auch wollen wir nicht den sozialdemokratischen Sekretären die Tür zu den Arbeitskammern aufmachen. Auch die Öffentlichkeit der Verhandlungen können wir angefaßt des sozialdemokratischen Terrorismus nicht zugestehen. Durch die Kommissionsbeschlüsse ist der Entwurf für uns unannehmbar geworden und wir werden einstimmig dagegen stimmen. (Wiederholtes Bravo! rechts. Zwischen links.)

Abg. Neug (Sp.): Der Vorredner hat ein blutrotes Bild uns an die Wand gemalt; aber mir kam keine Rede vor wie eine Wahlrede, deren wir noch mehrere zu hören bekommen werden. Der Vorredner fürchtet, wenn die Arbeitersekretäre hineinkommen, werden diese revolutionären Elemente die anderen mit fortziehen. Aber diese Furcht ist unbegründet, es wird vielmehr gehen wie bei den Stadtverwaltungen, wo die positive Mitarbeit mäßigend auf die revolutionären Elemente eingewirkt hat und einwirkt. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Horn-Reich (natl.): Die Wiedereinbringung des mehrfach abgelehnten sozialdemokratischen Antrages kann aus agitatorischen Gründen erfolgen sein. Meine politischen Freunde werden ihn auch heute ablehnen. Der Redner wendet sich in längerem, auf der Tribüne nicht verständlichen Ausführungen gegen den Gedanken der Einführung eines Reichsarbeitsamtes.

Abg. v. Dirksen (Sp.): Für uns ist der Entwurf durch die Kommissionsbeschlüsse unannehmbar geworden. Es würde unsere Verhandlungen erleichtern, wenn auch die Regierung erklären würde, welche Punkte für sie unannehmbar bleiben. Offenlich geht sie nicht auf Kompromisse ein, wie das, von dem in der Presse die Rede war, wonach die Arbeitsekretäre nur nicht zum ersten Male, später aber stets wählbar sein sollen. Ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes zustande gekommener Reichstag geht leicht weiter in der Richtung der sozialpolitischen Forderungen, als sich mit dem Gesamtwohl verträgt. Die

Unersitzlichkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie

darf nicht dazu führen, aus Rücksicht auf die Wähler Zustände zu machen. Die Vertreter von Arbeiterkammern berufen sich auf die kaiserliche Volkskraft; aber aus ihr kann man das nicht herleiten. Außerdem ist seit Erlaß der kaiserlichen Volkskraft die Macht der Arbeiterkammer unendlich gestiegen, sie hat in den Gewerkschaften und ihren Vertretern zielbewusste, energische Vertreter gefunden; ferner sind paritätische Arbeitsnachweise entstanden, Tarifkommissionen; durch all das ist die Macht der Arbeiterkammer gewachsen, daß man bald Gesetze zum Schutz der Arbeitgeber, nicht der

Arbeitnehmer, wird machen müssen. (Zustimmung rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ist nur möglich, wenn er von beiden Seiten ehrlich erstrebt wird; die Sozialdemokratie aber will keinen Frieden. Zwangsorganisationen, die dem Frieden dienen sollten, sind stets von der Sozialdemokratie mißbraucht worden, die durch ihren Terrorismus selbst auf viele Unternehmer bei öffentlichen Wahlen und Verhandlungen Einfluß gewonnen hat. Die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter in das Gesetz ist für uns ebenfalls unannehmbar. Kurz und gut: In der Kommissionsfassung ist das Gesetz für uns unannehmbar, aber auch der Regierungsentwurf erscheint uns zum mindesten unannehmbar und gefährlich. (Bravo! rechts.) Dieser Entwurf ist der Anfang auf einer abshüssigen Bahn; aus den Arbeitskammern werden Arbeiterkammern, ihnen folgen obligatorische Arbeiterausschüsse und die Krone ist der Verhandlungszwang, für die Einführung eines solchen konstitutionellen Systems in der Industrie können wir die Verantwortung nicht übernehmen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der sozialdemokratische Antrag verfolgt weitergehende Ziele als der Entwurf der Regierung. Er ist bereits in der Kommission abgelehnt worden. Für die Regierung ist er unannehmbar, weil er einen Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten verlangt und die Organisation des Reiches auf vollständig neue Grundlagen zu setzen sucht, indem er für bestimmte Klassen von Interessen und Interessen eine besondere Organisation der Behörden zu schaffen sucht. Das ist vollständig unannehmbar. In einem wohlgeordneten Staatswesen können nicht irgend welche Interessen losgelöst von den übrigen mit besonderen Rechten ausgestattet werden.

Herrn Wiedeberg möchte ich erwidern, daß es unmöglich ist, die Sozialpolitik vom Reichsamt des Innern loszulösen. Redner gibt eine historische Uebersicht der Entstehungsgeschichte des Entwurfs. Inzwischen ist manches passiert, was Bedenken erregen kann. (Zuruf rechts: Roba bill! Zustimmung rechts, Lachen links.) Gleichwohl würde ich es beklagen, wenn der Entwurf scheiterte. Gewiß ist die Vertätigung der Sozialdemokratie auf den vielen Gebieten, wo wir eine Art Selbstverwaltung zur besseren Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse geschaffen haben, wenig geeignet, unser Vertrauen in diese Tätigkeit zu stärken. Aber wir haben im deutschen Vaterland nicht nur sozialdemokratische Organisationen, sondern auch andere, und diese anderen Organisationen und die nichtorganisierten Arbeiter bilden die Majorität, und ich würde es für Unrecht halten, diesen die Möglichkeit einer sachgemäßen Vertretung ihrer Interessen auch in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern nicht zu geben, bloß weil zurzeit die Sozialdemokratie in solchen Körperchaften die Mehrheit hat. Man müßte an dem Deutschen Reich verzweifeln, wenn man glaubte, das würde immer so sein. Die Zeiten werden sich ändern. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) In diesem Punkte bin ich Optimist und deshalb halte ich an dem Wunsche fest, daß der Entwurf verabschiedet werden möge.

Ich wende mich nun zu den Einzelheiten. Es ist schon darauf hingewiesen, daß mit dem Entwurf ein Verprechen von höchster Stelle erfüllt wird. Aber auf Grund dieses Umstandes kann man nicht verlangen, daß die Regierung sich jede Umänderung des Entwurfs gefallen läßt. (Sehr richtig! rechts.) Ich teile die Bedenken, daß Arbeiterkammern vom Bundesrat statt von den Landeszentralbehörden eingerichtet werden sollen. Noch bedenklicher ist die Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre. Für das aktive Wahlrecht könnte man vielleicht darüber diskutieren, beim passiven muß unbedingt am dreißigsten Jahre festgehalten werden. Die Kommission hat ferner die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen in den Entwurf eingefügt. Aber Eisenbahnbetriebe stehen nicht im Dienste eines einzelnen Unternehmers und dienen überhaupt nicht, soweit kommunale Betriebe in Frage kommen, Erwerbsinteressen, sondern sie sind Betriebe im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts und unter Umständen auch im Interesse der Sicherheit und Ordnung. Deshalb unterstehen sie nicht der Gewerbeordnung, sondern sind anders zu behandeln. In Frankreich werden sie jetzt von den anderen Betrieben herausgenommen, und Sie verlangen, daß wir den Schritt tun, den jetzt ein Ihnen nahestehender Minister in Frankreich zurücksetzt. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, wir brauchen über ihn auch nicht mehr zu diskutieren, nachdem er in der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt ist. Die konfessionellen Arbeitervereine stehen

Kleines feuilleton.

Theater.

Lesing-Theater: „Anatol“ von Artur Schnitzler. Fünf Epochen aus dem Leben eines Wiener Pianeurs, der nichts, auch gar nichts anderes als seine windigen Liebesabenteuer im Kopfe hat! Bei aller eleganten Ironie und Plauderkunst, die diesen Anlauf, eine der schönsten dramatischen Arbeiten Schnitzlers, verzärtelt, fällt einem die Fadedheit des Wirklichen, wenn man ihn einen ganzen Abend vor sich hat, bedenklich auf die Nerven. Die Komik während der Verführung und Betrogenwerdens läßt auf die Dauer nach. Man muß daran denken, daß es nur ein Zufall ist, wenn dieser Pflasterretzer auf wahrverwandte weibliche Seelen stößt, die mit gleicher Mühsal zahlen und so eine Art poetischer Gerechtigkeit an ihm vollziehen. Aus diesem Kreise heraus geratend, kann er jeden Augenblick zum gewissenlos brutalen Vernichter fremden Lebensglückes werden — die Reklame, die Schnitzler in seiner „Liebele“ gezeichnet hat. In den Szenen des „Hochzeitsorgens“, die die Aufführung abschließen, tritt der Kontrast zwischen der angeschminnten Komödiantenfarbe und dem prinzipal tristen Hintergrund — dem Ausblick auf das Los der schon an ihrem Hochzeitstage betrogenen Frau — ganz unverkennbar hervor. Die Stimmung, die im ersten Teil des Abends bis zum „Abdankessouper“, sehr animiert war, kühlt im weiteren Verlauf merklich ab.

Am bildlichsten in der Idee, wiewohl nicht gerade am bildnerisch wirkendsten, war das erste, auch in der freien Volkstheater geprüfte Stückchen „Die Frage an das Schicksal“. Der melancholisch leichtsinnige Liebhaber, der von sich auf andere schließend, in eifersüchtiger Leidenschaft um die Treue seiner momentanen Flamme bangt, hypnotisiert das Fräulein in der Ueberzeugung, daß sie in diesem Zustand die volle Wahrheit sagen werde. Er empfindet aber dann in dem entscheidenden Moment eine solche Furcht, daß er den Zeugen des Experiments fortstößt und das Mädchen mit einem lauten Ruf erweckt. Nichtwissen ist das Beste. Ein Thema, das der Dichter in den verwandten Situationen seines „Barocellus“ wieder aufgenommen und psychologisch auf glänzendste vertieft hat.

Den nachhaltigsten Eindruck machte das kleine Mittelstückchen im ersten Teile, „Weihnachtseinkäufe“. Hier wird die Schilderung intimer.

Lina Rossens diskrete Kunst brachte den leise abgestuften Uebergang zu lebendig überausendem Ausdruck. Man nards auch sonst vortrefflicher, schon etwas angegräbter Anatol erreichte hier in diesen Szenen, in denen sich zu der blasierten Konvaleszenz ein Zug unwiderrücklicher Liebeswürdigkeit gesellt, den Höhepunkt. Herr Reichert spielte den Freund und Rationneur.

Neues Schauspielhaus: Der Zeriffene von Johann Restorff. In der allgemeinen Wiederbelebung vergangener Zeiten und Sitten, die wie früher die bildende Kunst jetzt Literatur

und Theater beherrscht, sind wir jetzt glücklich bei der vormärzlichen Wiederbelebung angelangt. Restorff, der Wiener Pflasterretzer von dazumal ist wieder in Mode gekommen. Schon wiederholt hat man seine Renaissance versucht, aber jetzt scheint er definitiv durchgedrungen zu sein. Das zeigt den heillosen Tiefstand unserer Bühne. Restorff, haben literarische Modemacher und verächtlich, ist höchst modern. Das zeigt den ganzen Tiefstand unserer Bühne. Eine der fabelhaften Vögel dieses Bühnenfabrikanten, der allerdings als Bühnengeschäftsmann schon so modern war wie seine Kollegen von heute, hat am Sonnabend in Berlin Verfall gefunden. Das Publikum scheint also mit Theater und Kritik im Einverständnis zu sein.

Die Vögel wurde allerdings im besten Gewande (aber ohne Gefang) vorgeführt. Das biedermeierliche Milieu war „entschieden“, die Arminie war allein ein Erfolg. Aber entschädigt das für soviel Trivialitäten und ide Wortwickelungen? Die Darsteller leisteten im Aufgebote komischer Masken und Gestalten, in der Charakteristik durch Stimmen und Setze, ja in Akrobati das erdenklichste. Herr Lind war als dummschläuer Pächter sicher urkomisch, Ida Wüst bot eine köstlich affektierte Person. Die Nacht des Fräulein Frech war frisch und sauber, und der Schloffer des Herrn Prager kräftig und urwüchsig. Aber alle Ausstattung und äußerliche Aufwand können diesen Restorff nicht wieder genießbar machen, dessen einziges Verdienst bleibt, hinter den Pöfeln von heute an strapelloser Mode kaum zurückzubleiben.

Freie Volkstheater (im Neuen Schauspielhaus): Monna Banna, von Maurice Maeterlinck. Es ist wahr: Dies Drama, das dem Stoff nach eigentlich eher eine Novelle aus der italienischen Renaissancezeit deucht, entzündet bei den Franzosen. Zunächst entzündete es, weil es fast durchweg in reinlosen, fast geremten Alexandrinern geschrieben war, und zweitens, weil dem französischen Geschmack soviel Edelmüt und — Reflexion zuwiderliefen. Bei uns hatte „Monna Banna“ kolossale Kassenerfolge. Seine Uraufführung hier fiel gerade in die Zeit der Abkehr vom Naturalismus. Da mußte ein Drama von so ausgeprägter neuromantischer Art auf guten Boden fallen. Das, was doch am tiefsten die Gemüter reizte, war eben das vor aller Augen sichtbare Reuegefühlswunder, nämlich die nackte Frau — im schwarzen Mantel... Gewiß, es ist fast zurecht Jugendgröße auf einmal. Aber wer zweifelte, daß das Weib solcher gewaltigen Beweise etwa nicht fähig sei! Dabei ist denn auch die faszinierende Wirkung dieses Schauspielers erklärlich — selbst angesichts einer weniger befriedigenden Darstellung. Rudolf Christians verwendbarer Gleich in Ehren: aber es ist doch sehr fraglich, ob ein Guido Colonna so auffällig mit seinem Schmerz posierte? Was einzig erschütternd kam, ist Natürlichkeit und Erinnerung des Gefühls. Bei Maria Mayer als Monna Banna war anfänglich fast eine fröselnde Herbigkeit; im Schlußakt allerdings gewann diese an warmwüchziger Veredheit und rief fort. Erik Kallier-Liech gab seinem Feldhauptmann Principalli alle sympathischen Züge einer Männlichkeit, die sich sowohl ihrer Kraft wie ihrer Grenzen bewußt bleibt. Unter den Epifendardarstellern wird noch Wally Prager (Marco Colonna) zu erwähnen sein.

Humor und Satire.

Roabit.

So 'en Mann, der jar nicht wollte, hing am Trottoir, Denn warum er det nich sollte, Dar ihm ooch nich klar.

Mitemang in det Gasse, Konz in seinem Recht, Kriegt er dreie in die Presse, Aber schon nich schlecht.

Stammend kriegt er's auf die Wade Det er nur so knallt, Und denn jing's ihm uff de Jade Mit die Staatsgewalt.

Mit det Jummy ins Festsicht, Hebers Ojempaar, Det ihm — hohes Landgericht! — Det ihm schummertich war.

Is er, weil man ihn verblinse, Koch verbrochentlich? Det is nu det allerichlimmste! Man befreit et nich.

(Peter Schlemihl im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Theaterchronik. „König Oedipus“ wird im Zirkus Schumann auch noch am 19. und 21. Dezember aufgeführt. Der Vorverkauf findet nur bei A. Wertheim, Leipzigerstraße statt und beginnt am 8. Dezember.

— Das Ausstellungstheater ist, wie nicht anders zu erwarten, dem Pleitegeier verfallen. Wenn nicht noch eine Verständigung mit den Gläubigern erzwungen wird, sind die Schauspielerei brokos. Aber auch dann dürften die Aussichten schlecht sein. Eventuell wird das Berliner Theater die (ganz überflüssige) Bühne übernehmen.

— Gegen das Aufführungsverbot von „Frühlingserwachen“ protestierten in Königsberg die für unannehmlich erklärten Studenten, und es waren sogar der Rektor und Professoren dabei.

— Passive Resistenz in der Oper. Infolge von Vorkommnissen bei der Sonnabend-Vorstellung in der Wiener Hofoper, wo der Herrscher passive Resistenz übte, hat die Direktion die sofortige Entlassung der betreffenden Mitglieder verfügt. Von dieser Maßregel werden 48 Choristen betroffen, unter denen sich auch Thomas Koitak befindet.

Der Herrenstandpunkt nimmt sich in einem l. l. Institut, das aus Volksgeldern unterhalten wird, sehr komisch aus.

alle auf dem Boden der paritätischen Arbeitskammern und auch die sozialdemokratische Arbeiterkammer ist durchaus nicht einmütig für Arbeiterkammern. Das im übrigen im Gesetz im wesentlichen von Arbeiterinteressen die Rede ist, ist nur selbstverständlich. Die paritätischen Arbeitskammern sollen doch eben die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen; die Interessen der Arbeitgeber sind gewahrt in den Handwerker-, Handelskammern usw. — Für uns handelt es sich bei der sozialen Gesetzgebung nicht um eine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist notwendig aus unserer kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung des Volkes heraus. Der Sozialdemokratie soll man auf anderen Gebieten entgegenzutreten, soll aber die übrige Arbeiterkammer nicht entgegenstellen, was die Sozialdemokratie tut. Nicht richtig ist, daß sämtliche Arbeitgeber gegen die Wählbarkeit von Beamten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine sind, wie Herr v. Dirksen meinte. 17 Arbeitgeberverbände haben in einer Petition die Zulassung solcher Sekretäre ausdrücklich verlangt, und eine davon ist unterzeichnet von dem bekannten Herrn Felisch, einem konservativen Landtagsabgeordneten. (Hört! hört!)

Abg. Kuterok (Vole): Trotz der Mängel der Vorlage werden wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Eine territoriale Gliederung und die Einführung von Arbeiterkammern wäre jedenfalls besser gewesen. Wir erwarten allerdings, daß die geringfügigen Verbesserungen, die das Gesetz in der Kommission erfahren hat, auch beibehalten werden.

Abg. Kaumann (Op.): So einfach, wie Herr Regien meinte, ist die Annahme des sozialdemokratischen Antrages denn doch nicht. Das Reichsarbeitsamt können wir nicht so nebenbei beschließen. Richtig ist, daß es notwendig ist, ein solches Amt zu haben, aber es gehört nicht in dies Gesetz. Mit der territorialen Gliederung können wir uns nicht einverstanden erklären. Alle Arbeiterkammerbestimmungen sind gewerblicher Art, ebenso wären die Arbeiterkontrollen nur für einzelne Gewerbe einzuführen. Der Zweck der Kammern ist erweitert auf die Vorarbeiten für Tarifabschlüsse und für Einrichtung von Arbeitsnachweisen. Was fehlt ist die Vererbung der Kammern zur Herausgabe von Ausführungsverordnungen für alle Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsschutz, soweit sie vom Bundesrat generaliter gegeben werden. Die Vereinerung der Zweckbestimmung der Kammern ist notwendig, damit sie ein wirklich lebensfähiger Organismus werden. Je mehr das geschieht, desto weniger werden die Konservativen gefaselt an ihnen haben. Das bewies die an Noabitt erinnernde Rede des Grafen Westarp. (Sehr gut links.) Man beschwert sich sonst auf der rechten Seite, daß die Sozialdemokratie die Sozialpolitik parteipolitisch ausnütze. Heute aber hat der Redner der Konservativen parteipolitische Gesichtspunkte in eine rein praktische Angelegenheit der Sozialpolitik hineingebracht. (Sehr wahr links.) Wie Herr v. Heydebrand bei der Kaiserdebatte mit ausgestrecktem Arm dem Reichstagspräsidenten seine Order mittelte: soundso haben Sie sich zu verhalten, so haben heute Graf Westarp und Herr v. Dirksen der Regierung die Parole ausgegeben: Regierung, bleibe hart und gib nicht nach. Zunächst schon in bezug auf die weiblichen Mitglieder, die aber im Regierungsentwurf dringender sind. Die Konservativen verkehren die einfachste menschliche Gerechtigkeit, wenn sie die Frauen nicht zulassen wollen in diesen Vertretungskörper der Arbeiter. Dann lassen Sie doch die Frauen überhaupt nicht zur Erwerbsarbeit zulassen. Solange Sie aber in Landwirtschaft und Industrie ohne billige weibliche Arbeitskräfte nicht auskommen können, solange Ihr Wohlstand mitunter nur durch hunderttausende weibliche Arbeitskräfte, macht es einen außerordentlich eigenartigen Eindruck, wenn Sie diese weiblichen Kräfte von der Vertretung in den Arbeitskammern ausschließen wollen. (Sehr wahr links.) Herr v. Dirksen meinte sogar, die Sozialpolitik habe nicht verfehrend gewirkt. Nun, zur Zeit des Sozialistengesetzes hörte man immer die Prophezeiungen: Wir stehen am Rande einer Revolution, etwas Unerhörtes wird geschehen, jetzt beginnt Deutschland zu versinken. So war die Angstmalerei in den böher Jahren. Das Sozialistengesetz ist fort, wir leben ohne Extrastrahlmahregeln, und die Revolution ist bis heute nicht gekommen, und selbst wenn Sie sich Rüge geben, die Noabitt Vorfälle bis zu einer Revolution in die Höhe zu drehen, so gelingt Ihnen das nicht. (Sehr wahr links.) Die Revolution ist nicht gekommen, die Industrie hat sich entwickelt, wir haben steigende Ziffern des Erwerbes, alles geht in die Höhe, die Regierung beweist, sobald sie Steuern haben will, wie der Wohlstand bei und entgegen ist. (Sehr gut links.)

Und weshalb sind die Prophezeiungen nicht eingetroffen? Aus dem Grunde, weil inzwischen Staat und Gesellschaft gelernt haben, den Arbeiter mehr einzuschließen, als das vorher der Fall war. (Sehr wahr links.) Die sehen mit der Forderung der Arbeitskammern auf dem Boden der kaiserlichen Verfassung, während die Herren der Rechten, die den Kaiser nicht genug verteidigen können, wenn seine Worte ihnen in ihre Pläne passen, ruhig seinen grundlegenden Regierungsplan fahren lassen, wenn es ihnen so paßt, aus sozialpolitischem Egoismus. (Sehr gut links.) Herr v. Dirksen sagt, inzwischen ist die Sozialdemokratie bei uns anders geworden. Kein Land hat eine so regierende Sozialdemokratie wie Deutschland. Gewiß, aber woher kommt es, wenn die Sozialdemokratie noch vielfach so negativ ist? Wenn man auf die Sozialdemokratie in Frankreich, England und Belgien verweist, so sage ich: ja, gehen Sie nach Frankreich, England und Belgien, und sehen Sie, was dort an Bürgerrechten vorhanden ist, und dann gehen Sie nach Preußen, in das Land des Dreiklassenwahlrechts! (Sehr gut links. Gelächter rechts.) Solange wir den Klassenstaat haben, kommt als Antwort die Klassenbewegung. Warum geht es in Süddeutschland besser? Weil man dort bürgerliches Rechtsgelühl hat. (Sehr richtig links.) Dies bürgerliche Rechtsgelühl ist auch heute wieder verkehrt worden durch den Angriff auf das allgemeine Wahlrecht in der Rede des Herrn v. Dirksen. (Sehr wahr links.) Die Herren der Rechten sind es, die die Wahlfrage aufwerfen. Herr v. Dirksen wies auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Autorität hin. Sie wollen eine längst vergangene patriarchalische Autorität erhalten. Sie rufen nach Staat und Polizei, die Ihnen helfen sollen, wenn Sie Fehler gemacht haben. Sie weisen stets auf Stumm hin und seine patriarchalische Fürsorge für die Arbeiter. Was kommt aber, wenn diese Autoritäten nicht mehr sind? Dann kommen die Arbeitervereine, dann läuft das große Unternehmen ganz bürokratisch und dann ist es doppelt notwendig, daß an die Stelle der nicht mehr vorhandenen Personen ausgleichende Glieder treten. Das sind die Arbeitskammern.

Die Einwände des Staatssekretärs gegen ihre Einrichtung durch die Zentralregierung, den Bundesrat, sind nicht stichhaltig. — Das ferner die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten ausgenommen sein sollen, spricht gegen den Verstaatlichungsgedanken von Eisenbahnen. Weiter wendet sich der Staatssekretär gegen die Zulassung von Arbeitersekretären. Dabei sind gerade die Arbeitersekretäre die einzigen unklügelbaren Elemente in der Arbeitervertretung. Ihre ganze übrige Vertretung kann von der anderen Seite gekündigt werden. Und was ist das für eine Parität, die den Unternehmern gestattet, ihre Direktoren und sonstigen Angestellten als ihre Vertreter in die Arbeitskammern zu senden, den Arbeitern dagegen nicht, ihre Vertrauensleute hinzuschicken. Wir wünschen das Zustandekommen des Gesetzes, aber ohne die Opfer an Ehrlichkeit und Klarheit, die uns zugemutet werden. (Stavol v. d. Volkspartei.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Vortrager meinte, die Nichtbeziehung der Eisenbahnarbeiter in den Entwurf müsse gegen neue Verstaatlichungen von Eisenbahnen bedenklich machen. Er überließ, daß es für alle Eisenbahnarbeiter gilt, gleichgültig, wer die Eisenbahnen betreibt. — Eine Imparität erklärt er darin, daß Arbeitersekretäre nicht zugelassen werden sollen, wohl aber die Vertretungen der Industrie durch Direktoren usw. Aber diese zugelassenen Vertreter stehen unmittelbar im Betrieb und in der Arbeit. Das gilt nicht von den Arbeitersekretären, die daher

nicht geeignet sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Lebhafter Widerspruch links.)

Abg. Regien (Soz.):

Dem Staatssekretär erwidere ich, daß niemand mehr bezweifeln ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, als der von den Arbeitern selbst berufene Sekretär oder Vorsitzende der Organisation. Wir sind so energisch dafür eingetreten, daß unabhängige Vertreter der Arbeiter in die Arbeitskammern kommen, weil jeder andere Arbeiter, der nur einigermaßen energisch die Interessen seiner Berufskollegen vertritt, ohne weiteres entlassen wird. (Zustimmung v. d. Soz.) So sieht es in der Praxis aus. Die Behauptung des Staatssekretärs, daß Eisenbahnbetriebe keine gewerblichen Betriebe seien, wird dadurch nicht richtig, daß er sie wiederholt. Daß sie nicht unter die Gewerbeordnung fallen, ist leider richtig. Aber dadurch verliert ein Betrieb noch lange nicht den Charakter eines gewerblichen Unternehmens. Der Staatssekretär stellt die Arbeiter in allen deutschen Eisenbahnbetrieben als Arbeiter in niederen Rechten dar. (Sehr richtig v. d. Soz.) Wenn Sie meinen, durch solche Praxis die Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren, und die Gefahr eines Eisenbahnarbeitskampfes zu vermeiden, so irren Sie. Gerade im Gegenteil. Nur derjenige Arbeiter wird Rücksicht auf seinen Unternehmer und auch auf den Staatsbetrieb nehmen, der das gleiche Recht hat wie jeder andere. Gerade der Druck, der von der Eisenbahnverwaltung ausgeht, dieser Terrorismus — und das ist Terrorismus, — daß Sie den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht nicht gewähren, daß jeder, der sich einer Organisation anschließt, entlassen wird, und zwar wider Recht, denn wenn die Eisenbahnarbeiter auch nicht unter die Gewerbeordnung fallen, so besitzen sie doch das Koalitionsrecht. Die Gewerbeordnung von 1848 enthielt noch das Koalitionsverbot für die Eisenbahnarbeiter. In die Gewerbeordnung von 1869 wurde es nicht aufgenommen, und es ist den Eisenbahnarbeitern niemals genommen worden; deshalb ist es unerhörtster Terrorismus, es ihnen in der Praxis zu nehmen. (Lebhaftes Sehr richtig v. d. Soz.) Und die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten werden es sich merken, daß der Staatssekretär hier erklärt, sie seien in niederen Rechten als die Arbeiter der Industrie. (Lebhaftes Sehr richtig v. d. Soz.)

Ich empfehle nochmals unseren Antrag. Der Abg. Horn meinte, er sei nur aus agitatorischen Gründen eingebracht. Wenn Sie unsere Absicht, den Arbeitern zu zeigen, was notwendig ist, um geordnete Betriebe zu schaffen, als agitatorisch ansehen, so muß das sein. Wir wollen noch in letzter Stunde das Gesetz so ausgestalten, daß es den Arbeitern nützt. Wenn Sie meinen, daß die Arbeiter dann in größerer Zahl zu uns kommen werden, nun gut! So nehmen Sie doch unsern Antrag an und vertreten Sie die Interessen der Arbeiter, dann wird vielleicht Wahrheit, was der Staatssekretär sagte: Die Zeiten ändern sich. (Sehr gut v. d. Soz.) Uebrigens bin ich mit ihm einverstanden. Denn gerade wir Sozialdemokraten glauben und hoffen, daß die Zeiten sich ändern werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Allerdings nicht im Sinne der Herren von Westarp und Dirksen, sondern im Sinne des Sozialismus. Wenn Sie unsern Antrag ablehnen, und ebenso den Entwurf, dann vergehen vielleicht wieder Jahre und Jahrzehnte, ehe wir uns wieder mit der Materie beschäftigen; wundert Sie sich dann nicht, wenn immer weitere Schichten der Arbeiter zu uns kommen. Herr v. Dirksen meinte, die Arbeitskammern seien nicht erforderlich, weil die Arbeiter in den Gewerkschaften und ihren Führern die beste Vertretung haben. Für diese Anerkennung danken wir. Ich gebe Ihnen aber zu bedenken, daß diese gewerkschaftlichen Organisationen heute eigentlich noch außerhalb der Gesetzgebung stehen, daß man immer und immer wieder versucht, sie als nicht rechtmäßig bestehend hinzustellen. Wer so zwanzig Jahre lang an Prozessen aller Art mit Folgebekleidungen beteiligt ist, die das gewerkschaftliche Leben lähmen sollten, der weiß, daß von einer Anerkennung unserer Organisationen nicht nur keine Rede sein kann, sondern daß alles geschieht, insbesondere mit Zustimmung der konservativen Partei, um unsere Organisationen zu vernichten. (Lebhaftes Sehr richtig v. d. Soz.) Es mangelt bisher an einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterkammer; diese will der Entwurf bringen, daneben werden die Gewerkschaften bestehen und bestehen müssen. Wollte man den Arbeitern weniger bieten als die Beschlüsse der Kommission, so sollte man das Gesetz lieber begraben. Die Frage ist damit freilich nicht aus der Welt geschafft. Wiederholt sind Wünsche der Sozialdemokraten von Regierung und Reichstagsmitgliedern zurückgewiesen, nach Jahrzehnten aber von ihnen selbst angenommen und genau so würde es auch hier kommen, mit oder ohne Willen der Regierung. Und deshalb soll der Reichstag dem evtl. „Unannehmbar“ der Regierung entgegensehen sein „Notwendig für die Arbeiterklasse“. (Zustimmung v. d. Soz.)

Herr v. Dirksen wies auf die Macht der Arbeiter hin. Gerade von der Rechten klingt es so eigenartig, anderen den Vorwurf zu machen, sie streben nach Macht im Staate. (Sehr richtig v. d. Soz.) Ihr Einfluß beruht doch auf Ihrer alten wirtschaftlichen Macht, und auch wir Arbeiter müssen versuchen, größere Macht zu erringen. (Zustimmung v. d. Soz.) Herr von Dirksen erklärte das Gesetz für zwecklos, weil ich bei der ersten Beratung einen dauernden Frieden zwischen Kapital und Arbeit für utopisch erklärte hätte. Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, muß auch der Streit zwischen Kapital und Arbeit bestehen; das schließt nicht aus, daß man für bestimmte vorliegende Fragen einen Ausgleich schaffen muß. Das ist natürlich kein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit. (Sehr richtig v. d. Soz.) Und deshalb wiederhole ich meine Erklärung, jeder Versuch eines solchen Ausgleichs ist eine Utopie, solange die kapitalistische Produktion, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Trennung von Kapital und Arbeit besteht.

Weiter fragte Herr von Dirksen, wie sich denn die Industrie zu dem Entwurf stellt. Einige Unternehmerverbände haben ihn verworfen, aber soll es denn ein Gesetz zur Vertretung der Unternehmerinteressen sein? Haben Sie bei der Schaffung der Handwerkerkammern, der Handels- und Landwirtschaftskammern gefragt, wie die Arbeiter sich dazu stellen? Die Arbeiterorganisationen, gleichgültig, welcher Richtung sie angehören, haben sich für die Schaffung von Arbeitskammern ausgesprochen, und dies Urteil muß wichtiger für Sie sein, als das Urteil der Unternehmerverbände. (Zustimmung v. d. Soz.)

Auf die Angriffe des Grafen Westarp gegen meine Partei einzugehen halte ich für überflüssig. Von Terrorismus der Sozialdemokratie zu reden, steht am wenigsten einem Vertreter der konservativen Partei zu, die ihre Rolle im Staatswesen nur noch durch den unerhörtsten Terrorismus bei den Wahlen aufrecht erhalten kann. (Sehr wahr v. d. Soz.) Weiter meinte Graf Westarp, auch dies Gesetz würde der Sozialdemokratie dienen, und die Revolution vordrängen. Angenommen, das wäre richtig, wie stände es dann um die Einrichtung des heuligen Staates, wenn so eine einfache Interessentretung der Arbeiter, die es noch nicht einmal ist, geeignet sein soll, den angehtig so feststehenden Staat zu stürzen. (Sehr gut v. d. Soz.) Wenn Graf Westarp wieder meinte, wir seien nicht Vertreter der Arbeiter, so stelle ich fest, daß die meisten unter uns Berufsarbeiter waren, daß wir nur infolge des Terrorismus der Unternehmer die Berufsarbeit aufgeben mußten, als wir für die Interessen unserer Kollegen eintraten, und daß wir im übrigen unsere Stellung als Arbeitervertreter dem Vertrauen der Arbeiter selbst verdanken. Daß die Partei des Grafen Westarp sich am allerwenigsten als Vertreterin von Arbeiterinteressen bezeichnen kann, haben seine heutigen Ausführungen klar bewiesen. Verlangte er doch Ausnahmegelände gegen die Arbeiterklasse und Herr von Dirksen verlangte Minderheitsregierung der Sozialpolitik. Das wird auch der vernagelteste Arbeiter nicht als Vertretung der Arbeiterinteressen ansehen können. (Stavol v. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleißer (Z.): Wir sind in eine Generaldebatte über die allgemeinsten Fragen gekommen, nur der schwarz-blaue Block schloß noch. Aber Sie sehen, das Zentrum bleibt hier unberührt von rechts und von links. Der Redner sage ich: wir wollen gerade durch die Arbeitskammern diejenigen, die den Frieden zwischen

Arbeitern und Arbeitgebern fördern, auf den geordneten gesetzlichen Verhandlungsweg zwingen. Eine Arbeitskammer, die andere Ziele verfolgt, kann nach § 42 der Kommissionsbeschlüsse aufgelöst werden. Die Kammern sollen auch nicht in die Autoritätsfragen der einzelnen Betriebsleiter eingreifen, sondern nur allgemeine Fragen regeln. Die Herren von der Sozialdemokratie sollten die Forderung der Arbeiterkammern aufgeben, nachdem auch Herr von Dirksen sich dafür erklärt hat. Außerdem ist der Antrag Albrecht in seiner jetzigen Fassung auch ganz undurchführbar. Damit schließt die Diskussion.

Abg. v. Dirksen (Op.) bestritt, an dem Reichstagswahlrecht gerüttelt zu haben, dazu sei er viel zu vorsichtig, denn er wisse, wie tadellos das Reichstagswahlrecht sei.

Abg. Kaumann: Der Gebrauch des Wortes tadellos, das aus göhndenerischen Verhältnissen stammt, auf das Reichstagswahlrecht, beweist am besten die Stellung des Herrn von Dirksen zu diesem Wahlrecht. (Sehr gut links.)

Der § 1 des Antrags Albrecht wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, Abg. Regien (Soz.) zieht darauf den Rest des Antrags zurück. § 1 der Kommissionsbeschlüsse wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Generalversammlung von Groß-Berlin

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine, die am Sonntag in den „Germaniasälen“ stattfand, beschäftigte sich zunächst mit der Frage der

Beitragsverhöhung

für Groß-Berlin. Der Vorsitzende Genosse Ernst machte zu dem folgenden Antrag:

„Die Kreis-Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vom Sonntag den 2. Oktober d. J., hat zu der Frage der Beitragsverhöhung Stellung genommen und sich für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder erklärt sowie für Abschaffung sämtlicher Extraforderungen in Groß-Berlin ausschließlich derjenigen für Wahlen. Außerdem wurde beschlossen, an die nächste Verbands-Generalversammlung den Antrag zu richten:

„Ueber die Erhöhung der Beiträge eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen.“

den Vorschlag, zuerst darüber abzustimmen, ob die Frage durch eine Urabstimmung entschieden werden sollte, da in diesem Fall die weitere Verhandlung über die Beitragsverhöhung zwecklos sein würde. Der Vorschlag wurde von der Generalversammlung gutgeheißen.

Genosse Riefe (Niederbarnim) begründete den Antrag auf Urabstimmung. Man wolle allen Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit geben, sich für oder gegen die Beitragsverhöhung zu entscheiden. Nun hätten ja allerdings verschiedene Kreiswahlvereine schon eine Urabstimmung vorgenommen, und es sei demzufolge schon eine Urabstimmung vorgekommen, und es sei demzufolge nicht damit zu rechnen, daß der Antrag hier abgelehnt werde. Jedenfalls aber müsse gewünscht werden, daß in Zukunft bei allen wichtigen Angelegenheiten den Mitgliedern durch Urabstimmung die Entscheidung übertragen werde.

Genosse Ernst: Der Zentralvorstand will den Mitgliedern soweit wie irgend möglich Gelegenheit geben, sich auszusprechen und die Entscheidung selbst zu treffen. Da jedoch einige Kreiswahlvereine keine Bestimmung über Urabstimmung in ihrem Statut haben, mußte es den Kreisen überlassen bleiben, in welcher Weise sie die Entscheidung treffen wollten. Nachdem im dritten, vierten, fünften und sechsten Kreise Urabstimmungen stattgefunden haben, scheint es heute überflüssig, nochmals eine Urabstimmung zu beschließen. Der zweite Kreis hat eine Umfrage in den Zahlabenden veranstaltet, aber die Generalversammlung dieses Kreises war nicht für die Beitragsverhöhung zu haben. In den genannten vier Kreisen haben sich 2123 Mitglieder an der Urabstimmung beteiligt und 1577 haben sich für die Beitragsverhöhung erklärt und nur 546 dagegen. Ich glaube, daß es unter diesen Umständen nicht angebracht ist, die Sache nochmals an die Kreise zurückzugeben zu lassen. Es kann sich nur darum handeln, ob wir den Antrag trotz der Urabstimmung jener Kreise ablehnen. —

Hierauf wurde der Antrag auf Urabstimmung gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt.

Sodann kam der Antrag, sämtliche Extraforderungen, ausschließlich der für Wahlen, abzuschaffen,

zur Abstimmung und wurde abgelehnt mit 301 gegen 280 Stimmen.

Hierauf begann die Debatte über die Frage der Beitragsverhöhung.

Schröder (zweiter Kreis): Ich hätte erwartet, daß der Antrag eingehend begründet werden würde. Bis jetzt hat mich noch niemand überzeugt, daß die Erhöhung notwendig ist. Die einzelnen Kreise sowohl wie der Verband von Groß-Berlin sind bei den bisherigen Beiträgen den Anforderungen, die an sie gestellt werden, vollkommen gerecht geworden. Die Beitragsverhöhung ist als überflüssig anzusehen. Man sollte lieber versuchen, durch um so eifrigere Agitation die großen Massen, die uns noch fernstehen, zu gewinnen.

Fülle (zweiter Kreis): Die Bahnfahrt der Buchdrucker hat sich einstimmig dafür erklärt, der Beitragsverhöhung nicht zu widersprechen, hat aber zugleich auch den Wunsch geäußert, daß mit dieser Befreiung der Beiträge die Frage für eine möglichst lange Reihe von Jahren ihre Erledigung gefunden haben möge. Durch die Organisation der Frauen ist ja der Beitrag der Männer gewissermaßen auch schon erhöht worden, da doch in der Familie der Beitrag der Frau meist aus dem Verdienst des Mannes befreit werden muß. Wenn andere Wahlkreise im Lande bereits höhere Beiträge festgesetzt haben, so darf man nicht vergessen, daß von den Berliner Parteigenossen noch eine ganze Reihe anderer Leistungen verlangt werden. Ich bin beauftragt, dahin zu wirken, daß an die leitenden Stellen die Bitte gerichtet wird, bei den Ausgaben für Parteizwecke Sparsamkeit walten zu lassen. Das gilt namentlich auch für Delegationen. Bei dem letzten Internationalen Kongress ist ja der „Vorwärts“ schon auf den glücklichen Gedanken gekommen, daß die Zahl der deutschen Delegierten auf ein Drittel vermindert werden sollte. Es hat auch gar keinen Zweck, sich von einer so großen Anzahl Delegierten vertreten zu lassen. Aus dem letzten Jahresbericht für Groß-Berlin geht hervor, daß an die Provinz Brandenburg nahezu 48 000 M. Zuschuß gezahlt wurden. Das ist nach unserem Empfinden etwas reichlich in einer verhältnismäßig ruhigen Periode. Wahlkreise, die eine so geringe Mitgliederzahl haben, daß sie nicht selbst die Mittel aufbringen, die zur Delegation auf den Parteitag notwendig sind, sollten lieber auf eigene Delegation verzichten und ihr Mandat einem anderen Genossen mitübertragen.

Genosse Groger (Teltow-Weesow): Manche Ausführungen Fülle können wohl von den betreffenden Instanzen berücksichtigt werden; aber es ist hier nicht der Ort, darüber zu entscheiden. Der Wahlkreis Teltow-Weesow zieht seinen Antrag auf 10 und 5 Pf. Extrabeitrag zurück. Wir haben uns dahin verständigt, für den Antrag Niederbarnim auf 40 und 20 Pf. Monatsbeitrag einzutreten.

Genosse Basse: Der zweite Kreis hat sich die Aufgabe leicht gemacht. Wenn man beschließt, nicht mehr Geld auszugeben, dann ist es leicht, keine Beitragsverhöhung zu beschließen. Aber Schröder hat, indem er sagte, wir müssen die Massen haben, unwillkürlich den Antrag auf Beitragsverhöhung begründet. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß alle unnötigen Ausgaben gespart werden, aber über die Delegationen zu den Parteitagen zu entscheiden, haben wir nicht die Macht. Draußen in der Provinz sind, gerade um die Massen zu gewinnen, Mittel notwendig. Schon weiß die

Bücher für den Weihnachtstisch.

Schillers Werke.

Auswahl und Einleitung von Franz Mehring. Preis 3,50 M.
In 3 Leinenbänden.

- Chamisso's Werke.** 2 Leinenbände. Preis früher 4 M., jetzt 2,00 M.
- Freiligrath's sämtliche Werke.** 3 Leinenbände. Preis früher 5 M., jetzt 3,00 M.
- Hauß's sämtliche Werke.** Mit dem Bild des Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände. Preis nur 4,00 M.
- Heines sämtliche Werke.** Mit einem Bildnis Heines. 4 Leinenbände, zusammen nur 4,50 M.
- Lenau.** Gedichte. Preis früher 3 M., jetzt 1,00 M.
- Schillers Werke.** Illustriert. In 4 Leinenbänden. Preis früher 6 M., jetzt 4,50 M.
- Shakespeares sämtliche dramatische Werke.** Uebersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck. In 4 starken Leinenbänden. Preis früher 6 M., jetzt 4,50 M.
- Dasselbe, in 3 eleganten Leinenbänden gebunden (jeweils 2000 Seiten umfassend). Preis nur 3,50 M.
- Hackländer's Werke.** 2 Bände illustriert 3,50 M.
- Gershäuser's Werke.** 2 Bände illustriert 3,50 M.
- Grillparzer's sämtliche Werke.** 2 Bände illustriert 3,00 M.
- Goethes Werke.** 2 Bände illustriert 3,50 M.
- Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.** 1 Band illustriert 3,00 M.
- Reuter's sämtliche Werke.** 2 Bände illustriert . . . 3,00 M.

Klassiker

aus der Goldenen Klassiker-Bibliothek (Wong). Die nachstehenden Preise gelten für Leinenbände, Halbzeigebände um etwa 40 Prozent teurer.

Chamisso	1 Band	1,75 M.
Eichendorff	2 Bände	3,50 "
Freiligrath	2 "	4,00 "
Goethe	Auswahl 4 "	6,00 "
Goethe	8 "	14,00 "
Grillparzer	4 "	6,00 "
Hauß	2 "	3,50 "
Hebel	5 "	7,50 "
Heine	4 "	6,00 "
Hervé	1 Band	2,00 "
Lenau	1 "	2,00 "
Leßing	3 Bände	5,00 "
Reuter	4 "	6,00 "
Schiller	Auswahl 4 "	6,00 "
Schiller	8 "	14,00 "
Shakespeare	4 "	6,00 "
Uhland	2 "	3,50 "

Sämtliche übrigen Klassiker, auch von anderen Verlegern (Hesse usw.), sind stets vorrätig.

- August Bebel, Die Frau und der Sozialismus.** 51. Auflage. Elegant gebunden 3 M.
- August Bebel, Aus meinem Leben.** I. Teil. Broschiert 1,50 M., gebunden 2 M.
- Wilhelm Blos, Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** 1 Band illustriert 4 M.
- Wilhelm Blos, Die französische Revolution von 1789** 1 Band illustriert 4 M.
- Louis Héritier, Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.** 1 Band illustriert 4 M.
- Dr. W. Zimmermann's Großer deutscher Bauernkrieg** Herausgegeben von Wilhelm Blos. 1 Band illustriert 4 M.
- Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg.** Herausgegeben von Franz Mehring. Gebunden 2 M.
- Georg Gradnauer, Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland.** 1 Band 3 M.
- Heinrich Cunow, Die revolutionäre Zeitungs-literatur Frankreichs während der Jahre 1789/94.** 1 Band illustriert 7,50 M.
- Karl Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft.** 1 Band gebunden 2 M.
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums.** 1 Band 5,75 M.

Franz Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels u. Ferdinand Lassalle. 4 Bände, geb. 20 M.

Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 4 Bände, geb. 20 M.

Wilhelm Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit. Herausgegeben von Fr. Mehring. 1 Band, 3 M.

Wilhelm Wolff, Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Franz Mehring. 1 Band, 2 M.

F. A. Lange, Die Arbeiterfrage. Mit Einleitung und Anmerkungen von Franz Mehring. Geb. 2 M.

Erdmann-Chatrion, Frau Therese. 1 Band 1,20 M.

Stefan Großmann, Herzliche Grüße. Geschichten. 1 Band, 2,80 M.

Victor Hugo, 1793. Roman. 1 Band 3 M.

Joh. v. Wildenradt, Der Föllner von Klauen. Geb. 1,50 M., bessere Ausgabe 3 M.

Ed. Engel, Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. 2 Bände, 12 M.

E. Sonnemann, Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter. 1 Band, 2,50 M.

Jürgen Brand (E. Sonnemann), Menbrook. 1 Band, 1,50 M.

Kurt Grottel, Unser Wald. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. 1 Band illust., 3 M.

Kurt Grottel, Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. 1 Band, 1 M.

E. Preczang, Im Strom der Zeit. Gedichte. 1 Band, 2 M.

Robert Seidel, Lichtglaube und Zukunftsonnen. Gedichte. 1 Band, 2,50 M.

Karl Hendell, Aus meinen Gedichten. Geb. 1 M.

Ludwig Lessen, Lebensmittag. Gedichte. Brosch. 50 Pf.

Klara Müller-Jahnke, Gedichte. 3,50 M., geb. 4,50 M.

Klara Müller-Jahnke, Ich bekenne. Die Geschichte einer Frau. Geb. 1 M.

August Winnig, Preussischer Kommiß. Soldatengeschichten. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Gustav Schalk, Deutsche Heldensage. Illustriert. Statt 5 M. jetzt 4 M.

Ferd. Schmidt, Sagenbuch. 3a. Statt 5 M. jetzt 4 M.

Gustav Schwab, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums. Illustriert. 3,60 M.

Gelegenheitskäufe.

Wilhelm Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur. 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.

Wilhelm Bölsche, Was ist die Natur. 1 Band, statt 3 M. nur 1,50 M.

Wilhelm Bölsche, Aus der Schnee-grube. 1 Band, statt 4 M. nur 2 M.

B. Bommeli, Die Pflanzenwelt. 1 Band III., statt 5 M. nur 3,50 M.

Brehm-Rosmästler, Die Tiere des Waldes. Mit 20 Kupferstichen und 71 Holzschritten statt 38 M. nur 10 M.

Carus Sterne, Werden und Vergehen. Eine Entwicklungsgeschichte der Naturgeschichte in gemaltem Zustand ihrer Darstellung. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Zwei starke Bände illustriert. Statt 25 M. nur 10 M.

Dr. F. W. Paul Lehmann, Länder- u. Völkerkunde. 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.

Kolb, Kulturgeschichte der Menschheit. Statt 19,50 M. nur 6,50 M.

Prof. Dr. L. Büchner, Das Buch vom langen Leben. 1 Band, statt 6 M. nur 2,10 M.

Internationale Bibliothek:

- Avellag, Die Darwin'sche Theorie** Geb. 2,- M.
- K. Kautsky, Marx' ökonomische Lehren** 2,-
- A. Bebel, Charles Fourier** 2,50
- A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 51. Auflage.** Geb. 3,-
- Fr. Engels, Ursprung der Familie** Geb. 1,50
- Karl Marx, Das Elend der Philosophie** Geb. 2,-
- K. Kautsky, Das Erfurter Programm** Geb. 2,-
- Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England** Geb. 2,50
- F. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes** Geb. 2,50
- H. Lux, Etienne Cabet und der Pariser Kommunismus** Geb. 2,-
- G. Plechanow, R. G. Tschernischewsky. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,-**
- Fr. Engels, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft** Geb. 3,-
- Josef Dietzgen, Das Akquisit der Philosophie und Briefe über Logik** Geb. 2,-
- C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung** Geb. 2,-
- Karl Marx, Revolution und Konterrevolution in Deutschland** Geb. 3,-
- A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft, I. Serie, 3 Teile.** Geb. 2,-
- a. Leben und Tod. Illustriert Geb. 2,-
- b. Kleinere Aufsätze und Vorträge Geb. 1,50
- c. Rosen oder Darwin? Geb. 1,50
- C. Hugo, Städteverwaltung und Municipal Sozialismus in England** Geb. 2,50
- G. Moch, Die Armer der Demokratie. Brosch. 1,- M.; geb. 1,50**
- Karl Marx, Die Kritik der politischen Ökonomie** Geb. 4,-
- Joseph Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit** Geb. 2,-
- Joseph Dietzgen, Kleine philosophische Schriften** Geb. 2,50
- Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien** Geb. 3,50
- Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. I. Band** Geb. 6,-
- II. Band 1. Teil Geb. 5,-
2. Teil Geb. 5,50
- III. Band (Schluß) Geb. 8,-
- Karl Marx, David Ricardo.** Broschiert 10,50 M.; geb. 11,50
- Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung** Geb. 1,50
- M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.** Broschiert 2,50 M.; geb. 3,-
- Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.** Geb. 3,-
- Leo Deutsch, Biermal entfallen.** Broschiert 1,50 M.; geb. 2,-
- Peter Maslow, Die Agrarfrage in Rußland. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,-**
- Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich.** Broschiert 2,50 M.; geb. 3,-
- Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution.** Broschiert 3,50 M.; geb. 4,-
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums.** Geb. 5,75
- B. B. Boudin, Das theoretische System von Karl Marx.** Geb. 3,-
- Karl Kautsky, Vorläufer des neuere Sozialismus.** 2 Bände a Band Geb. 3,-
- Ph. Buonarroti, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit.** Geb. 2,50
- Karl Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft.** Broschiert 1,50 M.; geb. 2,-

Als Wandschmuck

empfehlen wir:

Die Marxeillaise

von Doré.

In künstlerischem Lichtdruck. Bildgröße 47 1/4 x 67 cm, Kartongröße 79 x 105 cm.

Preis pro Blatt 3 M.

Der erste Mai

Kupferätzung. Bildgröße 47 x 68 cm, Kartongröße 73 x 95 cm.

Preis 4 M.

Die Freiheit führt das Volk!

Kupfergravüre. Bildgröße 43 x 54 cm, Kartongröße 72 x 95 cm.

Preis 6 M.

Jugend-Bildnis Lassalles

in farbigem Lichtdruck.

Preis 3 M., eingerahmt 4,50 bis 6 M.

Jugendchriften.

Die im Verzeichnis des Bildungsausschusses aufgeführten Jugendchriften sind bei uns zu haben. Der diesjährige Nachtrag zum Verzeichnis wird gratis verabfolgt.

Bilderbücher

sind in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorhanden.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Neunzehnter Tag.

Die Sitzung begann mit der Erörterung des achtundzwanzigsten Falles,

der die Angeklagten Pilz und Krayat betrifft. Ihnen wird zur Last gelegt, einen Arbeitswilligen mißhandelt zu haben. Zu diesem Falle wird als erster Zeuge der angeblich mißhandelte Arbeitswillige Wellschmiedt vernommen. Er sagt, er sei am 4. oder 5. Oktober bei Kupfer in Arbeit getreten. An einem dieser Tage sei er von der Arbeit nach Hause gegangen. Auf der Straße seien zwei Männer an ihn herangetreten und hätten ihn gefragt, ob er bei Kupfer arbeite. Er habe erklärt, das sage er nicht. Darauf hätten ihn die beiden Leute mit Gummischläuchen und mit der Faust über den Kopf geschlagen. Er habe nun zum Kohlenplatz zurückgehen wollen. Auf dem Wege dahin habe er zwei Schutleute getroffen, die hätten ihn bis zur Weißelstraße begleitet. Dann sei er nach Hause gegangen. Kurz darauf sei er wieder heruntergekommen. Da seien ihm vier Männer entgegengetreten, die hätten ihn festgehalten und ihn gefragt, wo er arbeite. Er habe geantwortet: bei Kupfer. Dann hätten die Männer gesagt, er solle mitkommen, sie würden ihm andere Arbeit verschaffen, er könne in Wöyensee bei Ausschachtungsarbeiten anfangen. Die Männer seien nun mit ihm nach dem Lokal von Pilz in der Mostoder Straße gegangen. Er sei dort in das Hinterzimmer geführt worden, da seien viele Leute gewesen. Auch hier habe man ihm gesagt, er könne Arbeit in Wöyensee bekommen. Er habe sich bereit erklärt, diese Arbeit anzunehmen, denn es sei ihm egal, wo er arbeite. Nun habe ihn einer von den Leuten gefragt, ob er effert wolle. Er habe nichts gesagt, aber der Mann, der ihn fragte, habe ihm ein Glas Bier und Butterbrot geben lassen. Als er das vergesselt hatte, habe er nach Hause gehen wollen. Da habe Pilz gesagt, er könne noch etwas trinken und habe ihm noch ein Glas Bier gegeben. Gleich darauf sei Pilz in das Hinterzimmer gegangen. Dann seien die Leute aus dem Hinterzimmer auf ihn zugekommen und hätten gesagt: „Was, Du willst lägen? Nun sei er ohne weiteres von 15 bis 20 Mann mit Häuten und Gummischläuchen geschlagen worden. Er habe bei Pilz, der hinter dem Schantisch stand, Schutz vor den Schlägen suchen wollen. Pilz habe ihn aber zurückgeschoben. Frau Pilz, die auf dem Korridor stand, habe ihn hinten hinausgeführt. — Im Laufe der Vernehmung des Zeugen kommt noch mehrmals die Beteiligung des Angeklagten Pilz an der Schlägerei zur Sprache. Der Zeuge gebraucht nicht mehr den Ausdruck, Pilz habe ihn unter die Leute, die ihn schlugen, „zurückgestoßen“, sondern er sagt, Pilz habe ihn „zurückgehalten“. Als der Vorsitzende kurz darauf den Zeugen fragt, wie oft ihn Pilz „zurückgestoßen“ habe, weist Rechtsanwalt Th. Liebnecht darauf hin, daß der Zeuge nur von „zurückhalten“ gesprochen habe. Der Vorsitzende verbittet sich, daß der Verteidiger ihn in der Vernehmung des Zeugen unterbreite. Es kommt hierauf zu einem ziemlich erregten Hin- und Herreden zwischen dem Rechtsanwalt Liebnecht und dem Vorsitzenden. Dieser Vorfall endet damit, daß Rechtsanwalt Liebnecht die Frage des Vorsitzenden, wie oft Pilz den Zeugen „zurückgestoßen“ habe, formell beauftragt und das Gericht die Beanstandung der Frage durch Weisung zurückweist.

Der Zeuge Wellschmiedt beantwortet hierauf die Frage so: Pilz habe ihn acht bis zehnmal zu den Leuten, die ihn schlugen, zurückgestoßen. Weiter sagt der Zeuge, als er aus dem Pilschen Lokal nach Hause ging, habe er seine Schwester getroffen, er habe ihr den Vorfall erzählt, und die Schwester habe die Sache angezeigt. — Wer ihn gefolgt hat, kann Wellschmiedt nicht angeben. Den Angeklagten Krayat will er im vorderen Lokal gesehen haben, er kann aber nicht sagen, daß er einer von denen ist, die geschlagen haben. Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt der Zeuge, er sei schon vom ersten Tage an, wo er in Arbeit trat, von den Streifenden belästigt und schon vor dem Vorfall im Pilschen Lokale auf der Straße geschlagen worden.

Der Angeklagte Pilz bekräftigt die Angaben des Zeugen und sagt, er sei aus dem Bierlokal gekommen und habe das von seiner Frau bereits hergerichtete Butterbrot und Bier dem Wellschmiedt vorgelegt. Später sei Wellschmiedt an den Schantisch getreten und habe noch ein Glas Bier bestellt. Das habe er, Pilz, eingeholt und sich nicht weiter um Wellschmiedt gekümmert. Kurz darauf habe er bemerkt, daß Wellschmiedt, der wohl mit anderen etwas vorgehabt habe, sich über den Schantisch gebeugt. Er, Pilz, habe den Eindruck gehabt, daß Wellschmiedt über einen Trittschankel gestolpert sei, deshalb habe er ihn am Arm ergriffen, um ihm behilflich zu sein. Er habe ihn dann hinten hinausgeführt. Er habe nicht gesehen, daß Wellschmiedt geschlagen worden sei. — Auf eine Frage des ersten Staatsanwalts sagt der Zeuge Wellschmiedt, die beiden Männer, die ihn schon früher auf der Straße geschlagen hätten, seien auch im Pilschen Lokal dabei gewesen und hätten gesagt: „Immer feste.“ — Verlesene Fragen des ersten Staatsanwalts beantwortet der Zeuge, abweichend von seinen ersten Angaben mit: „Ich glaube so war es.“ Als der erste Staatsanwalt an den Zeugen die Frage richtet, was der Angeklagte Krayat sagte, als er mit den anderen Leuten aus dem Hinterzimmer kam, protestiert Rechtsanwalt Heine gegen diese Art der Fragestellung. Der Zeuge habe ganz klar gesagt, daß Krayat im Vorderzimmer war. Der Staatsanwalt lege durch solche Fragen dem Zeugen Dinge in den Mund, die er nicht gesagt habe. Der Verteidiger protestiert dagegen, daß dem Zeugen, der alle Fragen mit: „So war es“, „ich glaube“ beantwortet, etwas suggeriert werde. — Der Staatsanwalt nimmt hierauf von der Stellung seiner Frage Abstand. — Rechtsanwalt Liebnecht stellt eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die sich auf dessen früheren Aufenthalt und Beschäftigung beziehen. Aus den Antworten ergibt sich, daß Wellschmiedt aus dem Rheinland am 10. September nach Berlin kam, daß er vordem in Wien war und von dort mit einer geschiedenen Frau aus Furcht vor ihrem früheren Mann abdrehte. In Berlin angekommen, fand Wellschmiedt eine Portiersstelle, die er am 1. Oktober antreten sollte, die er aber nicht antrat, um einige Tage später als Arbeitswilliger bei Kupfer anzufangen. — Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Liebnecht macht Wellschmiedt vor, wie ihn Pilz angefaßt oder gestoßen habe. Das Wellschmiedt zeigt, ist weiter nichts als ein Aufassen am Arm, wodurch ihn Pilz zurückgehalten habe.

Zeuge Gottschalk hat am 8. Oktober als Arbeitswilliger bei Kupfer angefangen. Er sagt, zwei Tage später sei er auf der Straße von Streifenden gefragt worden, ob er bei Kupfer arbeite. Er habe erwidert, das gebe seinem was an. Er sei dann weiter gegangen nach dem Bahnhof Weißelstraße. Als er den Bahnhof beinahe erreicht hatte, sei ein Schuß gefallen. Er nehme an, es sei ein Signalschuß der Streifenden gewesen. Gleich nach dem Schuß seien mehrere Leute über ihn hergefallen und hätten ihn mit Gummischläuchen geschlagen. — Der Vorsitzende fragt, ob die Gummischläuche mit eisernen Strahlen verflochten waren. Ein solcher sei dem Gericht vor einigen Tagen vorgelegt worden. — Der Zeuge weiß das nicht. Ein Gummischlauch — sagt er — sei so lang gewesen wie ein Spazierstock. Am anderen Tage sei er — der Zeuge — auf dem Bahnhof von Streifenden „festgenommen“ worden. Widerstand sei unmöglich gewesen, weil es so viele Streifende gewesen

seien. Von zwei Mann sei er bei Pilz „eingeliefert“ worden. Dort sei er gleich mit Vorwürfen überschüttet worden. Er soll sich schämen, während des Streiks zu arbeiten; wenn er die Arbeit nicht niederlege, würden ihm die Knochen kaputt geschlagen, habe Pilz zu ihm gesagt. Aus Furcht habe er dann die Arbeit niedergelegt. Die Streifenden hätten ihm Arbeit in Wöyensee versprochen, er habe aber dort keine Arbeit bekommen. — Erster Staatsanwalt: Warum sind Sie nicht wieder bei Kupfer eingetreten? — Zeuge: Soll man sich denn totschlagen lassen? Weiter sagt der Zeuge: Am dem Abend, wo er bei Pilz „eingeliefert“ worden sei, seien auch Wellschmiedt und noch ein junger Mann „eingebracht“ worden. Diesen jungen Mann würden die Streifenden auch verbauen haben, wenn nicht der Streitleiter Ritsche dazwischengetreten wäre und es verhindert hätte. — Der Angeklagte Pilz bemerkt, dem Zeugen sei Arbeit beim Kanalbau in Wöyensee nachgewiesen worden, er sei nur deshalb nicht eingestellt worden, weil er Schuhe von Segelzug trug und man mit solchem Schuhwerk nicht am Kanal arbeiten könne. — Der Zeuge sagt dagegen, der Schachtmeister habe ihn abgewiesen mit der Bemerkung, es würden augenblicklich keine Arbeiter eingestellt.

Der Zeuge Baumann sah mit dem Angeklagten Krayat zusammen im Pilschen Lokal, als sich der Vorgang mit Wellschmiedt abspielte. Er hat nur gesehen, daß einige Leute um Wellschmiedt herumstanden, und sich weiter nicht darum gekümmert. Er hat aber gehört, daß Pilz sagte: „Wenn Ihr Euch hauen wollt, dann gebt auf die Straße.“

Der Zeuge Griesel ist ebenfalls in den ersten Oktobertagen als Arbeitswilliger bei Kupfer eingetreten. Er sagt, als er eines Abends nach Hause fahren wollte, sei er von Streifenden „festgenommen“ worden. Dabei habe ihm ein Mann mit einem Schwartort einen Schlag an das Kinn gegeben. Er sei nach dem Pilschen Lokal geführt worden. Dort habe man ihn überredet, die Arbeit niederzuliegen und ihm Unterführung versprochen. Auf dies Anerbieten sei er eingegangen. Alle, die im Lokal waren, hätten ihn anlassen wollen. Der Streitleiter Ritsche habe das aber verhindert. Die Leute hätten von ihm verlangt, er solle sich am nächsten Tage wieder im Pilschen Lokal melden und hätten gesagt, wenn er wieder zur Arbeit gehe, würden sie ihm auflauern. Er habe noch bis zum Sonnabend bei Kupfer gearbeitet und dann aufhören müssen, weil der Streik zu Ende war.

Der Zeuge Lädle, ebenfalls ein Arbeitswilliger, sagt, auf dem Wege nach Hause seien ihm etwa 20 Mann bis zum Bahnhof gefolgt. Auf dem Bahnhof habe er einen Schlag ins Gesicht bekommen.

Zeuge Veier, der auch als Arbeitswilliger bei Kupfer tätig war, gibt an, er sei in der Sidingsstraße von 15 bis 20 Mann umzingelt worden. Man habe ihn gefragt, ob er bei Kupfer arbeite; er habe das geantwortet. Trotzdem sei er geschlagen worden. Er nehme an, mit einem Schlagring. Er habe Schläge auf den Kopf und die Hand bekommen. Im Krankenhaus sei er verbunden worden und habe acht Tage lang einen Verband getragen. — Auf Vorhalt des Angeklagten Pilz gibt der Zeuge zu, daß er gar keinen Verband getragen habe, sondern die Verletzung nur mit einem Heftpflaster versehen war. Auf Fragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge noch an: Er sei gezwungen worden, am anderen Tage wieder zu Pilz zu gehen. Zwei Mann hätten zu ihm gesagt, er solle kommen, sonst würde es ihm schlecht gehen. Pilz habe ihn anständig und höflich behandelt.

Vernehmung des Falles Pilz.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Verteidigung noch 31 Zeugen zum Falle Pilz angegeben habe. Dieser Fall soll am Mittwoch weiter verhandelt werden.

Die Beweisaufnahme greift nun wieder zurück auf einige schon früher verhandelte Fälle.

Journalist Erdmannsdörfer

wird über seine Wohnverhältnisse in Moabit vernommen. Er sagt unter anderem, er sei am 28. September mit der Straßenbahn die Weißelstraße hinausgefahren. Am Bahnhof sei er ausgefragt. Die Straße war dort fast menschenleer. Da kam aus der Siemensstraße ein junger Mann, hinter ihm her ein Polizeileutnant und sechs bis acht Schutleute mit blanken Säbeln. Der Polizeileutnant stieß den jungen Mann mit der Faust ins Genick. Dieser Vorgang veranlaßte den Zeugen, den Polizeileutnant, den er gleich nachher auf dem Bahnhof Weißelstraße traf, um Schutz für seine Person zu bitten. Der Leutnant lehnte das ab. — Auf Fragen der Verteidiger bemerkt der Zeuge, daß der Polizeileutnant keine Veranlassung hatte, dem jungen Mann einen Stoß zu versetzen. Denn wenn der junge Mann etwas Strafbares begangen haben sollte, so hätte er leicht festgenommen werden können, denn es war viel Polizei, aber kein Publikum da. Jedemfalls war das Verhalten des Polizeileutnants eines Offiziers unwürdig. — Als der Zeuge aus dem Bahnhof kam, sah er, daß Polizeibeamte einen jungen Mann vor sich hertrieben. Der Zeuge ging dann weiter, hat aber nichts Auffällendes gesehen. An einer Stelle standen sich Polizei und Publikum wie zwei feindliche Lager gegenüber. Feindselige Rufe gegen die Polizei wurden nicht ausgehört. Es wäre leicht gewesen, die Menge in Ruhe zu zerstreuen, aber das geschah nicht. An einer anderen Stelle hat der Zeuge gesehen, daß ein Schwamm ohne Veranlassung einem Manne, der ruhig und allein auf der Straße stand, einen so kräftigen Schlag versetzte, daß der Mann wankte. Festgenommen wurde der Mann nicht, er kann also nichts Strafbares begangen haben.

Polizeileutnant Käbne, der für den Vorgang am Bahnhof Weißelstraße in Frage kommt, wird telephonisch herbeigerufen. Er erinnert sich, daß ihn Erdmannsdörfer um Schutz ersuchte, gibt dagegen an, daß er von dem Vorfall, wo er nach Angabe des Zeugen einem jungen Manne ins Genick gestoßen hat, nichts wisse.

Dr. Pannetool hat als Arzt der Unfallstation die

Wunden des Angeklagten Jollow

verbunden, die diesem

durch die Knüppelgarde Hinzog

auf dem Kohlenplatz zugefügt worden sind. Der Zeuge bekundet, daß die Wunden von stumpfen Instrumenten her rühren, kann aber nicht sagen, welcher Art diese Instrumente gewesen sein müssen. — Der Angeklagte Jollow kam nach der Unfallstation, nachdem ihm auf dem Kohlenplatz von einem Heilgehilfen ein völlig unzureichender Rotverband angelegt worden war. Als Rechtsanwalt Rosenfeld bemerkt, daß dies unter Aufsicht und durch Veranlassung von Polizeibeamten geschehen sei, erklärt Polizeileutnant Folte: Niemand sei von Heilgehilfen auf Veranlassung oder unter Aufsicht der Polizei verbunden worden. Die Beamten hätten vielmehr vom Polizeimajor Klein die Weisung erhalten, alle Verletzten nach der Unfallstation oder nach dem Krankenhaus zu bringen. Hier und da habe sich aber ein Samariter vom Roten Kreuz eingefunden und aus eigenem Antrieb Verbände angelegt, wobei ihn die Polizei nicht gehindert habe. — Rechtsanwalt Cohn: Ist die Anweisung, Verletzte nur im Krankenhaus und auf der Unfallstation verbinden zu lassen, deshalb gegeben, damit die Polizei die Möglichkeit halte, die Verletzten festzunehmen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Rechtsanwalt Cohn: Ist nicht gegen Verletzte, die auf solche Weise festgestellt wurden, ein Verbot einzuweisen? — Zeuge: Das weiß ich nicht, darüber kann vielleicht der Kommissar Ruhn Auskunft geben. — Rechtsanwalt Cohn: Sind

die Samariter mit Wissen der Polizei unter die Menge geschickt worden, um Stundlocherdienste zu verrichten? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. Ich habe sie nicht als Stundlocher gebraucht. Der Angeklagte Jollow bemerkt, als seine Wunden auf dem Kohlenplatz verbunden wurden, sagte ein Polizeibeamter: Das braucht nicht verbunden werden, der kann sich von seinen Genossen verbinden lassen.

Kriminalwachmeister Haber wird über die

Behandlung des Angeklagten Albrecht auf der Polizeiwache

befragt. Der Zeuge sagt, Albrecht, der stark angetrunken war, habe sich bei der Vernehmung auf der Wache sehr aufgereggt gezeigt, er sei vom Stuhl aufgesprungen, habe sich die Haare geraut und in großer Erregung gerufen: „Lassen Sie doch das sein, lassen Sie doch diese Vernehmung unter den Tisch fallen.“ Der Zeuge habe den Angeklagten beruhigt und ihn vernommen. Dann sei er in die Zelle gebracht worden und soll sich dort so renitent benommen haben, daß er gefesselt werden mußte. Der Zeuge hat gehört, daß an die Zellenärzte geschlagen wurde, er weiß aber nicht, ob dies von Albrecht herührte, auch weiß er nichts von Verbindungen des Angeklagten. — Angeklagter Albrecht: Wenn ich tobstüchtig war, warum haben Sie mir nicht eine Zwangsjacke angelegt und mich in eine Anstalt gebracht? Aber Hingelassen bin ich, getreten haben sie mich ins Genick. Darf ich vielleicht bitten, daß ich mal an einem der Angeklagten vormachen darf, wie sie es mit mir gemacht haben? Dieses Geben erregt Heiterkeit. Der Vorsitzende sagt: Nein, nein, das geht nicht. — Der Angeklagte beschreibt die Person des Beamten, der ihn mißhandelt und will von dem Zeugen wissen, welcher Beamte das ist. Der Zeuge sagt, das wisse er nicht, es waren so viele Beamte auf der Wache. — Gut — sagt der Angeklagte —, dann gehe ich morgen aufs Revier und werde mir den Beamten heraussuchen.

Zeuge Schmidt hat einen Mann gesehen, der am 28. September an der Ecke der Weißel- und Sidingsstraße mehrmals „Blut hunde“ rief. Er hält diesen Mann seinem ganzen Aussehen nach für einen Kriminalbeamten und wird in dieser Ansicht dadurch bestätigt, daß sich derselbe vorher in einer Gruppe von Männern befand, mit denen ein Polizeileutnant sprach.

Damit endete die Sitzung. Die Verhandlung wird heute um 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Mutter in der deutschen Reichsversicherungsordnung.

So hieß das Thema der außerordentlichen Tagung, die der deutsche Bund für Mutterschutz für den 3. und 4. Dezember abenken hatte. Am ersten Tage schilderte Frau Stritt das Verhältnis zwischen Mutter und Kind als Hauptfaktor und ursprünglich treibende Kraft der Zivilisation, sowohl in technischer, gesellschaftlicher, wie in sozial-ethischer Beziehung. Die lange geübte Beschränkung der Frau auf ihre Geschäftsaufgabe ist von verhängnisvoller Wirkung gewesen. Die Schutzbedürftigkeit des Weibes, die sie dem Kinde gleichstellt, das sie zu schützen von der Natur bestimmt war, ist durchaus eine Folge der patriarchalischen Familienordnung. Das tritt besonders in den begüterten Schichten hervor, wo die Frau sich an ihren Mutterberuf konzentrieren konnte. In den unteren Schichten wieder wirken ungünstige Lebens- und Arbeitsbedingungen nachteilig auf die Befähigung der Frau zur Mutterschaft ein. Die wirtschaftliche und geistige Entwicklung der Neuzeit hat dadurch, daß sie die Frau in den Erntestampfen hineingeworfen, dem alten Zustande, wo sie nur Geschlechtsweesen war, ein Ende bereitet. Wir befinden uns jetzt in einem Uebergangszustand zu neuen Formen, der zunächst neue und schwere Leiden und Leiden für die Frauen in ihren Folgen auch für den Nachwuchs und damit eine Gefahr für die Nation, für ihren Bestand, für ihre Leistungsfähigkeit bedeutet. Diese Arzts, in der wir uns heute befinden, wird um so eher der Gesundheit weichen, je schneller Reformen geschaffen werden, die die körperliche, geistige und berufliche Ausbildung der Frau berückichtigen, das private und öffentliche Recht umgestalten und die schweren natürlichen Belastung der Frau durch die Mutterschaft abnehmen tragen. Der zweite Referent, der Vorsitzende der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute, Albert Kohn, zerstückte den Gesehntwurf und wies als Sachkenner hin auf die vielen Lücken und Unzulänglichkeiten dieses staatlichen Mutterschutzes. Vor allem tadelte er, daß alles, was einen wirklichen Fortschritt bedeutet hätte: die freien Hebammendienste, die ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsschwierigkeiten, das Stillgeld, die Erhöhung der Wochenhilfe über die Hälfte des Tagelohnes hinaus u. a. m. nicht Pflicht- und Regelstellung aller Klassen sei, sondern nur fakultativ, d. h. ihrem Ermessen anheimgegeben werde. Damit die Hochschwangeren nicht wie bisher bis unmittelbar vor ihrer Niederkunft arbeiteten, forderte er eine obligatorische Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung zunächst auf die Dauer von je mindestens sechs Wochen (im Entwurf 2 und 6 Wochen), freie Hebammendienste und ärztliche Hilfe bei der Geburt, Stillgeld auf die Dauer von mindestens 6 Monaten (im Entwurf 12 Wochen). Die nötigen Zuschüsse hat der Staat zu leisten. Wenn erforderlich, soll nur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim oder freie Hauspflege gewährt werden. Scharfer Protest erhob der Redner ferner gegen die reaktionären Anschauungen, die ihren Niederschlag in dem Gesehntwurf gefunden haben. Die Deklassierung großer Arbeiterschichten im § 452, der in den Landkrankenkassen während der 6 Wintermonate die Herabsetzung von Kranken- und Wöchnergeld auf ein Viertel des ortsüblichen Lohnes zuläßt, ist auf ökonomischen Einfluß zurückzuführen und erfordert ganz energische Zurückweisung.

Nach einer lebhaften Diskussion einigte man sich nach den Vorschlägen des Referats auf eine Reihe von Zusätzen zur Krankenversicherung, von denen noch hervorgehoben seien: Zahlung des Krankengeldes auch für Sonn- und Feiertage, Aufnahme des Krankenpflegersonals in den Kreis der Versicherungspflichtigen, Veranlassung der Einkommensgrenze für die Versicherungsspflicht auf mindestens 6000 M., Heranziehung des Wöchnergeldes auf die Höhe des vollen Grundlohnes, obligatorische Schwangerschaftsunterstützung bei Erwerbsunfähigkeit.

Der zweite Vortragsabende brachte zunächst einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Eduard David über Mutterschaftsversicherung und Rassenhygiene. Der Redner wies hin auf die hohe Leistung der Frau als Mutter, die als Gegenleistung von der Gesellschaft wohl verlangen könne, daß sie frei von Sorgen und Entbehrungen der Geburt eines neuen Weltbürgers entgegenstehe. In der Mutter schüben wir das Kind, im Muttergute treffen wir Fürsorge für die Zukunft des Volkes. Es gibt Rassenhygieniker, die Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge verwerfen, weil sie meinen, das Kind müsse sich selbst behaupten im Lebenskampf und Schutz der Schwachen vermindere die Auslese und stelle die Höherzüchtung der Art in Frage. Diese Auffassung beruhe auf einer oberflächlichen Uebersetzung des Begriffes der Auslese durch den Kampf ums Dasein aus der Tierwelt und dem Leben des Naturmenschen auf die komplizierten Lebens- und Erwerbsverhältnisse der Gegenwart. Nicht mit körperlichen Anlagewerten, sondern mit oft ererbten künftigen Werten wird hier gekämpft. So kann der minderwertige Mensch, der Geld und Gut besitzt, sich jederzeit im Leben durchsetzen, körperliche Säuglinge reicher Eltern bleiben bei sorgsamer Pflege am Leben, während Millionen von Säuglingen mit hohen organischen Anlagen in unnatürlichen Verhältnissen zugrunde gehen müssen, weil ihnen die goldene Nistung fehlt. Die kapitalistische Wirtschaftsweise zwingt den von ihr ausgebeuteten Frauen Lebensbedingungen auf, die schon den Embryo schädigen, die ihn

Jungern lassen im Mutterleibe. Wenn der Kampf für eine rationellen hygienische Prophylaxe heute so zähen Widerstand begegnen, so ist nicht mangelnde Aufklärung, sondern das Profitinteresse, die Furcht vor starker Belastung des Unternehmertums daran schuld. Um so mehr ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht vor allem der Frau, in diesen Kampf einzutreten, in dem es zu zeigen gilt, daß der Mensch höher steht, als kapitalistischer Gewinn. Nach Dr. David erstattete Reichstagsabgeordneter Dr. Heinz Vothhoff das Referat über Waisen- und Waisenversicherung. Vothhoff begründete seine Forderungen zur Hinterbliebenen-Versicherung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Rütter- und Kindererhaltung, die im Interesse einer vernünftigen Menschenökonomie liegt. Nach einer Diskussion fanden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zur Hinterbliebenen-Versicherung im Sinne des Referats Annahme, außerdem beantragte man Aus-

dehnung der Versicherungspflicht auf die liberalen Berufe, sowie auf das Krankenpflegepersonal, auf Hausgewerbetreibende und deren hausgewerblich Beschäftigte, ferner Waisenrente auch für die unehelichen Kinder. Im Schlußwort wies Frau Meißel-Deh darauf hin, welche tiefgreifenden und segensreichen Folgen ein staatlich anerkannter Rütterschutz in Zukunft auf die Neugestaltung der sozialen Verhältnisse, des Familienlebens, wie auch der geistigen Entwicklung der Frau haben müsse.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (Z. S. 71.) Dienstag, den 6. Dezember, abends 9 Uhr, im Restaurant Jüdenstr. 19/19: Sitzung.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Leipzig	763	SW	0	3	Dresden	759	SW	0	3
Berlin	761	SW	0	3	Hamburg	764	SW	0	3
München	759	SW	0	3	Frankfurt	762	SW	0	3
Stuttgart	762	SW	0	3	Köln	760	SW	0	3

Wetterprognose für Dienstag, den 6. Dezember 1910.
Schnee gelinder bei veränderlicher Bewölkung und sehr leichten südlichen Winden; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Ein unerhörtes Experiment ist nur

defekt zu werden! Wegen solch außergewöhnlicher Elastizität, sehr langer Brenndauer bei gleichmäßigem Gasverbrauch und wegen seines ruhigen, brillierenden Lichtes ist der Bruno-Glühtrumpf der Liebste jeder Familie geworden! Die sehr preiswerten Bruno-Glühtrümpfe sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich! Auch weist die Bruno-Glühkörper-Verk.-Gesellsch. Berlin, Bülowstr. 19, Verkaufsstellen bereitwillig nach!

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 6. Dezember, Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Freischütz.
Königl. Schauspielhaus. Die Nadelstickerin.
Deutsches Hoftheater. Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Der verwundete Vogel.
Schauspielhaus. Der neue Schachspielhand.
Komische Oper. Die Bohème.
Welter. Das Puppenmädchen.
Kleines. Verflucht Frauenzimmer.
Berliner. Laila.
Neues. Der G. m. h. Tenor.
Trianon. Der heilige Galm.
Residenz. Der Unterpräfekt.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller u. Schiller-Ideler. Die Fee Caprice.
Schauspielhaus. Der Bund der Jugend.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die verfluchte Venus.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Ruffen. Registrator auf Reisen.
Wieder. Der Doppelhahn.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Volksoper. Die Dollarprinzessin.
Kaiserjäger. Der Kaiserjäger.
Volles Caprice. Der Feldherrnhügel.
Metropol. Hurra! — Wir leben noch!
Kassio. Julie Bippchen.
Apollon. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Reichshallen. Kleiner Sönger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Da capo!
Sanssouci. So wird's gemacht.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenthräne.
Metropol. Hurra!
Sternwarte. Invalidentheater.

Urania.
Wissenschaftliches Theater. Taubenthräne.
Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal 8 Uhr: Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.
Kaiser-Panorama. Wanderung durch die Eifel.
Abends 8 Uhr: Letzte Woche Tirol, Karwendel und Wettersteingebirge. Eine Reise 30 Pf. Kind nur 10 Pf. Abdomm. 1 M. Tanz. Abdomm.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.
Berliner Volksoper. Sells-Allianzstraße 7/8. — 1/2 9 Uhr: Die Dollarprinzessin.
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.
ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Der Kaiserjäger.
Metropol-Theater. Große Ausstellungskasse in 7 Bildern v. A. Freund. Ruff v. S. Händler. In Szene gesetzt von Dr. A. Schulz. Anfang 8 Uhr — Rauchen gestattet.
Wir leben noch!
Große Ausstellungskasse in 7 Bildern v. A. Freund. Ruff v. S. Händler. In Szene gesetzt von Dr. A. Schulz. Anfang 8 Uhr — Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Ideler). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice.
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal. Ende 10 1/2 Uhr.
Rittwoch, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.
Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend.
Lustspiel in 5 Akten v. Herrl. Wien. Deutsch v. S. Lange. Ende 10 Uhr.
Rittwoch, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartuff.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Dummkopf.

LICHT-SPIELE
 Heute Beginn 6 Uhr
Mozart-Saal.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91
 Eintritt 50 Pf.
!!! Heute !!!
Populäres Konzert.
 Dirigent: Kapellmeister C. Zimmer.

Excelsior Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152.
 Heute neues Programm. u. a.:
Semiramis, ein großes Drama aus der babylonischen Geschichte.
Max und Müller, die beliebtesten Humoristen in ihren neuesten Szenen: Max hat neue Stoffe an, Müller wird das Opfer seiner Reditlichkeit. — Als Einlage:
Der Brand der Benzintanks in Rummelsburg.

Sport-Palast
 Potsdamer Straße 70-72a
Größter Eispalast der Welt
 Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Faerie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künstler
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen
Restaurant für 6000 Personen
 Entree 1 Mark
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung

Eisbahn
 20 000 qm groß, im kgl. alten Botanischen Garten, an der Potsdamer u. d. Grünwaldstraße, Eingang nur Ecke Grünwaldstraße.
Taglich Militär-Konzert.
Große Rutschbahn.
Restaurant und Café.
 Tel. VI 19873. Eintritt 50 Pf.
 Sportplatz Botanischer Garten. **Gustav Meyer.**

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der heilige Galm.
Casino-Theater
 Potsdamer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
 Das Original Berliner Volkstheater
Julie Bippchen.
 Ueberlimer Humor!
 Ueberlimer Leben!
 Am Galle der ehem. Wollner-Bühne.
 Vorher erstklassiger bunter Teil.
 Somit 8 1/2 Uhr: Der Hochmutsteufel.

Zipkus A. Schumann.
 Dienstag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
 Reut! Reut!
Selbist Truppe, 5 Pers., als Radfahrer u. Kollisführer.
 Reut! Maud Elton mit ihrer Fundamente.
Der Kreisel-Globus
 neueste Aktion des Direktor Albert Schumann
 (sowie die übrigen Attraktionen.
 9 1/2 Uhr:
Der große Coup
 der **Schmuggler.**
 Romantische Pantomime in 4 Akte.

WINTERGARTEN
 Neues Programm!
Liane d'Eve
 Excentrique française
 Winstone dressierte Seelöwen an Pforde.
 Gebrüder Wille, Equilibro acrobats.
 Cornalia & Edda, amer. Excentrics.
 Kaufmanns lady cycle troupe.
 Marimba Band, musik. Quartett.
 Floretta Grigolais Luftballon.
 Schang-High Truppe, chin. Gaukler.
 G. Richards, Excentric-Tänzer.
 Olympia Duvall, Sportakt.
 The Galsgirls, engl. Tanzensemble.
 Biograph.

Rollschuhbahn
 Kurfürstendamm 151
 Täglich geöffnet
 11—1 Vorm., 3.30—12 Nachm.
 Konzert 3.30—12 Nachm.
 Sonntag geöffnet
 11—2 Vorm., 8.30—12 Nachm.
 Konzert 12—2 und 3.30—12

Theater Sanssouci
 Hochhausstation Köstlicher Tur.
 8 1/2 Uhr: Spezialitäten und
Im blauen Licht.
 9 1/2 Uhr:
So wird's gemacht!
 Ueberlimer v. W. Gericks.

Königstadt-Kasino.
 Potsdamerstr. 12, Ecke Alexanderstraße.
 Täglich: **Franz Schnitzel.**
 Reut! Geschw. Gau. Max Wernier.
 Albert Nicolaus, Geschw. Sandor-
 mann. Mstr. Maximilian, musikal.
 Glom. Molly Verah u. a.
Unter der blühenden Linde
 Biograph-Vorstellungen.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater.
 Rosenthaler Tor, Weinbergstr. 20
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Dezember-Allerheiligstes!
Bravo! — Da Capo!
 Eine Allerneueste-Neue in 5 Akte
 In Szene gesetzt v. Dir. A. Klein-
 verth. m. neuen Couplets, Quin-
 lagen u. Emulationen u. a.

Zirkus Busch.
 Dienstag, 6. Dez. ab. 7 1/2 Uhr:
 Große Gala-Wohlthätigkeitsvorst.
 zum Besten des XII. Kreiskom-
 missariats Nationaldanks für
 Veteranen.
The 14 Fezzans
 Mr. Abbas Ben Abdullahs Araber-
 Truppe. Gebrüder Namel,
 komisch. Radfahrkünstl. Gastsp.
 d. Herrn Direktor Pierre Althoff u.
 Frau Direktor Adele Althoff mit
 ihren wundervollen Freiheits-
 dressuren.
 9 1/2 Uhr um 88. Maler
„VENEZIA“.
 Vorher das gr. Gala-Programm.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonnabend, den 10. Dezember,
 nachmittags 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung:
Max u. Moritz
 Nach der Vorstellung:
Gr. Gratisverlosung.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Norman French.
 Und das
 große Dezember-Programm!!

Folies Caprice.
Komiker Schnitzel
 Solo-Tell!
Der Dorimusikant.
 Morgen und folgende Tage:
Der Feldherrnhügel

Burgtheater.
 Festsäle und Kinetograph
 vom. Grotorjan. Inhab.: Rud. Merz,
 Schützenstr. 140, Tel. 3. 9333.
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
 nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wech. Programm.

Voigt-Theater
 Schuldenstr. 58.
 Gastspiel in Fußmännch Theater,
 Schützenstr. 148.
 Dienstag, den 6. Dezember 1910:
Hans Sachs.
 Schauspiel in 4 Aufzügen v. Johann
 Ludwig Dindorflein.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Bosporus am Moritzplatz.
 Das Weltbild - Konsum - System war
 das Richtige.
 Entree frei. Sie lösen nur ein Pro-
 gramm für 20 Pf. pro Person, damit
 haben Sie ein Glas Weinchen oder
 Willener Bier bezahlt.
 8 Uhr: Das vollständigste neue Varietè-
 Programm.
 Von 11—1 Uhr: Künstler-Konzert.
 Dir. Rob. Krüger.

Karl Haverland-
 Anfang Theater Kommandanten-
 präz. 7 1/2 u. Theater. Große 77/79.
 Die wunderbaren neuen
Dezember-Spezialitäten.
Nante Pohlmann, der urkomische
 Schale.
 Aber den Jubel der Intimate
 aber nicht die Redaktion dem
 Publikum gegenüber feierlich
 Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

3. Berliner Reichstagswahlkreis

Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Volk-Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Unsere politische Lage“. Referent: Reichstagsabgeordneter **Leber-Frau.**

Su recht zahlreichem Besuch ladet ein
218/16*

Der Einberufer:
August Pohl, Raunynstraße 30.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/18 (1. Etage, großer Saal):

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Reichstags-Abgeordneter Genosse **Frohme** referiert über das Thema: „Die Arbeiterbewegung eine Kulturmacht“.

Volizähliges Erscheinen der Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den „Residenz-Sälen“, Landdörger Str. 31:

99 Sorten alkoholfr. Getränke

Trauben- und Obstweine (Moste), Fruchtsäfte, wohlfeile Erfrischungsgetränke, Bier, Limonaden-Extrakte etc. — Ausführliche erklärende Preisliste bitte zu verlangen. — **D. Mader**, Berlin S., Prinzenstraße 37, Versandgeschäft hygienischer Nahrungs- und Genussmittel. Zusendung in Berlin und nächsten Vororten frei Haus.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Ergebnisse der im 1. Quartal veranstalteten Vorkonferenz. Referent: Kollege **Hermann**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht der Obmänner. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirks-vertrauensmänner-Versammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Südwesten in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
- Süden bei Giesing, Wolfertstr. 68.
- Südosten I u. II in den Rannyn-Sälen, Raunynstr. 6.
- Osten I bei Klinge, Langestr. 53.
- Osten II bei Wolter, Frankfurter Allee 106.
- Osten III bei Bergmann, Vogelhagen Straße 26.
- Oestliche Vororte bei W. Schulz, Lichtanberg, Kronprinzengasse 37, Ecke Scharenwebe Straße.
- Nordosten bei Voeter, Weberstr. 17.
- Jede Einzelwerkerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
- Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Oligio, Schwedter Straße 23.
- Wedding und Moabit bei Kaczorowski, Ravenstr. 6.
- Weißensee im Prälaten, Ledberstr. 122.

Bautischler.

- Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Großhoff, Reinitzstraße 18c.
- Bezirk 2: Osten bei Bies, Warschauer Straße 61.
- Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesing, Ropenhagen Straße 74.
- Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Giesing, Lindener Straße 26.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

- Osten bei Voeter, Weberstr. 17.
- Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
- Bezirk Norden bei Kramer, Dultstr. 40.

Küchenmöbelbranche bei Drenth, Holzmarktstr. 8.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 73.
- Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 128.

Klavierarbeiter pünktlich um 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Eing. B part., Arbeitslosenraum.

Maschinenarbeiter im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 7.

Die in Tischlereien beschäftigten Maschinenarbeiter, sowie die Werkstätten in Werkstätten müssen ebenfalls vertreten sein.

Stellmacher bei Frau „Kosenthaler Verleinshaus“, Kosenthaler Straße 67.

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 2.

Jalousiearbeiter bei Walter, Adalberstr. 62.

Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 3.

Kisten- u. Koffermacher bei Wandach, Dresdener Straße 28.

Korbmacher bei Böhm, Koppentstr. 47.

Bürstenmacher bei Drenth, Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei Drenth, Holzmarktstr. 65.

Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomaß, Weichselstr. 5.

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Katteroth, Ritterstr. 62.

Stockerarbeiter um 6 Uhr bei Lehmann, Neue Friedenstr. 1.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Mittwoch den 7. Dezember 1910, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen Groß-Berlins und der Vororte:

Außerordentl. Bezirks-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Die vom 1. Januar an geltenden Bestimmungen des Status sowie die besonderen Einrichtungen der Putzersektion.

Um pünktliches Erscheinen ersuchen

Der Sektionsvorstand und die Obleute.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 7. Dezember 1910, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten von der Gaukonferenz. 2. Wahl des Sektionsvorsitzenden. 3. Geschäftliche Mitteilungen. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Pianos-Gelegenheits-

käufe in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmayer, Biese etc. Garantie. — **Pianohaus Krause**, Berlin W., Ansbacher Str. 1.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Fris Hoppe's Sälen, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

1. Aenderung der Bureauaufhänge.

2. Verbandsangelegenheiten.

94/10

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1039. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1037.

Wachtung! Bauaufschlagger! Wachtung!

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Buchholz über: „Genossenschaftswesen und Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Rixdorf. Einladung

zu der am Montag, den 12. Dezember, in Hoppe's Sälen, Hermannstr. 49, stattfindenden außerordentlichen

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abends 8-9 1/2 Uhr (nur für Arbeitnehmer-Delegierte): Wahl eines Vorstandsmittgliedes aus den Reihen der Kasse-mitglieder an Stelle des Herrn **Gruener** bis zum 31. Dezember 1911 (Ergebnis!).

2. Abends 9 Uhr (im großen Saal): **Gemeinschaftliche Sitzung** der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Delegierten mit Vortrag des Herrn **Dr. Ludwig Meyer** über: „Betriebsunfälle und erste Hilfeleistung“.

Rixdorf, den 2. Dezember 1910. Abschlusssache 12.

Der Kassenvorstand.

Neumaier, Volt. Walther, Schriftführer.

Die den Delegierten ausgehende Einladung dient als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste vorzuzeigen.

Wohnungsveränderungen sind der Kasse sofort mitzutellen.

297/11

Monats-Garderobe!

Die kalten Winter-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Ausdanzüge, sowie von Kapellern getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passen, in größter Auswahl zu unbestritten billigen Preisen.

1 Treppe, bestab billigster wie im Laden. 188/12*

Hirsch Kiefferbaum, Wasserortstr. 12/13 1 (früher Weinstr. 33).

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden. Auch Einzelverkauf enorm billig!



Robert Baumgarten

Hausvogelplatz II, I. Etg. schrägüber Untergrund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Samstag bis 8 Uhr geöffnet.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten, 6612

10-2, 5-7, Sonntag 10-12.



5 Proz. Rabatt
bei Vorzug dieses Inserats

Für Damen
Aus meinem
Engros-Lager.

Einzel-Verkauf
nur v. 12-8 Uhr

Diese enorm
billigen Preise
haben bis Sonntag
den 11. Dezember
Gültigkeit!

**Schwarze Jacketts u.
Frauen-Mäntel** aus
prima
Kakimo u. Astrachan
Stoffen, Ladenwert
bis 40 M., jetzt
bei mir

18⁰⁰ 18⁰⁰ und 25⁰⁰ M.

Eleg. blaue Kammgarn-Kostüme
Ladenwert bis 50 M.,
jetzt bei mir 17⁵⁰ u. 25⁰⁰ M.

Engl. Paletots aus
blauen und
engl. Stoffen,
Ladenwert bis 30 M., jetzt
bei mir 12⁵⁰ und 17⁵⁰ M.

Kinder-Paletots aus
prima Eskimo in allen Farben
und Längen enorm billig.

Kein Laden.

Sonntag bis 8 Uhr ab. geöffnet.
Fahrtgeld ersatz.

H. Heymann
partorre, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).

Fahrtgelegenheit: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22,
31, 40, 70, 73, 79.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bänder, Leihbinden, Ge-
radehalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Ord- und Hilfs-Beschäftigten.

Berlin N.,
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
kanten, angenehm u. weich am Körper.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. vorzeitig zweifelhaft
Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sofort; beagl. Darm- (bes. mit Go-
norrhoe-Fäden) u. Spermium-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Kronen- und
Koblenstraße, I. 8724. Bef. Rüdiger
blättr. u. teilt. Gedruckt von 8-8
Sonntag von 12-1.

Restaurant
20 Jahre bestehend, mit Einrichtung,
wegen Krankheit sofort billig zu ver-
mieten. Wäckerl, Feuerbrunnstraße 9
im Restaurant oder beim Hauswirt.

21 **Geüffnet 1884** **21**

**Pelz-
waren.**

Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königsstr. 21
(Ordnungsnummer)
Kein Laden!
II. Etage.

Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen

**Pelz-Stolas
Muffen
Eislaufbaretts.**

Reparaturen sauber und billig.
Sonntags geöffnet.
Kein Katalog.

21

**Rheumatismus, Körperschmerzen,
Micht, Güstweh (Rachis), Nervenschmerzen,
Degenstuh, Geschwulst zc.**

sind oft unerträglich. Deshalb
gebrauche man sofort **Electricum** (Weiß Nistennabel-
Waldmoos),
ein natürliches u. daher sicheres Mittel, u. nachweislich wahren
Erfolgsberichte von starker, durchgreifender, wohltuend
schmerzstillender Wirkung. „Electricum“ wirkt wie
elektrifizierend auf den Körper und nicht wie spirituelle
Einreibungen nur momentan u. oberflächlich, sondern vielfach
nachhaltig und gründlich! **Bl. R. 1.- und 2.-**. Die Wirkung wird
noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von **Reichels Wachholder-
Extrakt**. **Bl. 75 Bl. R. 1.50. 2.50.** Erhältlich in den
meisten Drogerien, wo nicht, zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Amt IV,
4731, 4762, 4753.
Man nehme nur die echten Originalfüllungen und achte scharf auf
die Marke „Medico“, um unwillkürlichen Nachahmungen zu entgegen.

Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus
Inhaber
Carl Barthel Joachim Hochmuth
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.
In neuen, modern eingerichteten Räumen.
Separate Abteilungen für
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und
Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte
Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche
Gardinen, Tischdecken usw.

Alles auf bequeme Ratenzahlungen bei billigsten Preisen.

Amt VII 7589.

Knaben-Hofen

Dauer bis 10. Dezember
Ausnahmepreise für Tausende von Knaben-Sachen
Günstige Kaufgelegenheit für Bescherungen

soweit Vorräte reichen:

Blaue Pyjacks Aermel mit Abzeichen. Warm gefüttert. Für 3-8 Jahre, durchweg **4.25 M.**

Manchester-Anzüge Viele moderne Farben. Sehr billig. Für 3-8 Jahre, durchweg **3.60 M.**

Blaue Cheviot-Anzüge Für 3-8 Jahre **2.90 M.**

Blaue Kammgarn-Anzüge Für 3-8 Jahre . . . **6.60 M.**

Norfolk-Anzüge Für 3-8 Jahre **6.60 M.**

Knaben-Stoff-Hosen Für 3-8 Jahre . . . **1.50 und 60 Pf.**

Schüler-Stoff-Hosen Für 9-14 Jahre **2.00 M.**

Gute Manchester-Hosen Für 3-8 Jahre . . . **2.35 M.**

Loden-Joppen Warm gefüttert. Für 3-8 Jahre . . **3.50 M.**

Loden-Joppen Warm gefüttert. Für 9-14 Jahre . **4.50 M.**

Knaben-Ulster u. -Paletots zu herabgesetzten Preisen.

Loden-Pelerinen Für Knaben u. Mädchen. Große Mengen, billig

Knaben-Mützen Englische und Matrosen-Formen . . **60 Pf.**

Nächsten Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.

Baer-Sohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Pelz-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Aromatisch Kräftig Ergiebig **Bären-Kaffee** **Aromatisch Kräftig Ergiebig**

überall käuflich.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

Achtung! 501*

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Gastschmeisern

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}-1 Uhr mittags.

Requieren vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal grün u. muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimationen ist unzulässig und ist sofort anzufahren.

Zum Ausschneiden

**Dr. Rud. Weil's Nährsalz-
Bananen-Kakao**

zeichnet sich hervorragend aus durch höchsten Nährwert und Wohlgeschmack. Besonders empfohlen bei schwacher Verdauung, Blutarbeit, allen Schwächezuständen, Nervosität und für Kinder. Ferner bei Nierenleiden und Tuberkulose. Paket = 1/2 Pfund 1 Mk., 5 Pakete 4,75 Mk. Erklärende Druckschrift bitte zu verlangen.

Generaldepot: D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Versandgeschäft gesundheitlicher Nahrungs- und Genussmittel.
Ausführliche Preisliste bitte zu verlangen.
In Berlin und nächsten Vororten sende frei Haus.

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen. In allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle **Pracht-Säle Alt-Berlin**

C. 54, Sophienstr. 17-18 **Blumenstr. 10**
Tel. III 2783 **Tel. VII 3095**

Inhaber: **Paul Baatz.**

Aufarbeitung von Betten und Bettfedern.

Bettfedern- Fabrik mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S, Prinzenstrasse 46 u. 47

Weihnachts- Preise

nur gegen Vorzeigung dieses Inserats

Halbwollene Schlafdecken 3⁶⁵
mit Streifenbordüre M.

Wollene Jacquard-Decken 6⁵⁰
in modernen Mustern M.

Kamelhaardecken 9⁰⁰
140x190 cm M.

Oberbetten 130x200 cm, echt tür-
kisch rotos und dichtes
Inlett, mit Monopoldauen gefüllt . . . M. **17⁰⁰**

Daunensieppdecken von tür-
kisch
gemustertem, daunendichtem Stoff, mit
federfreien Daunen, in div. Mustern ab-
gesteppt, 160x210 cm. Ausnahmepreis M. **24⁰⁰**

Kinderbettstelle
mit doppeltem
Spiralboden, ver-
stellbarer Kopf-
erhöhung u. Rollen,
weiss lackiert

140x70 cm

10⁵⁰
M.

**Kinder-
bettstelle**
mit 24 mm-Pfosten,
Köpfe und
Fussbünde von
Messing, doppelt
Spiralboden
und ein abklapp-
bares Seitenteil
140x70 cm

16⁵⁰
M

mit 2 abklappbaren
Seitenteilen
1,50 Mark mehr.

Kinderbettstelle
mit doppeltem Spiral-
boden, verstellbarer
Kopferhöhung, Rollen
und einem abklapp-
baren Seitenteil, weiss
lackiert. 140x70 cm

17⁵⁰
M.

mit 2 abklappbaren
Seitenteilen
M. 2,00 mehr.

Metall-Bettstelle
m. Zugfeder-
matratze,
33 mm starken
Pfosten,
weiss oder schwarz
lackiert,
195x90 cm

25⁰⁰
M.

**Rochelegante
Messing-
bettstelle**
mit Zugfeder-
matratze in
Holzrahmen

195x90 cm

52⁰⁰
M.

200x100 cm
55⁰⁰
M.

Partei - Angelegenheiten.

I. Wahlkreis. Öffentliche politische Versammlung am Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Tiergartenhof. Referent Wilh. Dümmel.

Die Charlottenburger Genossen sowie die Genossen vom sechsten Kreis sind hierzu eingeladen.

Dritter Wahlkreis. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Volksversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Leder-Yena über: „Unsere politische Lage“.

Wilmerdorf-Dalensee. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, spricht Genossin Alara Wehl in einer im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Volksversammlung, zu der besonders die Frauen eingeladen sind, über „Mißbrauche Kinderkraft“.

Schmargendorf. Mittwochabend 7 Uhr: Handzettelverbreitung von Böcher, Spandauer Straße, aus.

Niederlehndorfen-Nordend. Am Donnerstag, 8. Dezember, von abends 7 Uhr ab, findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelmstraße: Wahlvereinsversammlung (Verständigen, die politische Lage, Verschiedenes). Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mit dem Zwangsverband für Groß-Berlin scheint es die Regierung recht eilig zu haben. Es wird berichtet, daß der Gesetzentwurf bereits fertig vorliegt und nach Annahme durch den preussischen Landtag am 1. April 1911 in Kraft treten soll. Im Ministerium des Innern hat eine Konferenz stattgefunden, an der die Vertreter der in Frage kommenden Gemeinden von Groß-Berlin teilgenommen haben, um gutachtlich gehört zu werden. Nach dem Entwurf ist für die Stadt Berlin die wichtigste Bestimmung die, daß Berlin in der Gesamtvertretung des Verbandes mit der Stimme des Oberbürgermeisters 34 Stimmen haben soll, in wichtigen Fragen soll eine Zweidrittelmehrheit nötig sein. Diese Bestimmung kann leicht dazu führen, daß Berlin zu verhältnismäßig hohen Leistungen verpflichtet werden kann. Ueber die Konferenz berichtet die „Vossische Zeitung“ folgendes:

Zum Zwangsverband Groß-Berlin erfahren wir weiter von unterrichteter Seite, daß an den Verhandlungen im Ministerium beteiligt sind neben dem Minister Dölling namentlich der Geheim-Ober-Regierungsrat Dr. Freund, der Dezentrat für das Kommunalwesen, ferner Räte aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten für die Verkehrsangelegenheiten, der Regierungspräsident v. d. Schulenburg-Potsdam, die Landräte der benachbarten Kreise v. Schenck und Graf v. Roeder, die Oberbürgermeister Richter, Schuchter, Kasper, Habermann, Bürgermeister Plankenstein-Schöneberg, Stadtverordneten-Vorsitzer Kiedel, Stadtverordneten-Vorsitzer-Stellvertreter Geheimer Justizrat Cassel, Stadtrat Fischel, Stadtverordneter Geheimer Raurat Kollmann, ferner Stadtverordneter-Vorsitzer Kaufmann und Stadtbaurat Archibald aus Charlottenburg u. a. Auch der Oberbürgermeister von Spandau ist zu den Verhandlungen zugezogen worden, da die Frage beruht, ob Spandau in den Verband Groß-Berlin einbezogen werden soll. Wie wir schon mitgeteilt haben, ist es nicht etwa Aufgabe der Konferenz, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, vielmehr liegt ihr ein vom Ministerium des Innern ausgearbeiteter Gesetzentwurf zur Begutachtung vor. Ein Unter Ausschuh hat sich der Vorbereitung unterzogen und seine Arbeiten bereits abgeschlossen, so daß die Verhandlungen sehr im Plenum wieder aufgenommen werden. Dem Unter Ausschuh haben angedröh die Herren Richter, Kasper, Cassel, Schuchter, die Landräte u. a. Abstimmungen haben nicht stattgefunden. Es wurde nur im Einzelnen die allgemeine Uebereinstimmung der Ansichten festgestellt oder besonderen Wünschen Ausdruck gegeben. Auf Grund der Konferenzverhandlungen soll der endgültige Entwurf abgefaßt und unverzüglich an den Landtag gebracht werden. Das Gesetz soll bereits am 1. April 1911 in Kraft treten.

Ergebnisse der Volkszählung in Groß-Berlin.

Die Zusammenstellung der Volkszählungsergebnisse ist in vollem Gange: in den statistischen Kreisen ist man eifrig damit beschäftigt, aus dem gesammelten Material vorläufig die Gesamtzahl der am 1. Dezember ortsanwesenden Bevölkerung festzustellen. Heute liegen die ersten Ergebnisse der Volkszählung von mehreren Groß-Berliner Gemeinden vor. In einigen Gemeinden fehlen nur noch wenige Bezirke, deren Bevölkerungsziffern aber den Statistiken aus der vor wenigen Wochen erfolgten Aufnahme durch die Meldeämter bekannt sind. Die Unterschiede dürften gering sein. Im Berliner statistischen Amt, in dem die Bevölkerungszahl der Reichshauptstadt festgestellt wird, sind mehrere hundert Personen mit dem Zählen beschäftigt. Infolge des außerordentlich großen Materials wird die Endziffer erst in drei bis vier Tagen festzustellen sein. Die ortsanwesende Bevölkerung in nachstehenden Groß-Berliner Gemeinden stellt sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: City Name, 1. Dezember 1910, 1. Dezember 1905. Rows include Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf, Hixdorf, Lichtenberg, Potsdam.

Groß-Lichterfelde 44 500, Friedenau 87 400, Steglitz 84 800, Zehlendorf 17 197, Weißenhof 44 000, Köpenick 88 000, Nikolassee 1000, Grunewald 5950, Britz 11 000.

Eröffnung der Eisbahnen. Die von allen Freunden des Schlittschuhspportes lang ersehnte Kälte hat sich endlich eingestellt und am Sonntag wurden die zahlreichen Eisbahnen in und um Berlin eröffnet. Namentlich in den westlichen Vororten, in Charlottenburg, Wilmerdorf, Friedenau und Steglitz haben sich in diesem Jahre zahlreiche neue Bahnen aufgetan, die an ihrem Eröffnungstage so überfüllt waren, daß „kein Apfel zur Erde konnte“. Hoffentlich bleibt das Wetter auch weiterhin günstig, damit der Berliner Jugend das schöne Vergnügen nicht allzubald zu Wasser wird.

Die „Deutsche Warte“, das Leitorgan des sächsischen Regierungsrat A. D. v. Studny, ist durch Kauf in den Besitz der Deutschen Beamten-Verlagsgenossenschaft m. b. H. übergegangen und wird von dieser bereits Anfang Januar 1911 übernommen. In demselben Verlage erscheinen u. a. auch die „Deutschen Nachrichten“. Chefredakteur wird der langjährige „Warte“-Kolalredakteur Herr Hermann Thiele. Sämtlichen Angehörigen der „Deutschen Warte“ ist gekündigt worden. Nur wenige werden mitübernommen. Nun können sie wenigstens ungeniert heiraten, denn bei Herrn v. Studny war die Erlaubnis zur Gründung eines eigenen Hausstandes von entsprechend hohem Gehalt abhängig gemacht. Und die „Warte“ war berichtigt dadurch, daß sie außer-

ordentlich niedrige Gehälter zahlte. Eine Aenderung der „Warte“-Tendenz, die eigentlich gar keine war, ist angeblich vorläufig nicht beabsichtigt. Das Blattchen wird aber wohl bald noch mehr als bisher im stramm nationalen Fahrwasser mitschwimmen.

Mit Polacken fährt er nicht. Ein Sonnabendabendzug der Anhalter Bahn nach Jüterbog. Wagen an Wagen mit der neuen weisglasierten Tafel 4. vorne ein Durchgangswagen 8. Klasse für das „bessere“ Publikum. Die Wagen 4. Klasse mit Arbeitsvoll überfüllt. Aber auch die Abteile 8. Klasse sind stark besetzt. Nur ein Abteil ist fast leer geblieben, darin sitzt ein stiller Herr in Jagdkostüm, der jeden, der an die Türe kommt, mit mißtrauisch-feindlichen Blicken den Weg förmlich verbarricadiert. Jeder der Vorbeigehenden fühlt instinktiv, daß hier keine angenehme Gesellschaft ist und sucht, ohne weiter nachzudenken, unwillkürlich ein anderes Abteil. — An der ersten Haltestelle, Groß-Lichterfelde-Ost, gibt es plötzlich Krach. Türen werden geschlagen und eine schnarrende Stimme kämpft gegen drei andere, die in Berliner Mundart lebhaft gegen irgend etwas Beschwerde erheben. Die Passagiere stürzen in den Gang; der Schaffner ist auch schon da. Drei Rauter im Arbeitskleid weisen ihm ihre Monatskarten 8. Klasse und zeigen auf den Herrn im Jagdkostüm, der prüfend und vor Aufregung schweißend in der Türe steht: „Die Tür hat er uns zugehalten und geschrien: Mit Polacken fahre ich nicht! Bloß weil wir Arbeiter sind! Wenn er nicht mit Arbeitern fahren will, soll er doch erste Klasse nehmen!“ Allgemein nimmt man für die drei Proletarier Partei, die den täglichen Bahngästen des Zuges wohlbekannt und als anständige Leute gut gelitten sind. Leise und höflich macht der Schaffner den Herrn darauf aufmerksam, daß er sich im Unrecht befinde, und während mit der Reisetasche schlendernd zieht der Hochehle ab. Die Arbeiter marschieren als Sieger ein, und alles begibt sich wieder beruhigt auf die Plätze. Aber noch lange hört man von drüben her lebhafte Stimmen: „Bloß weil wir Arbeiter sind! Weil wir Arbeitskleider tragen? Am Sonntag ziehen wir uns auch kein an. Aber wir haben ja nicht alle Tage Sonntag.“ O, du mein Preußen!

Zu den Margarinevergiftungen in der Vohlgangenerstraße, über die wir in der Sonntagsnummer unter „Lebte Nachrichten“ berichteten, wird uns mitgeteilt, daß die Erkrankungen leichter Natur sind und keine weiteren Folgen nach sich gezogen haben. Die Erkrankten sind alle wieder genesen. Aus Spandau werden gleichfalls Erkrankungen infolge Genusses von Margarine gemeldet, dort erkrankte eine Familie in der Lindenbachstraße; eine Gefahr besteht auch hier glücklicherweise nicht.

Som Prügelrecht der Schule.

Zunmer wieder müssen wir in Erinnerung bringen, daß den Lehrern und Lehrerinnen der Gemeindeschulen Berlins vor einigen Jahren von der Schuldeputation ein Verbot über die Gefährdung des Prügelns erlassen worden ist. Denn immer wieder gelangt zu unserer Kenntnis, daß in den Gemeindeschulen Lehrer und Lehrerinnen die sehr beherzigenswerten Mahnungen und Warnungen jenes Verbotes außer acht lassen. Das Verbot sagt bezüglich der Schulen für Mädchen, daß man hier am besten überhaupt nicht Prügeln solle. Aber das hat nicht gehindert, daß auch in Mädchen-Gemeindeschulen nach wie vor von Pädagogen beiderlei Geschlechts Ohrfeigen und Stockschläge ausgeübt werden.

Zwei sehr beachtenswerte Proben dieser Erziehungsmethode, die einer und derselben Lehrerin aufs Konto zu setzen sind, werden uns aus der 294. Mädchen-Gemeindeschule (Röhrenstraße) bekannt. In Klasse IVM hat in der vorigen Woche eine Lehrerin Wlogau den Stod gegen zwei Mädchen gebraucht, die im Deutschunterricht etwas nicht recht gemacht hatten. Das Fräulein Wlogau gab beiden Mädchen Stockhiebe auf die Hand, beide Mädchen bekamen aber im Verlauf dieser Abstrafungen auch am Kopf den Stod zu spüren. Der Stod traf das eine Mädchen in der Gegend des Ohres, das andere an der Wade unterhalb des Auges. Bei diesem zweiten Mädchen blieb nicht nur die Schwellung der Hand, sondern auch die Spur im Gesicht noch längere Zeit so deutlich sichtbar, daß sie zu Hause von Angehörigen einwandfrei festgestellt werden konnte. Fremde Personen, die von diesen Vorkommnissen erfuhren, sorgten dann dafür, daß auch wir Kenntnis erhielten. Wir hören, daß der eine Fall bereits von der Mutter des geprägerten Kindes dem Rektor gemeldet worden ist. Dieser hat hiernach die Pflicht, an die vorgeordnete Behörde zu berichten.

Es wird manche unserer Leser und Leserinnen interessieren, zu erfahren, was denn eine Schulbehörde tun zu sollen glaubt, wenn ein Schulkind von einem Lehrer oder einer Lehrerin einen Stockhieb an den Kopf erhalten hat. Wenn die Schulbehörde zu der Meinung gelangt, daß der Stockhieb absichtlich gegen den Kopf geführt wurde, so müßte sie wohl Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten, aber selbstverständlich können auch die Eltern selber schon die Staatsanwaltschaft anrufen. Nimmt dagegen die Schulbehörde an, daß nur ein Versehen vorliegt, so braucht sie gar nichts zu tun. Etwa wegen fahrlässiger Körperverletzung Anzeige zu erstatten, ist nicht Sache der Schulbehörde, sondern der Eltern. In der Angelegenheit der Lehrerin Wlogau wird wahrscheinlich die vorgeordnete Behörde keinen Anlaß sehen, gegen sie einzuschreiten. Die Schuldeputation unserer Stadt braucht es nicht mal für nötig zu halten, ihr wegen Fahrlässigkeit im Gebrauch des Stodes für die Zukunft den völligen Verzicht auf den Stod anzuraten.

Eine Nebenbemerkung möchten wir hier noch anfügen, zur Beachtung für alle, die es angeht. Die Schuldeputation würde eine Mutter oder einen Vater, die fahrlässigerweise ihre Meinung über einen prügelnden Pädagogen in allzu kräftigen Worten äußerten, ohne Gnade zur Bestrafung anzeigen. Und es ist leicht möglich, daß vor Gericht solche unvorsichtig darauflos redende Eltern härter angefaßt würden als ein unvorsichtig darauflos hauender Pädagoge.

Eine Tragödie auf dem Tempelhofer Felde beschäftigt die Kriminalpolizei Berlins und der Vororte. Als Sonntag, morgens um 9 Uhr, ein Soldat vom Augusta-Regiment über das Feld ging, sah er in der Nähe der einsamen Pappel eine Frau mit einem kleinen Kinde gehen. Nach kurzer Zeit brach die Frau zusammen und das Kind hing jämmerlich an zu schreien. Als er hinzukam, lag die Frau schon in den letzten Zügen, während das Kind noch bei Besinnung war. Die Tempelhofer Polizei, die der Soldat benachrichtigte, holte alsbald beide ab, die Frau starb aber schon, bevor sie noch in das Krankenhaus gebracht werden konnte. Sie hatte sich mit Bfzol vergiftet. Auch dem Kinde, einem etwa zwei Jahre alten Mädchen, holte sie von der ähnden Flüssigkeit gegeben. Der schlechte Geschmack mochte es aber wohl veranlaßt haben, nur wenig zu trinken, während sie selbst einen großen Schluck genommen hatte. Das Mädchen hat zwar auch erhebliche Wunden erlitten, doch hoffen die Ärzte des Kreiskrankenhauses in Britz, in dem es liegt, es am Leben zu erhalten.

Die Frau wurde als die 29 Jahre alte, aus Neuhoß gebürtige Aufseherin Minna Schmidt aus der Teltower Straße 23 festgestellt. Die Leute hatten drei Kinder, zwei Knaben von 9 und 7 Jahren und ein 2 Jahre altes Mädchen Charlotte. Sie wohnen seit einem Jahr in der Teltower Straße und lebten nach den Bekundungen der Hausgenossen in bester Eintracht. Frau Schmidt zeigte aber schon länger Spuren von Trübsinn.

Auf der Straße erstoren. In völlig hilflosem Zustande wurde in der Nacht zu Sonntag ein 28-jähriger polnischer Arbeiter, der anscheinend geisteskrank ist, auf dem Vohlgangener Platz von Schul-leuten aufgefunden. So viel sich aus den in gebrochenem Deutsch gestammelten Aeußerungen des Mannes entnehmen läßt, handelt es sich um einen Erdarbeiter, der in der Vohlgangener Straße wohnt. Dem Unglücklichen, der die ganze Nacht im Freien verbracht hatte, waren beide Unterarme bis zum Ellbogen vollständig erstoren, so da eine Amputation der Glieder in der Charité, wohin der Unbekannte geschafft wurde, notwendig war. Offenbar hat der Geistesranke sich in betrunkenem Zustande gestern Abend auf dem Vohlgangener Platz niedergelassen und ist dann eingeschlafen.

Der Selbstmordversuch eines Dienstmädchens erregte Sonntagmorgen in der Köthlinger Straße Aufsehen. Die 17 Jahre Rina Wötter, die in dem Hause Nr. 28 im ersten Stock bei dem Kaufmann Holländer diente, sprang dort aus dem Fenster auf die Straße hinab und brach sich den rechten Oberarm. Ein Schuhmann brachte sie mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Die Herrschaft behauptet, das Mädchen sei auf-gewacht worden und habe deshalb schon nach einem Monat ziehen wollen, jedoch nicht gekündigt. Sonntagmorgen habe es nun plötzlich den Dienst verlassen wollen. Die Herrschaft habe ihr erklärt, sie dürfe vor dem 1. Januar nicht ziehen. Als sie dennoch gehen wollte, schloß Frau Holländer die Flurtür ab, zu der das Mädchen keinen Schlüssel hatte, und legte sich wieder zu Bett, weil es erst sieben Uhr war. Gleich darauf ging das Mädchen nach dem Speisezimmer und sprang aus dem Fenster.

Es wird nun notwendig sein, zu erfahren, wie das Mädchen die Sachlage darstellt.

Ein geriebener Gold- und Juwelennepper ist gestern der Polizei in die Hände geliefert worden. In verschiedenen Lokalen in Koabit verkehrte seit mehreren Tagen ein Gast, der allgemein durch zahlreiche Brillantringe, die er an den Fingern trug, auffiel. Er beachte gern das Gespräch auf die Ringe, und über die Herkunft gefragt, erzählte er alle möglichen Märchen. Natürlich waren die Juwelen alle „echt“. Der Gauner verstand es nun nach und nach nicht allein den Gästen, sondern auch den Gastwirten selbst seine Goldsachen aufzuschwätzen. Er verlangte verhältnismäßig niedrige Preise für die „echten“ Juwelen und so fiel mancher auf den Schwindel herein. Zwei Gastwirten in der Vohlganger und Essener Straße fiel die Sache aber doch bald auf und sie setzten sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Western erschien nun der Nepper bei dem Wirt in der Essener Straße. Dieser klingelte sofort bei seinem Kollegen in der Vohlganger Straße an und der letztere schickte einen Kriminalbeamten, der zufällig im Lokal war, nach der anderen Wirtschaft. Der Betrüger wurde nun verhaftet. Er gestand auch ein, die wertlosen Schmuckstücke für hohe Preise an den Mann gebracht zu haben.

Vorort - Nachrichten.

Steglitz.

Die Besprechung der Denkschrift über die Stadtverordn. von Steglitz war der erste und wichtigste Punkt der Gemeindebe-ratung vom vorigen Freitag. Im Monat März d. J. hatte die Gemeindevertretung beschlossen, der Gemeindevorstand möge mit den in Frage kommenden Instanzen wegen der Stadtverordn. und des Ausschusses aus dem Kreise in Unter-handlung treten. Auf mehrfache Anfragen von Gemeindeverordneten hätte sich der Gemeindevorstand stets in geheimnisvolles Schweigen und versprach eine Denkschrift, die alle Wissensdürstigen betriebligen dürfte. Nun endlich war sie da, die Denkschrift, aber sie enttäuschte allgemein. Man hatte gehofft, darin Mitteilungen über den Fortgang der beschlossenen Verhandlungen und Vorschläge des Gemeindevorstandes über das, was nun geschehen solle, zu finden. Statt dessen brachte sie nur eine Gegenüberstellung der Land-gemeinde- und Städteordnung und eine Zusammenstellung von Zahlen, die sich jedermann aus unserem Stat mit Leichtigkeit machen kann. Mit beider Ironie kritisierten denn auch ver-schiedene Redner diese Musterleistung des Gemeindevorstandes, aus der nur das eine mit Sicherheit zu entnehmen sei, daß die ganze Frage seit 10 Monaten nicht von Stelle gekommen sei. Von einem Redner mußte sich der Gemeindevorsteher sagen lassen, daß er gefehlt und rechtswidrig gehandelt habe und disziplinarisch bestraft werden könne, weil er den Beschluß der Gemeindevertretung vom März d. J. nicht ausgeführt habe. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß nicht einmal das Zahlenmaterial richtig sei, denn die an den Kreis zu zahlenden indirekten Steuern im Betrage von rund 300 000 M. pro Jahr seien nicht berücksichtigt. Dadurch entstehe ein ganz falsches Bild, das geeignet sei, abgewollt oder ungewollt, von dem Ausschusses aus dem Kreise abzuschrecken. Der Vorwurf der rechtswidrigen Handlung brachte den Gemeindevorsteher so in Hornis, daß er in die Versammlung hineindramerte, er sei nicht der Hausknecht dieses oder jenes Gemeindevorord-neten und einer Disziplinaruntersuchung sehe er mit Ruhe ent-gegen. Es wurde ihm sehr richtig erwidert, daß man von ihm keine Hausknechtsdienste verlangt habe, sondern die Ausführung von Beschlüssen der Gemeindevertretung, wozu er gesetzlich ver-pflichtet sei. In der großen Bedrängnis glaubten einige Haus-bezitzer ihrem Gemeindevorsteher bespringen zu müssen. Sie er-klärten die Denkschrift für nicht so ganz wertlos und ver-suchten der Oeffentlichkeit glauben zu machen, daß Herr Wuhrow ein in jeder Beziehung tüchtiger Gemeindevorsteher sei, dem das Wohl unseres Dorfes über alles gehe. Das Ende der großen Kopf-wäsche war die Annahme eines Antrages durch die allergetreueste Hausbesitzermehrheit, im Januar die Frage der Stadtverordn. in einer Ertrastung weiter zu beraten. Gelegentlich der Beschluß-fassung über Errichtung einer Polizeiwache im Schöneberger Orts-teil wurde dem „Chef-Redakteur des gemeindefreiwil. Steglitzer „Anzeiger“ durch die Hausbesitzeraktion und den Gemeindevor-steher eine wohlverdiente kalte Abreibung appliziert. Der junge Herr hatte sich in einem Artikel, der anscheinend den Zweck ver-folgte, den jetzigen Polizeikommissar zum Polizeinspektor zu „machen“, mit den hiesigen Polizeiverhältnissen beschäftigt und mußte sich nun öffentlich sagen lassen, daß er seine Nase in etwas gesteckt habe, wovon er absolut nichts verstehe. Diese Meinung wurde von der ganzen Versammlung geteilt. Am Schluß der Sitzung fragte Genosse Ahmann den Gemeindevorsteher nach dem Schicksal zweier Petitionen, die an den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung abgegeben seien. Es handelt sich um eine der Handlungsgelassen, betr. Regelung der Sonntagsruhe, und eine der Malergehilfen wegen Verbots der Weiswärfchen bei Gemeindearbeiten. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß sich mit der ersten genannten der Gemeindevorstand schon befaßt habe, aber zu keinem bestimmten Entschluß gekommen sei, weil die Sonntagsruhe nur gemeinsam mit Groß-Berlin oder den Nachbarorten geregelt werden könne. Von dem Eingang der Petition der Maler sei ihm nichts bekannt.

Schöneberg.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Schöneberger Feuer-wehr am Sonntagvormittag in der Hohenstaufenstraße 38. Eine Bombardierstraße. Das Feuer entstand vermutlich durch Unvor-sichtigkeit auf dem Dachboden des Vorderhauses. Obgleich die Ge-fahr frühzeitig bemerkt wurde, griffen die Flammen doch rapide an sich, so daß bei Ankunft der Feuerwehr schon ein erheblicher Teil vom Dachstuhl hinfällig brannte. Während dieser Zeit stökte in der Hohenstaufenstraße der Verkehr. Die Straßenbahnwagen wurden durch die Rauchwolke, über den Rollendortplatz und über den Winterfeldplatz umgeleitet. Gegen Mittag rückte die Feuer-

er wieder ab. — In der siebenten Morgenstunde hatte die hönberger Feuerwehr, in der Werfberger Straße 4 einen schweren Garagenbrand zu löschen.

Die Straßenreinigungsdeputation erläßt jeben einen Aufruf an die Arbeiter, in welchem diejenigen, die bei der Schneebeseitigung beschäftigt werden sollen, ersucht werden, sich schon jetzt in dem Bureau der Straßenreinigung oder bei den städtischen Straßenaufscheidern zu melden. Gleichzeitig gibt die Deputation bekannt, daß bei plötzlich eintretenden großen Schneefällen auch nach Schluß und vor Öffnung des städtischen Rathauses, ja sogar in der Nacht am Eingange des Rathauses Arbeiter angenommen werden.

Charlottenburg.

Bewerbungsgesuche um Stände auf den Wochenmärkten in Charlottenburg aus der Zeit vom 1. Dezember 1908 bis dahin 1909 sind bis zum 20. Dezember d. J. beim Magistrat, Verwaltungsstelle VI, schriftlich zu erneuern. Geht die Erneuerung bis zu diesem Tage nicht ein, so erfolgt die Streichung des Bewerbers in den Listen. Neue Gesuche um Wochenmarktstände sind gleichfalls schriftlich an den Magistrat zu richten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevertretung. Da Zehlendorf in eine höhere Servisklasse versetzt ist, wird den Oberlehrerinnen das Wohnungsgeld von 720 auf 920 M. erhöht. Die erhöhte Summe kommt schon für das laufende Jahr zur Auszahlung. — Dem Parkverein wird der Spielplatz an der Burggrafenstraße wieder zur Anlegung einer Eisbahn zur Verfügung gestellt. — Für außerordentliche Botengänge werden 400 M. nachgefordert, weil die im Etat vorgesehenen 700 M. nicht ausreichen. Diese Botengänge! Sie werden jetzt nebenamtlich von den Wächtern ausgeübt, deren einer dauernd 4—6 Stunden täglich damit beschäftigt ist. Die klägliche Bezahlung zwingt diese Armen, solchen Nebenberuf zu beschaffen. Den Scheuerfrauen, die auf Bauten der Gemeinde und in den Schulen die Reinigungsarbeiten vornehmen, ist der Lohn von 27 auf 30 Pf. pro Stunde erhöht worden. Leider ließ sich nicht ermitteln, um wieviel Pfennige der Etat dadurch belastet wird. — Um der Verlegung der Krümmen Lanke und des Schlachtensees entgegenzuwirken, hatte sich der Gemeindevorstand mit Nikolassee zur Einleitung entsprechender Vorkehrungen ins Einvernehmen gesetzt. Nikolassee hat aber abgelehnt, weil wegen völligen Verfiagens des Nikolassees es sich für den Ort nicht mehr lohnt, irgendwelche Schritte zu unternehmen. Die dortige Gemeindevertretung macht allein die Charlottenburger Wasserwerke für diese Misere verantwortlich. Inzwischen ist ein Rechtsgutachten eingegangen, wie weit eine eventuelle Klage vom Erfolg gekrönt wäre. Es soll nun geprüft werden, ob eine Klage des Eigentümers am Platze wäre. Ein eigenartliches Verfahren! Der Besitzer ist Mitglied unserer Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes. Alle diese Schritte und ein eventuell günstiger Ausgang hätten doch nur zur Folge, daß der Wert des Besitzes dieses Herrn ganz gewaltig steigt. So sehr wir es für notwendig halten, daß Schritte getan werden, dem Verfiagen Einhalt zu tun, ist doch der Schlachtensee bereits über einen Meter gesunken, so kann es doch nicht Sache der Gemeinde sein, das Privateigentum eines Mannes in solcher Weise zu schädigen. Leider wurde die weitere Aussprache in die nächstfolgende Sitzung verlegt. Den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr und der Sanitätskolonne wurde die Entschädigung ebenfalls um 2—4 Pf. pro Stunde erhöht.

Friedrichsfelde.

Das traurige Kapitel: „Kindermisshandlungen in der Volksschule“ wird heute abend 8 Uhr in einer nach dem Lokal von Dube einberufenen Volksversammlung Gegenstand der öffentlichen Besprechung sein. Da in letzter Zeit lebhaftere Klagen über Kindermisshandlungen laut geworden sind, erwarten die Einberufener der Versammlung, daß die Einwohnerschaft zahlreich erscheint. Bemerkenswert sei, daß das gesamte Lehrerkollegium schriftlich zu der Versammlung geladen ist.

Oranienburg.

In eine eigenartige Lage wurde die letzte Stadtverordnetenversammlung durch den ersten Punkt: Beschlußfassung über die Abschaffung der begrabenen Havel bei ihrer Mündung in den Großschiffahrtsweg gebracht. Die Vorlage des Magistrats ist nicht von allen Magistratsmitgliedern anerkannt worden. Der Stadtverordnetenvorsitzer beantragte im Namen des Bureau, trotzdem über die Vorlage zu verhandeln. Da Stadtverordneter Jansche den entgegengesetzten Antrag stellt, entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, die damit endete, daß der Antrag des Bureau mit Stimmengleichheit angenommen wurde. Der Vorsitzende gab den Ausschlag. Trotzdem nun in die eigentliche Verhandlung eingetreten wurde, machte sich doch das Gefühl bemerkbar, daß die Vorlage wieder an den Magistrat zurückverwiesen werden müsse. Mit großer Mehrheit wurde dann auch demgemäß beschlossen. Bei dem Punkt: Verhängung über die Bedingungen für den ferneren Verbleib der Landwirtschaftlichen und Gärtnerlehranstalt in Oranienburg, kam die Meinung zum Ausdruck, die Anstalt unter allen Umständen in Oranienburg zu halten. Die hauptsächlichsten Bedingungen, unter welchen die Landwirtschaftskammer die Anstalt großmütig in Oranienburg belassen will, sind folgende: 1. Die Landwirtschaftskammer erhält von der Stadt zur Errichtung einer neuen Schule ein 10 Morgen großes Grundstück an der Vermersdorfer Chaussee geschenkt. Sollte die Schule später eingehen, so hat die Kammer an die Stadt 20 000 Mark zurückzugeben. 2. Die Kammer erhält von der Stadt ein Baukapital bis zu 200 000 M. gegen Zahlung von 3 1/2 Prozent und 1 1/2 Amortisation zur Verfügung. 3. Die Stadt hat durch eventl. Polizeiverordnung dafür zu sorgen, daß die Anstalt in einem Umkreis von 600 Meter vor industriellen Unternehmen geschützt wird. 4. Ferner verpflichtet sich die Stadt, einen jährlichen Zuschuß von 3000 M. zu leisten, ebenso hat die Stadt Pflanzbetriebe, die sich beim Betrieb der Schule ergeben, bis zu 1000 M. pro Jahr zu beden.

Ueber den notariellen Vertrag, ebenso über die Aufhebung des alten Vertrages wird dem Magistrat freie Hand gelassen. Steuerfreiheit, welche die Kammer für die Schule forderte, wird abgelehnt. In der Diskussion über die Bedingungen suchte man alles auszumergen, was irgend wie geeignet erschien, die weitere Verhandlung mit der Landwirtschaftlichen Kammer zu erschweren. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurden die Bedingungen angenommen. Genosse Schumann forderte Kautelen, daß die Schule, nicht wie bisher, den ansässigen Gärtnern Konkurrenz mache. Der Bürgermeister stimmte dem ohne weiteres zu, nur

glaubt er, daß durch Verlegung der Anstalt dieselbe gezwungen werde, ihre Produkte nach Berlin zu verkaufen. Sodann wurde noch beschlossen, die höhere Lehranstalt statt mit Quinta mit Sexta zu eröffnen. Darauf folgte eine geheime Sitzung.

Zpandau.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag bei den Ausschachtungsarbeiten auf dem neuen Personenbahnhof. Als der hier anständige 40 jährige Arbeiter Sch. eine vier Meter tiefe Baugrube hinabgestiegen war, um dort Ausschachtungsarbeiten vorzunehmen, gaben die Versteifungen plötzlich nach und die herabstürzenden Erdmassen begruben den Unglücklichen unter sich. Zum Glück war der Vorfall bemerkt worden und der siederhaften Arbeit einiger Bauarbeiter gelang es, den Verschütteten nach einigen Minuten von den auf ihm lastenden Brettern und Erdmassen freizumachen. Im beunruhigten Zustand wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus überführt, wo festgestellt wurde, daß Sch. der Brustkorb eingedrückt war. Ferner wurde eine schwere Gehirnerschütterung und innerliche Verletzungen konstatiert. Der Zustand des Patienten ist fast hoffnungslos. Die Bauarbeiten wurden von der Polizei bis auf weiteres inhibiert. Das Unglück ist nach Ansicht der Behörde dadurch entstanden, daß die Versteifungen der Baugrube nicht ordnungsmäßig befestigt waren.

Bekanntlich sollen zum 1. Januar n. J. bei der hiesigen Straßenbahn Schaffner eingestellt und das seit Jahren bestehende Zahllostenystem abgeschafft werden. Die Stadtverwaltung hat sich bei der Gehaltsfestsetzung wieder mal in der althergebrachten arbeiterfreundlichen Weise gezeigt, indem man den Schaffnern für das erste Jahr den fürslichen Lohn von 95 M. bewilligte. Das macht auf den Tag, den Monat zu 30 Tagen gerechnet, da ja die Schaffner auch Sonntagsdienst haben, etwa 3,16 M. Trotzdem sollen sich eine große Anzahl von Leuten gemeldet haben; sicher ein Zeichen, daß es schon jetzt eine große Anzahl von Arbeitslosen gibt. Es wäre daher anzurathen, wenn die Stadtverordnetenversammlung beizeiten etwas tut, um die Arbeitslosen, wenn der große Frost eintritt, Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Gerichts-Zeitung.

Klassenjustiz.

Zu den Richtern der schärfsten Richtung in Streikprozessen gehört Amtsrichter v. Böhl, der Vorsitzende des Schöffengerichts II in Hamburg.

In den letzten Tagen ist vor seinem Forum ein geradezu blutiges Urteil gegen den Werftarbeiter Dähler gefällt worden, der zwei Arbeitswilligen die Worte „Streikbrecher“ und „Reißberg“, zugerufen haben soll, was von ihm ganz entschieden in Abrede gestellt wird. Er gibt zu, daß aus einer Menschenmenge ähnliche Worte gefallen sind, aber nicht aus seinem Munde. Für seine Behauptung sind fünf Zeugen geladen, von denen vier, ebenfalls Werftarbeiter, erschienen sind. Die beiden Arbeitswilligen behaupten, D. sei der Rufer gewesen. Der Vorsitzende läßt die Aussage protokollieren, zu welchem Zweck, wird man bald erfahren. Er fragt, ob nicht die Worte so gelautet haben: „Hurra, die Streikbrecher, die Reißberger kommen!“ Die Arbeitswilligen können sich nur der beiden inkriminierten Worte „positiv“ erinnern, worauf der Vorsitzende, ohne daß dies bekundet worden wäre, die Worte „auf sie“ hinzufügen will. Die beiden Worte würden in dem Zusammenhang eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten bedeuten. Der Verteidiger Dr. R. Cohen protestiert gegen die Protokollierung dieser Worte, welche die Arbeitswilligen nicht zu bekunden vermögen. Als nun die Entlastungszeugen vernommen werden, ereignet sich ein auffeherregender Zwischenfall. Der erste Zeuge, Werftarbeiter Graf, sagt aus, die inkriminierten Worte habe der Angeklagte nicht fallen lassen, er hätte das sonst hören müssen, weil er in unmittelbarer Nähe des Angeklagten stand. Der Vorsitzende, der von einem Reineid sprach, läßt diese Aussage ebenfalls protokollieren und fragt dann den Angeklagten, ob er seine weiteren Zeugen auch meineidig lassen werden wolle. Als der Angeklagte erklärte, er habe gar keine Ursache, von der weiteren Zeugenvernehmung Abstand zu nehmen, da er an der Objektivität der Zeugen zu zweifeln keinen Anlaß habe, wird der Werftarbeiter Brandt vernommen, der ebenso aussagt wie Graf und hinzufügt, die Arbeitswilligen müßten sich irren. Es seien wohl einige Ausrufungen aus der Menge gerufen worden, aber nicht von D. Der Vorsitzende läßt auch diese Aussage protokollieren und schließt kurzerhand die Beweisaufnahme, trotzdem mehrere Entlastungszeugen anwesend waren.

Der Staatsanwalt machte nun, wie schon in früheren Fällen, mit dem Hinweis auf die Nothdürftigkeit Stimmung und beantragte — zwei Monate Gefängnis.

Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis für die beiden Worte und nahm den Angeklagten, einen völlig unbescholtenen Mann, Vater von zwei Kindern (das dritte kommt in den nächsten Tagen!), der seit Verurteilung des Streiks bei Blohm u. Voß arbeitet, wegen Muthverdachts in Haft.

Dann erließ Herr v. Böhl, ohne daß ein Antrag vorlag und die Parteien sich geäußert hätten, gegen die Zeugen Graf und Brandt, die ebenfalls bei Blohm u. Voß arbeiten, wegen Verdachts des Reineids einen Haftbefehl.

Nach § 185 des Gerichtsverfassungsgesetzes kann das Gericht nur die vorläufige Festnahme beschließen, worauf das Protokoll dem zuständigen Richter zugestellt werden muß, der über die Inhaftnahme verfügt.

Der Verteidiger hat sich sofort der drei Verhafteten angenommen.

Herr v. Böhl ist Pferdekennner, Rennstallbesitzer und Landwehrrittmeister. Gibt es einen Ausschluß für die ungeheuerliche Differenz zwischen gesundem Rechtsempfinden und dem, was die Verhandlungsweise, das Strafmaß und die Verhaftungen bieten?

Bremer Krawallprozess.

Bremen, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wegen der Krawalle, die anlässlich des Straßenbahnerstreiks am

18. Oktober hier stattfanden, hatte sich heute eine Frau vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Anklage lautet, daß sie einen Schuhmann mit dem Schirm geschlagen und Blutspuren gerufen habe. Auch soll sie bei ihrer Festnahme Widerstand geleistet haben. Die Angeklagte bestreitet insbesondere den Widerstand und sagt, daß sie ermüdet auf einer Bank gesessen habe und plötzlich von einem Schuhmann, der sie aufforderte, weiterzugehen, einen Säbelhieb bekommen habe. Dann hätte sie sich mit dem Schirm zur Wehr gesetzt. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 45 Mark Geldstrafe.

Die Staatsanwaltschaft entfaltet seit Wochen eine siederhafte Tätigkeit. Fast täglich finden Vernehmungen in Sachen der Krawalle statt. Auch heute wurden wieder verschiedene Partei- und Gewerkschaftsangehörige vernommen. Die Behörde bemüht sich krampfhaft, die Krawalle als einen organisierten Aufruhr zu konstruieren.

Aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe in England.

Auf der englischen Eisenbahnstation Willesden hat sich gestern morgen ein schweres Eisenbahnunfall zugetragen. Als ein nach London fahrender Zug, der mit Arbeitern dicht besetzt war, auf der Station hielt, fuhr infolge falscher Weichenstellung ein anderer Zug von hinten auf ihn auf. 40 Personen wurden dadurch schwer verletzt, einer der Verunglückten war sofort tot. Eine große Zahl Passagiere erlitt leichtere Verletzungen. Der letzte Wagen wurde in die Luft gehoben, bis die Decke des Wagens ins Dach der Station eindrang. In diesem Wagen wurden alle Insassen mehr oder weniger verletzt.

Wieder einer!

Wie uns aus Rom geschrieben wird, findet vor den Assisen von Alexandria unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß gegen den Priester Ariotti, der als Kaplan in Piazza Montecitorio tätig war, und gegen seine Dienstherrin, Margherita de Grandi, statt. Der Priester ist angeklagt, unter Mißbrauch des Vertrauens und eines Dienstverhältnisses unsittliche Handlungen an der siebenjährigen Tochter seiner Dienstherrin vorgenommen zu haben. Weiter wird er sich wegen Vergehens gegen das leibliche Leben zu verantworten haben, das er unter Einwirkung der Dienstherrin durch Anwendung chemischer und mechanischer Mittel an dieser Frau begangen haben soll. Schließlich ist der würdige Herr des Ehebruchs mit der De Grandi angeklagt. Diese selbst ist beschuldigt, ihr kleines Kind dem Priester ausgeliefert zu haben, ferner der zweimaligen Abtreibung der Leibesfrucht und des Ehebruchs. Um das Wahre vollzumachen, wird dem Kaplan und seiner Dienstherrin noch eine gröbliche Verletzung des Schamgefühls zur Last gelegt, da beide durch ein Fenster ihrer Wohnung gesehen worden sind, wie sie in völlig paradiesischem Kostüm fangen spielten! Wirklich ein empfehlenswerter geistlicher Herr!

Mit dem Förderkorb abgestürzt.

In der englischen Kohlengrube Mabley Wood stürzte gestern ein mit sieben Personen besetzter Förderkorb in die Tiefe. Alle Insassen waren sofort tot.

Auf dem Schacht VIII der Gewerkschaft „Konstantin der Große“ bei Bochum löste sich bei Bohrarbeiten in einem Querschicht ein schwerer Stein. Ein Bergmann wurde erschlagen, ein anderer schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Neue Margarinevergiftungen.

Aus mehreren Städten Deutschlands liegen Meldungen über Erkrankungen nach dem Genuß von Margarine vor, die dem Altonaer Margarinewerk Mohr u. Co. entstammen soll. In Neisse erkrankten nach dem Genuß von Margarine elf Personen schwer. Auch in Coswig in Anhalt und in Aschersleben sind einige Personen nach dem Genuß von Margarine unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Kleine Notizen.

Messerschelden. Auf dem Heimwege vom Wirtshaus gerieten in Landsbut in Bayern zwei Tagelöhner in Streit, der in Tödligkeiten ausartete. Dabei wurde der eine durch einen Stich ins Herz getötet, während der andere durch einen Stich in die Lunge tödlich verletzt wurde.

Untergegangene Segelschiffe. Während eines Sturmes ist in der Nähe von Neustadt in Schleswig-Holstein das Segelschiff „Anna Christine“ gesunken. Der Kapitän und drei Mann der Besatzung sind ertrunken. — An der spanischen Küste ist das Segelschiff „Princesa“ mit 18 Mann Besatzung untergegangen. Der Eigentümer des Schiffes rettete sich durch Schwimmen.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in der Nähe von Le Mans. Ein Automobil, in dem sich die Gräfin Nikolaj und ihr 25jähriger Sohn befanden, wurde bei einem Eisenbahnübergang von dem Pariser Expresszug erfasst und vollständig zertrümmert. Die Gräfin, ihr Sohn und der Chauffeur wurden auf der Stelle getötet.

Die Cholera auf Madeira fordert immer neue Opfer. Wie ein Telegramm aus Funchal meldet, sind dort bisher 181 Personen an der Seuche erkrankt und 57 gestorben. Die deutsche Reichsregierung hat angeordnet, daß alle aus dem Hafen von Funchal nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe und ihre Insassen bis auf weiteres ärztlich zu untersuchen sind.

Das Unwetter auf dem Kapspitzen Meer. Wie jetzt festgestellt ist, sind während des Sturmes auf dem Kapspitzen Meer 23 Schiffe gesunken. Die Zahl der ertrunkenen Menschen beträgt 314. Acht Leichterfahrzeuge sind im Eise stecken geblieben. Ihre Lage ist bedrohlich.

Während des
Greifenhagen Weihnachts-Verkaufs
Brunnenstr. 17-18 Veteranenstr. 1-2 verabfolgen wir auf alle Waren
Doppelte Norden - Marken = 10%

MANOLI

ÜBERALL

CIGARETTES

J. NEUMANN CIGAREN-FABRIKEN

BERLIN REG. 1850 HAMBURG

200 Niederlagen in Deutschland

Grand Prix und goldene Medaille Brüssel 1910

SPECIAL -MARKE

Reifes 3 St. 20 Pf. Ideales . . . 12 Pf.
 Favoritas . . . 8 Pf. Cortesias . . . 15 Pf.
 Preciosas . . . 10 Pf. Invictos . . . 18 Pf.

200 Niederlagen in Deutschland.

Ziehung am 18. u. 16. Dezember

Pflegeheim Rote

LOTTERIE LOTTERIE

für kranke Kinder des Vaterl. Frauenvereins

3667 Gewinne Gesamtwert Mark 3667 Gewinne Gesamtwert Mark

100,000 100,000
 50,000 50,000
 10,000 10,000

1 Pflegeheim- u. 1 Rotes Kreuz-Lose für M. 6.40

Schlesischen Pferde-Lose à 1 M.

Lud. Müller & Co. in Berlin C., Breitestr. 5

Größte Spezial-Puppen-Fabrik Berlins

P. R. Zierow, Berlin, Schönhauser Allee 179.

Waltershausener Kugelgelenk-Puppen

mit feinem Biskuit-Kopf, Schlafaugen mit Wimpern, Zähnen, Handgelenk und geknitterter resstrierter Mohair-Ringellocken-Perücke zum Kämmen.

Höhe in cm: 34 37 40 60 53 55 58 63

pro Stück Mark 2.00 2.10 2.30 2.70 3.50 3.75 4.00 4.50

Letzte Prima Kugelgelenk-Puppen

Neuheiten: mit natürlichen Augenbrauen und Wimpern.

Charakter-Babys

in künstlerischer Ausführung mit Schlafaugen, Augenwimpern und doppeltem Arm- und Fußgelenk.

Reparaturen und alle Ersatzteile für Puppen.

Engros. Auch Einzelverkauf. Kein Laden.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße

Similiselde in den Farben 525 bis 2100
 Wollatlas blau, olive 675 bis 2700

Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰

Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-Extraliste und Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbildungen) gratis und franko.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung

elegante Herren-Moden

fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch

Frankfurter Allee 75, 1
 Eingang Tilsiter Strasse.

Aepfel, Hummel, feinste i. Goldmänn, u. Goldbaum, Pfl. 10-15 Pf.
 Döllahn Hube, Reichstagsufer 2

23. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 6. Dezember vormittags.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

33 86 143 272 [500] 500 674 88 779 90 [1000] 515 1169
 88 719 351 458 765 917 [1000] 2055 371 471 638 785 817
 14066 [1000] 326 510 50 705 [1000] 43 79 958 58 [1000]
 15063 214 297 628 [1000] 981 16251 315 488 610 853 71
 82 [1000] 17258 87 451 628 905 18181 260 374 [500] 504 656
 76 930 81 18060 45 46 [1000] 190 274 81 400 630

20000 [1000] 803 480 623 97 97 971 21023 239 31 489
 70 720 56 584 996 22486 77 946 [1000] 23081 78 900 490
 873 [1000] 432 738 994 24319 477 655 713 [1000] 923 [500]
 29 25018 39 [1000] 228 414 530 629 26126 35 244 351 550
 76 825 848 337 27024 50 221 [1000] 57 [1000] 300 412 513
 28358 661 29123 339 [1000] 489 600 108 [1000] 865

30151 268 483 608 911 35 31113 [1000] 32 37 63 682
 600 [1000] 740 50 32016 148 234 312 500 [1000] 95 788 33 982
 623 420 33 457 601 [1000] 97 717 [1000] 34380 435 60 70
 70 [1000] 84 823 41 921 75 100 [1000] 790 874 913 35022 48 59
 260 614 787 36079 840 98 713 19 878 [1000] 37106 29 95
 644 617 870 901 7 38311 78 248 124 [1000] 90 39124 [1000]
 66 55 815 954 7

40213 515 882 827 4121 324 [1000] 83 637 [1000] 83
 42289 871 78 443 748 43296 509 899 44181 [1000] 302
 95 492 689 743 806 45096 117 287 828 46151 85 283 [1000]
 853 444 [1000] 604 [1000] 68 712 [1000] 828 47006 45 163
 [1000] 212 76 499 519 46 [1000] 52 629 39 [1000] 787 888 48146
 64 486 480 [1000] 803 964 75 49097 68 [1000] 105 30 577 723
 50228 132 99 290 349 [1000] 946 51180 70 55 52000
 186 268 [1000] 484 [1000] 577 59 52136 [1000] 69 73 206 416
 81 756 76 868 54010 44 282 439 [1000] 55114 97 311 455
 56217 367 425 46 552 636 57478 574 784 58392 94 505 691
 70 59229 383 415 35 805 707 827 69 [1000] 919 [1000]
 60070 [1000] 970 801 27 68 81974 774 [1000] 885 885
 62943 524 634 782 96 63067 56 198 430 647 837 64088
 144 71 93 37 770 474 12 82 238 84 787 [1000] 925 33 48
 63504 23 129 471 789 817 82 66091 156 [1000] 325 67 438
 609 869 67015 73 864 78 459 875 790 68310 306 414 32
 [1000] 97 564 34 987 44 68054 309 82 512 713 82

70079 80 594 604 791 71195 500 745 844 97 [1000] 968
 72282 723 73139 278 310 647 730 735 74054 [1000] 88
 284 584 728 932 [1000] 937 97 75349 387 99 618 [1000] 811
 76385 [1000] 500 22 921 77081 81 96 425 579 668 88 829
 78127 377 736 818 905 79374 471 351 882

80123 271 320 49 415 50 509 79 998 81290 479 696 737
 62 99 945 82284 [1000] 579 617 789 [1000] 83304 516 78
 724 965 90 84211 43 99 489 622 59 780 865 923 85573 [1000]
 390 415 567 708 15 679 86301 25 [1000] 605 739 89 812
 [1000] 800 27 87188 [1000] 283 707 824 57 [1000] 88074 153
 73 208 [1000] 67 423 45 809 89869 [1000] 181 222 382 499 529
 663-80 756 [1000] 804 35 979

90017 131 96 [1000] 206 401 [1000] 748 940 91084 481
 65 696 92074 [1000] 503 77 [1940] 633 973 93197 248 366
 [1000] 494 94086 79 143 510 [1000] 840 81 64 [1000] 972 95
 95004 813 63 835 581 975 96060 455 806 97368 360 431
 60 531 71 602 [1000] 73 816 915 98377 452 95 500 16 673
 610 50 824 97 99121 35 223 912 94

100160 [1000] 82 754 90 92 600 101053 338 633 49 59
 827 [1000] 102015 158 418 590 609 763 103296 583 [1000]
 [1000] 7 21 [1000] 587 609 33 [1000] 866 104142 47 21 300
 [1000] 412 573 94 613 798 887 105075 634 934 972 106029
 221 55 63 721 979 107065 143 253 339 854 70 87 738 829
 108103 26 90 323 685 80 780 871 914 85 [1000] 109336

110101 286 318 66 504 62 636 742 811 [1000] 29 957
 111085 193 892 12 71 303 419 658 875 [1000] 112000 161
 448 [1000] 683 768 97 978 55 113013 80 134 250 [1000] 494
 578 711 663 114265 376 [1000] 408 948 115276 816 26
 116013 [1000] 660 688 117082 879 871 647 118027 [1000]
 947 85 137180 807 674 859 914 16 138287 379 474 542 672
 781 911 [1000] 139031 25 122 94 361 481 585 630 [1000] 57
 619 912

120115 27 28 43 100 21 305 70 423 551 645 81 790
 141083 263 676 717 811 36 142254 438 590 790 823
 143203 33 205 45 554 144056 811 29 310 52 609 871
 145221 817 854 [1000] 146012 704 829 147019 88 121
 235 851 951 73 78 79 148228 25 436 149152 87 250 322
 487 483 806 14 [1000]

150081 71 115 57 871 628 80 151009 145 [1000]

87 68 248 53 490 581 [1000] 784 152118 219 98 [1000]
 245 418 [1000] 606 754 901 [1000] 80 153047 255 820
 61 82 [1000] 411 26 82 728 [1000] 42 829 154140 50 388
 [1000] 956 155033 137 802 56 75 678 758 850 500
 158044 [1000] 285 419 [1000] 84 589 157187 81 388 420
 626 728 583 920 158008 107 68 845 264 83 808 [1000]
 49 219 21 159281 848 702

160118 149 250 790 979 161148 249 439 511 826
 70 [1000] 229 162063 150 [1000] 50 533 97 [1000] 682
 900 54 61 163098 123 45 261 218 461 525 733 44 386
 164410 29 46 797 165028 259 98 412 67 883 166077
 140 350 405 [1000] 167255 81 813 168781 303 36 261
 817 480 670 80 790 943 169194 [1000] 332 503 618
 78 884 [1000]

170105 171235 36 349 [1000] 825 172152 69 321
 729 58 828 173001 15 38 81 145 43 702 70 508 98 886
 887 174004 67 214 21 29 446 65 559 87 175248 63
 322 586 176117 40 [1000] 57 292 [1000] 594 529 804
 177454 602 721 61 178300 50 46 97 417 629 68 863
 66 72 179012 [1000] 42 [1000] 311 314 604 6 581 738

180415 57 579 729 [1000] 581 48 181107 50 211
 798 882 84 182120 74 259 395 454 612 43 877 924
 183212 377 577 664 947 184045 70 77 302 17 52 388
 842 185088 282 [1000] 529 606 68 [1000] 99 [1000]
 186231 [1000] 443 619 810 84 187078 158 229 56 71
 577 819 [1000] 20 188700 [1000] 33 400 673 841 944
 189078 110 244 417 678 701 [1000]

190226 59 108 83 427 569 920 71 [1000] 96 191004
 141 237 [1000] 479 584 92 60 710 40 [1000] 845 [1000]
 194 192181 264 79 94 325 497 26 784 [1000] 867 75
 193157 322 56 877 807 194031 95 180 550 663 739
 95 805 195124 69 84 875 55 814 72 198008 54 97
 117 260 56 546 963 937 197087 210 418 588 797 811 68
 924 51 198575 71 844 [1000] 767 896 962 199124 704
 685 525 72

200211 88 267 [1000] 95 403 48 [1000] 886 200114
 18 287 376 81 886 715 83 222188 422 386 223280 404
 203067 239 410 28 43 730 554 979 204111 58 99
 223 288 421 704 73 205092 54 79 132 225 208 83 635
 206087 199 56 226 567 487 771 890 509 207012 272
 428 267 72 720 208070 614 35 786 209006 300 320 823
 210017 377 [1000] 88 412 [1000] 605 811 910 40 90
 211252 204 74 408 9 136 71 811 212094 337 [1000]
 912 213031 339 856 931 214108 310 447 645 51 607
 83 [1000] 725 83 890 958 215069 397 213 427 565 617
 738 98 829 49 62 216242 44 [1000] 702 43 63 77 854
 89 79 [1000] 217024 44 [1000] 93 129 456 590 645
 [1000] 867 920 218128 442 329 856 935 219022 473
 [1000] 574 [1000] 618 25 748

220283 484 576 823 833 56 [1000] 221068 275 83
 384 523 503 6 695 722 83 222188 422 386 223280 404
 93 [1000] 589 648 [1000] 53 84 [1000] 98 907 224442
 226 288 421 704 73 225185 96 890 [1000] 470 529 682
 841 [1000] 226480 82 233 561 565 [1000] 602 40 64 227
 29 844 999 227061 180 575 600 750 77 97 962 228114
 364 536 [1000] 706 229022 182 211 77 284 428 729 912
 230005 58 235 287 424 [1000] 52 788 231181 292
 388 [1000] 794 232249 424 966 233077 40 151 287 63
 444 [1000] 716 84 36 64 94 234265 79 [1000] 486 829 47
 240 235011 90 251 848 435 576 714 33 79 840 [1000] 84
 945 88 236668 [1000] 94 274 422 728 237278 578 685
 730 [1000] 82 812 24 [1000] 908 22 30 47 238028 30
 110 99 448 854 86 955 239256 78 455 865 [1000] 620
 240 577 910 40 241 696 [1000] 173 489 566 [1000] 620
 825 956 242256 394 568 818 93 243148 206 511 768 70
 411 [1000] 67 244171 [1000] 305 448 517 245100 308
 359 82 497 826 247043 115 33 345 500 713 975 248287
 118 [1000] 500 270 87 482 614 43 731 905 249154 219
 412 [1000] 73 [1000] 613 818

250634 71 251006 105 519 764 252106 63 66 438
 421 24 56 253081 118 [1000] 97 207 57 68 847 48 [1000]
 95 254181 288 666 784 [1000] 255098 503 [1000] 769
 256084 276 327 77 493 676 811 936 257383 676 789
 282 500 258000 84 477 513 632 738 [1000] 259282 278
 [1000] 444

260080 107 771 847 261133 45 85 [1000] 427 578
 264 859 62 262446 723 45 814 65 263096 531 411
 264030 45 89 894 928 39 81 265412 795 96 822 628
 49 266858 847 [1000] 267095 173 84 247 642 268148
 76 75 828 269117 929 874 479 718 854 271000 249 488
 270028 45 229 874 479 718 854 271000 249 488
 272127 [1000] 287 421 683 809 273014 561 392 615 658
 274 274036 86 [1000] 217 94 342 428 725 870 275005
 120 [1000] 283 [1000] 401 585 612 717 33 879 276257 61
 848 603 780 854 629 277238 29 62 410 278 511 33
 60 907 53 278088 102 251 38 515 279038 177 313 403
 644 700

280750 281008 81 107 213 64 400 282022 95 167
 368 456 681 920 283222 [1000] 278 [1000] 430 82 867
 902 284017 448 628 978 285080 134 227 481 543
 286062 113 29 34 508 43 81 749 885 287033 141 748
 96 [1000] 808 897 [1000] 288000 [1000] 332 37 743 81 [1000]
 289034 [1000] 58 132 74 515 652 810

290085 344 487 888 291162 219 83 86 [1000] 809
 800 292260 524 568 [1000] 748 [1000] 85 812 293030
 [1000] 7 137 633 [1000] 765 878 [1000] 294377 778 889
 295088 182 387 502 815 29 954 296061 345 867 [1000]
 732 51 [1000] 72 859 950 297115 [1000] 86 [1000] 311 33
 628 802 24 298018 79 206 9 836 782 875 97 904 299127
 266 403 56 883 [1000]

300020 20 479 506 301451 811 816 82 997
 302711 312 404 611 [1000] 800 303243 63 377 [1000]
 721 29 852

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie von 300 000 M.
 1 Gewinn von 100 000, 1 „ von 50 000, 1 „ von 20 000, 1 „ von 10 000, 1 „ von 5 000, 801 „ von 2 000, 322 „ von 1 000, 180 „ von 500

23. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 6. Dezember nachmittags.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

24 26 126 249 [1000] 343 415 16 [1000] 55 1108 84
 63 478 558 720 74 831 943 2175 528 605 778 875 3418
 548 721 36 71 805 56 4051 [1000] 81 504 75 728 96 853
 987 5798 426 78 6015 [1000] 63 151 663 905 7036 236
 608 478 8071 194 292 512 [1000] 827 137 066 9159 67
 [1000] 349 [1000] 88 402 511 636 966

10022 325 978 11076 272 [1000] 341 428 638 63 802
 [1000] 70 [1000] 63 12096 [1000] 213 70 540 [1000] 792
 24048 161 21 [1000] 36 212 81 702 14504 73 701
 [1000] 15183 256 418 36 [1000] 846 70 82 84 16073 134
 265 [1000] 599 701 875 17041 96 142 726 334 370 865 99
 18485 370 842 63 77 19226 337 505 682 38 723

20039 122 405 51 586 702 [1000] 827 926 21069
 618 950 22110 210 711 67 23065 817 50 90 96 948
 24048 161 21 [1000] 36 212 81 702 14504 73 701
 672 685 [1000] 730 824 [1000] 26300 89 325 696 791
 27003 160 73 210 284 609 709 [1000] 83 96 [1000] 966
 28964 106 251 209 60 669 29104 27 51 348 500 656 897
 [1000] 917

30142 82 226 587 670 889 [1000] 928 31261 612 708
 47 76 82 964 32323 44 448 81 833 93 33114 502 10 833
 823 34096 227 42 826 54 80 703 88 805 35028 129 285
 [1000] 310 14 512 68 676 935 36234 503 37397 102 82
 237 93 427 514 48 603 718 38197 411 81 [1000] 576 688
 788 850 985 38026 161 228 543 673 988

40296 [1000] 218 459 807 41013 255 603 867 42048
 823 [1000] 396 688 700 43665 285 879 562 982 [1

